

Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, F. Schneider, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch u. a.
herausgegeben von Dr. Emil Ebering.

===== Heft 219 =====

England und Preußen in der Schleswig-Holsteinischen Frage

Von

Dr. Charlotte Sempell

Verlag Dr. Emil Ebering
Berlin 1932

Nachdruck mit Genehmigung vom
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.
Vaduz
1965

Historische Studien

Verlag von
H. W. Schmidt
Berlin

1895

England und Preußen in der Schleswig-Holsteinischen Frage

Reprinted from a copy in the collections of
The New York Public Library

Dr. Ernst Engel

Verlag von Ernst Engel
1895


Verlag von Ernst Engel
1895

Printed in the United States of America

Meinen Eltern

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Einleitung	7
1. Kapitel. Der Schiedsrichter England	14
2. Kapitel. Die Veränderung der europäischen Machtverhältnisse durch die polnische Frage	27
3. Kapitel. Vom Märzpatent zur Novemberverfassung	41
4. Kapitel. Die Entscheidung	52
5. Kapitel. Vorverhandlungen zur Londoner Konferenz	71
6. Kapitel. Preußen und England auf der Londoner Konferenz	80
7. Kapitel. Schlußbetrachtung	93
Literaturverzeichnis	96



Digitized by the Internet Archive
in 2024

England und Preußen in der Schleswig-Holsteinschen Frage vornehmlich nach den diplomatischen Akten.

Einleitung.

Die Zeiten der Wandlung, des Ueberganges sind es, die uns am meisten fesseln im Ablauf der Geschichte. Wo wir das Neue mit dem Alten ringen sehen, dahin wenden wir, die Kinder einer Uebergangszeit, gebannt unsere Blicke und sehen dort den Ort, wo die entscheidenden Gestaltungen des Lebens der Einzelnen wie der Völker sich vollziehen. So betrachtet, gewinnt das Thema England und Preußen in der Schleswig-Holsteinschen Frage ein unmittelbares Interesse.

Es soll hier die auf lange hinaus endgültige Regelung der Frage im Jahre 1864 und ihre Vorgeschichte behandelt werden. Es handelt sich also um auswärtige Politik, um die Beziehung zweier Länder zueinander, die nicht einen Konflikt miteinander austragen, sondern deren diplomatischer Austausch in den Bahnen des Friedens bleibt. Was jenem Verhältnis unser Interesse zuwendet, ist nicht dies, daß die Beziehungen zeitweise sehr gespannt waren und fast zum Krieg geführt hätten, sondern dies, daß sie zwei verschiedene Prinzipien, zwei verschiedene Zeitalter, mindestens zwei verschiedene Generationen verkörpern. Wir stehen im Jahre 1862, wo diese Arbeit einsetzen soll, am Beginn einer neuen Epoche der auswärtigen Politik, am Beginn des Zeitalters Bismarcks, die grundsätzlich — d. h. wenn Englands Interesse es zuließ — die nationalen und freiheitlichen Ziele unterstützte. Für das Auge jener Staatsmänner stand der Feind immer im konservativen Lager, konnte allein der Liberalismus der Welt das Heil bringen. Dies war das Ziel der weltanschaulich eingestellten Politik, wie es das Ziel jeder Weltanschauung, wo es auch immer sei, sein muß, der ganzen Welt ihren Geist aufzuprägen, weil sie

von der Ueberzeugung getragen sein muß, daß sie allein das Heil bringen kann. Demgegenüber vertrat Bismarck jene Richtung, die vor allem das Individuelle im Leben der Staaten sieht, die durch vollste Entwicklung der eigenen Staatspersönlichkeit, d. h. im Politischen der eigenen Macht, unter Anerkennung und genauester Berechnung der Interessen der anderen, das Gleichgewicht der Kräfte erstrebt, das den Frieden sicherer zu verbürgen scheint, als die Herrschaft irgendeiner Idee. Schließlich führt weder die eine noch die andere Richtung zum ewigen Frieden, und beide aus dem gleichen Grunde nicht, weil das Leben an sich keine Statik duldet, es kennt so wenig die dauernde Unterwerfung der ganzen Welt unter eine Idee, wie die andauernde Ausbalancierung der Kräfte gegeneinander ohne gewaltsame Zwischenfälle. Gegen die Idee erhebt sich ihr entgegengesetztes Prinzip, gegen die durch den Geist geordneten und beherrschten Kräfte die dunklen unberechenbaren Mächte der Natur und zerstören das Werk, sowie der Geist, der es schuf, einen Augenblick erlahmt oder es verläßt. Wir sehen am Ende von Bismarcks Laufbahn, wie sich auch gegen ihn diese dunklen Mächte erheben, und wie es ihn immer größere Anstrengungen kostet, sie zu bannen.

Mit Bismarck lebt für Deutschland die Art der Staatsführung wieder auf, die wir Realpolitik nennen. Das war das Neue, das, was fortan die Politik wieder beherrschen sollte, wie es im 18. Jahrhundert für alle Staaten selbstverständlich gewesen war. Demgegenüber vertrat England jene Richtung, die ihr politisches Tun mit einem System von Grundsätzen umkleidete, die geneigt war, in geringeren Fragen Ideologien zum Leitfaden ihres Handelns zu machen. Hier spielte auch in die Außenpolitik der Kampf zwischen konservativ und liberal hinein. Das Kabinett Palmerston, das in jener Zeit am Ruder war, gehörte der liberalen Richtung an, die grundsätzlich — d. h. wenn Englands Interessen es zuließen — die nationalen und freiheitlichen Ziele anderer Völker unterstützte.

In dem England jener Tage finden wir keinen Politiker, der von einer ganz großen Idee getragen war, sondern es handelt sich hier um eine in den Ausmaßen bescheidenere Ideenpolitik, die am besten durch das Wort ideologisch ge-

kennzeichnet wird, die nicht die gesamte Politik unter einen umfassenden Gesichtspunkt ordnet und von ihm her bestimmt, sondern die in jeder neuen Lage fragt: wie verhält sich diese Angelegenheit zu meinen liberalen oder nationalen Prinzipien oder zu meiner traditionellen Politik des „Balance of Power“. Dieser Begriff tauchte im Kampf gegen Ludwig XIV. zum ersten Mal als Leitmotiv der englischen Politik auf. Er gestaltete sich als Kampf für die Freiheit, für die Erhaltung des Protestantismus und für die ungestörte Ausdehnung des englischen Handels. Im 19. Jahrhundert, nach Beendigung des Kampfes mit Napoleon, fiel das letzte Motiv fort, weil das Ziel erreicht war. Da auch das religiöse Moment keine Rolle mehr spielte, blieb, als ideologische Grundlage der Gleichgewichtspolitik, das Eintreten für die Freiheit der Völker. Wir sehen hier wie ein aus realpolitischen Motiven — Schutz des englischen Handels und der protestantischen Vorherrschaft — entstandenes Prinzip der Politik, nachdem die Begründung fällt, als Doktrin weiterleben kann¹. Die Gegenüberstellung von Ideenpolitik in England und Realpolitik in Preußen läßt sich in der historischen Wirklichkeit nicht in voller Schärfe aufrechterhalten. Wir werden vielmehr sehen, wie sich, vor allem in England, beide Tendenzen mischen und wie sich aus vielfacher Wechselwirkung die Entschlüsse ergeben. Trotzdem ist es bis zu einem gewissen Grade berechtigt, die obige Gegenüberstellung zu machen, weil sie dem Grundmotiv der Politik beider Länder entspricht, dem, was dem Verhältnis beider Staaten das Gepräge eines eigentümlichen Gegeneinanders zweier Zeiten gibt. Es mußte vorerst so scharf herausgestellt werden, um es überhaupt deutlich zu machen; denn in der politischen Einzelhandlung treten die letzten Prinzipien weniger klar hervor, da hier immer die Einflüsse des Tages überwiegen, und erst rückschauend sichtbar werden kann, welche Kräfte miteinander gerungen haben.

An die von Tag zu Tag sich gestaltenden Ereignisse knüpft sich für uns noch eine andere Frage, eine Frage, die nur erklärt werden kann aus dem Bezug aller Geschichte auf die Gegenwart.

1. Kaeber S. 52—73, S. 82—88, S. 124—126.

Wir haben die Ueberlegenheit der englischen Außenpolitik am eigenen Leibe gespürt², daraus formt sich die Frage: besitzt England Qualitäten, die ihm ein für alle Mal das Uebergewicht in der auswärtigen Politik verleihen? Ist es das auserwählte Volk der Politiker? Oder sind es andere Bedingungen, die ihm unabhängig vom Lauf des Geschehens die Ueberlegenheit sichern? Diese Fragen können erst Antwort finden, wenn wir die Ereignisse im einzelnen verfolgt haben. Verlassen wir jetzt den spekulativen Grund allgemeiner Betrachtungen und treten an das Geschehen selber heran.

Der Punkt, an dem die Kräfte der englischen und der preußischen Politik gegeneinander wirksam wurden, war die Schleswig-Holsteinsche Frage. Es war dies eins der großen Probleme des 19. Jahrhunderts, bei dem alle europäischen Mächte aufeinanderstießen, in das alle irgendwie hineinverflochten waren, jedoch jede in einem andern Maße und in einer andern Weise und alle miteinander so, daß sich die Kräfte die Wage hielten und ein Krieg aller gegen alle vermieden wurde. Wir werden die Gesamtlage nicht aus den Augen verlieren dürfen, doch im Vordergrund stehen England und Preußen. Das Interesse beider an der Sache war unendlich verschieden. Schon dem Grad nach. Für Preußen war es schlechthin Lebensangelegenheit, der Punkt, an dem es seinen Beruf zur Führung Deutschlands beweisen mußte. Hier sah man seit 1848 in ganz Deutschland den Ansatzpunkt, das Symbol für den Kampf um die nationale Einigung. Daß Bismarck die ganze Frage aus der Sphäre der Idee in die politische Wirklichkeit rückte, daß er begriff, daß es in erster Linie eine europäische Machtfrage war, daß Preußen Deutschland nur führen konnte, wenn es seine eigene Macht steigerte, daß er abging von der im engeren Bereich der Tat unfruchtbaren Ideologie, das war seine Größe. Er selbst hat wohl mit Recht die Lösung der Schleswig-Holsteinschen Frage „die diplomatische Campagne, auf die ich am stol-

2. Ich kann der These, die Hermann Kantorowicz in seinem Buch „Der Geist der englischen Politik und das Gespenst der Einkreisung Deutschlands“ aufstellt daß der Grundsatz der englischen Politik auch für die jüngste Vergangenheit das „muddle through“ gewesen sei, nicht zustimmen.

zesten bin“, genannt, denn er setzte hier Preußens ganze politische Zukunft auf eine Karte und hatte gegen Widerstände auf allen Seiten zu kämpfen. Ganz anders England. Hier war der kontinentale Streit nur eine ziemlich belanglose Seite seiner Politik. Viel größere Wichtigkeit besaß der gleichzeitige amerikanische Sezessionskrieg, der die Baumwolleneinfuhr aus den Südstaaten der Union unterband und dadurch einen Teil der englischen Baumwollindustrie lahm legte. Das waren Fragen von ganz anderer Bedeutung, denn in England lag schon damals das Zentrum der Aktivität in der Wirtschaft. Das britische Reich und Rußland waren allein von allen europäischen Mächten um die Mitte des vorigen Jahrhunderts schon in die Weltpolitik verflochten und trugen dort oft Kämpfe von größerer Wichtigkeit aus, als jede europäische Frage für sie haben konnte. Dazu kommt, daß das frühe viktorianische Zeitalter wenig Interesse für die Außenpolitik aufbrachte, vielmehr ganz in den innenpolitischen, wirtschaftlichen Bezügen aufging. Die Schleswig-Holsteinsche Angelegenheit blieb lange Zeit eine Sache der hohen Politik, die den einzelnen Engländer wenig berührte. Das Interesse, das England als Staat an der Frage hatte, war dies, keine Großmacht den Eingang zur Ostsee beherrschen zu lassen. Seit es 1807 die dänische Flotte weggeführt hatte, hielt es dies Land für den geeigneten Hüter des Sundes. Es würde keine Schwierigkeiten machen, wenn England etwa gegen Rußland in die Ostsee einfahren wollte. Es würde auch keine Seemacht mehr entwickeln, die sonst unbequem werden könnte. Neben diesem direkten Interesse stand der allgemeine Wunsch, einen europäischen Krieg zu vermeiden, der sich zu einer Bedrohung Englands auswachsen könnte; saß doch wieder ein Napoleon auf dem französischen Kaiserthron. Zu diesem wirklichen Interesse kam dann noch die Ideologie hinzu, die für die Begründung des Eingreifens in diese Frage maßgebend wurde. Seit der Niederwerfung des ersten Napoleon war Großbritannien stets als Vorkämpfer für die Freiheit Europas aufgetreten. Alle Streitigkeiten der kleineren europäischen Staaten hatte man geschlichtet, wenn irgend möglich eintretend für die nationalen und liberalen Bestrebungen. Im deutsch-dänischen Konflikt, wie man ihn in England nannte, waren die Kräfte selt-

sam gemischt. Das konservative Preußen vertrat die nationalen Interessen, das liberale Dänemark unterdrückte sie. Das erschwerte eine klare Stellungnahme. Interessen und Ideologien gingen bald gegeneinander, bald miteinander. Aus ihrem jeweiligen Kräfteverhältnis entsprangen die politischen Handlungen. Das Spiel wird sehr deutlich, weil die verschiedenen Tendenzen von verschiedenen Personen vertreten werden, die alle auf den Außenminister, Lord John Russell, einwirken, der empfänglich für jede Anregung war, und dann eine eigene klare Linie fehlte. Ein rechtes Kind jener frühen viktorianischen Epoche, verstand er es nicht, eine produktive Außenpolitik zu treiben. Er nahm jede neue Doktrin leicht und willig auf und war auch darin der typische Vertreter jener Richtung, die nach Grundsätzen Politik treibt, daß er jedes reale Interesse erst in eine Doktrin verwandeln mußte, ehe er danach handeln konnte. Das beste Beispiel ist die Balance of Power-Politik, die er als Doktrin, d. h. als unwandelbar und unbedingt zu befolgenden Satz weiter vertrat.

Die Lage Englands in der europäischen Pentarchie, wie man das Konzert der fünf Großmächte wohl nannte, hatte sich seit 1858 verschlechtert³. Zu Rußland trat es in Asien in wachsenden Gegensatz, wo das Zarenreich in China und an der Grenze von Indien erfolgreich vorrückte, was England mit Besorgnis erfüllen mußte, da es zu Land nur über geringe Streitkräfte verfügte, zur See aber nichts Entscheidendes gegen das große Kontinentalreich ausrichten konnte. Im Krimkrieg hatte es zwar gesiegt, aber nur mit Hilfe einer der Kontinentalmächte, Frankreich, das jetzt ebenfalls mehr und mehr von dem ehemaligen Verbündeten abrückte. Die Seerüstungen Napoleons beunruhigten das Inselreich und führten seit 1858 zur Bildung von Schützenkorps, die anzeigte, wie viel populärer der Gegensatz zu Frankreich war als das Bündnis. Auch in Asien stieß man aufeinander, als Frankreich 1860 Syrien besetzte und 1862 Cochinchina nahm; ebenso tauchten die ersten Differenzen in Afrika auf. Schon die Tatsache, daß ein Bonaparte regierte, ge-

3. vgl. zum Folgenden Egmont Zechlin: „Bismarck und die Grundlage der deutschen Großmacht“.

nügte, um England mißtrauisch zu machen. Napoleon III. war der große Unbekannte für alle damaligen Politiker. Man wußte, daß er Erfolge brauchte, um sich als illegitimer Herrscher zu behaupten. Man hörte ihn öfters von einer Revision der Karte Europas sprechen, aber genaues konnte niemand in Erfahrung bringen, weder über das Ziel noch über den Weg seiner Politik. Wie wir heute sehen, wurde er allgemein überschätzt. Die Annexion von Nizza und Savoyen rief in England zunächst große Entrüstung hervor, schließlich fand man aber, daß das dadurch erkaufte einige Italien neben dem nördlich gelegenen Preußen ein ganz gutes Gegengewicht gegen Frankreich bilde. Mißtrauisch verfolgte man auch die Beziehungen der deutschen Großmächte zu Frankreich. Als Bismarck zum Gesandten in Paris ernannt wurde, erblickte man darin ein Zeichen, daß Preußen sich Frankreich nähern wollte. Im Plan der englischen Politik aber hatte Preußen, wenn möglich mit Oesterreich vereint, die Aufgabe, den unruhigen Staat im Westen in Schach zu halten. Nun stand die norddeutsche Großmacht Anfang der 60er Jahre, vor Bismarcks Eintritt in das Ministerium, keineswegs glänzend da. Der innere Konflikt schien es zu jeder außenpolitischen Aktion unfähig zu machen. Zu Oesterreich stand es in offenen Gegensatz. Seine Beziehungen zu den andern Mächten waren ungeklärt. Keine stand ihm feindlich, aber auch keine freundlich oder nur zuverlässig neutral gegenüber. Eine Lage, die sich zum Guten wie zum Schlechten wenden konnte. Die Wendung vollzog Bismarck in der Schleswig-Holsteinschen und Polnischen Frage, die die Jahre 1862—64 erfüllten. Hier soll aus der Fülle des Geschehens jener Tage die Beziehung Englands zu Preußen herausgegriffen und dargestellt werden.

Erstes Kapitel.

Der Schiedsrichter England.

Seit 1848 beschäftigte die Schleswig-Holsteinsche Frage Europa mit erneuter Heftigkeit. Sie bildete einen der Beunruhigungspunkte des Jahrhunderts. 1852 wurde ein gewisser Abschluß durch zwei parallel verlaufende Aktionen erreicht¹. Um die Wende des Jahres 1851-52 führte Oesterreich im Namen des Bundes Verhandlungen mit Dänemark, in denen letzteres den deutschen Mächten die Erfüllung ihrer kulturellen und verfassungsrechtlichen Forderungen zusagte. Im Mai des gleichen Jahres unterzeichneten die fünf europäischen Großmächte gemeinsam mit Schweden und Dänemark ein Protokoll in London, das die Erbfolgefrage in Dänemark regelte. Dies war notwendig geworden, da mit dem Tode des damaligen kinderlosen Herrschers in den dänischen Stammlanden eine andere Erbfolge in kraft trat als in den Herzogtümern. Um einem Zerfall des Reiches vorzubeugen, setzten die Großmächte in jenem Protokoll die Nachfolge des Hauses Sonderburg-Glücksburg für das gesamte Reich fest. Das Haus Sonderburg-Augustenburg aber, dessen Erbrecht Dänemark bestritt, hatte von diesem nur eine Geldentschädigung für seine in den Herzogtümern gelegenen Güter erhalten, ohne daß es auf das Erbrecht verzichtet hätte. Im Artikel III des Londoner Protokolls wurde festgesetzt, daß die Abmachungen zwischen dem Deutschen Bund und Dänemark von dieser neuen Erbordnung unberührt bleiben sollten. Dies sah der Bund als eine Art Garantie für die Erfüllung seiner Forderungen an, während Dänemark behauptete, überhaupt keinen Vertrag mit dem Bund abgeschlossen zu haben, es habe sich nur um einen zwanglosen Briefwechsel gehandelt,

1. vgl. für den Verlauf der Ereignisse bis 1862 A. W. Ramsay: "Idealism and Foreign Policy".

der es zu nichts verpflichte. Seine Politik bekräftigte diese Auffassung. Die in Kopenhagen herrschende eiderdänische Partei — ihr Name ist ihr Programm — oktroyierte 1855 den Herzogtümern eine Verfassung, und verstieß damit gegen die Verpflichtung, ihnen nur im Einverständnis mit den Ständen eine solche zu geben. Auch sonst bekannte sich Dänemark offen zu seinem Ziel, das Land bis zur Eider mit seinem Stammland zu verbinden und dafür Holstein dem Bund ganz zu überlassen. Dem setzte der deutsche Liberalismus das Streben nach einem selbständigen Schleswig-Holstein entgegen. Solange jedoch Preußen ohnmächtig blieb, konnten die Danisierungsbestrebungen ungestört ihren Fortgang nehmen. Die Proteste des Bundes verhallten ungehört. Man kannte seine Unfähigkeit, einen schnellen Entschluß zu fassen und durchzuführen. Erst als im Jahre 1861 der damalige preußische Außenminister, Graf Albrecht von Bernstorff, die Frage energisch in Angriff nahm, begann sie wieder einmal die europäischen Kabinette zu beschäftigen. Lord John Russell glaubte die verwickelte Situation zu durchschauen und vertrat auf Grund seiner Sachkenntnis die Ansicht, Dänemark habe seine Verpflichtungen nicht erfüllt und müsse jedenfalls dazu angehalten werden². Er ging einzig und allein von den vorliegenden Verträgen aus. Wie weit er die hinter der Angelegenheit stehenden nationalen Kräfte sah und in die politische Rechnung einbezog, läßt sich hier nicht entscheiden. Seine Stellungnahme war vielmehr die ganzen zwei Jahre hindurch so widerspruchsvoll, daß man den Eindruck gewinnt, er habe gar keine klare Stellung eingenommen. In der Einleitung zu dem entsprechenden Kapitel seiner „Speeches and Despatches“³ schreibt er später, der Londoner Vertrag in bezug auf die dänische Frage und der Wiener Vertrag im Hinblick auf Polen seien gleich unmöglich durchzuführen gewesen, weil sie von den Monarchen die Berücksichtigung der Privilegien und Sonderwünsche eines Teils ihrer Untertanen gefordert hätten, während diese sich zufrieden geben sollten, unter einem ihrer Nation nicht angehörigen, von ihnen nicht geliebten Herrscher zu

2. Jansen-Samwer: „Schleswig/Holsteins Befreiung“ S. 297.

3. Bd. II. S. 243 f.

leben. Die das Jahrhundert bestimmende nationale Tendenz hätte die Lage noch verschärft. Wenn er hier an dem Grundproblem vorbeisieht — er betont ausdrücklich, die nationale Frage sei nicht ausschlaggebend gewesen — so läßt sich dies aus apologetischen Gründen erklären, aber man spürt andererseits in seiner Politik nichts davon, daß er die genannten Verträge für undurchführbar hielt. Beschränkt sich so der unmittelbare Quellenwert der Schrift auf ein Minimum, so mag sie doch zur Beleuchtung dienen, wie wenig geklärt seine Anschauungen über die ganze Frage waren, wenn er nicht einmal nachher eine seiner Politik entsprechende Darstellung zu finden vermochte. Sein tatsächliches Vorgehen scheint zunächst nur ein Ziel zu kennen, nämlich einen akuten Konflikt zu verhüten, der eine allgemeine Konflagration hervorrufen und es Napoleon ermöglichen könnte, seine Revision der Karte durchzuführen.

Die seit 1861 laufenden Verhandlungen drohten im August 1862 mit einem schrillen Mißton abzureißen. Preußen hatte Dänemark am 22. des Monats seine Forderungen in Form einer Note überreicht, und Oesterreich hatte sich dem Schritt in milderer Sprache angeschlossen⁴. Es stand zu erwarten, daß Dänemark die Forderungen ablehnen würde. Daraus konnte unter Umständen der von England gefürchtete Konflikt entstehen. Dies mußte verhindert werden, indem man die Gegner erneut an den Verhandlungstisch brachte.

Am 24. September sandte daher Russell eine Note an die drei Mächte Preußen, Oesterreich und Dänemark, in der er eine Neuordnung der dänischen Monarchie vorschlug⁵. Er faßte die Sache an dem praktisch bedeutungsvollsten Punkt, der finanziellen Frage, an: Dänemark sei gemäß den Abmachungen von 1851/52 nicht befugt, in den Herzogtümern ohne Zustimmung der Stände Steuern zu erheben. Die Verfassung von 1855 sei ungültig, weil ihr die Stände nicht zugestimmt hätten. Dann folgt eine längere in bezug auf Schleswig etwas unklare Darlegung der Beziehungen der Herzogtümer zum Deutschen Bund,

4. Der oesterreichische Schritt erfolgte am 26. August Jansen Samwer S. 77.

5. Pr. St. A. 1. A. A. e. 33 Bd. 46,

aus der eine vollständige Anerkennung der deutschen Forderungen, soweit sie Holstein und Lauenburg betreffen, abgeleitet wird. Am Schluß faßt Russell seinen Vorschlag in folgende Punkte zusammen: Erfüllung sämtlicher deutscher Forderungen, soweit sie die genannten beiden Herzogtümer betreffen, und vollständige Autonomie Schleswigs mit Ausscheidung seiner Vertreter aus dem Reichsrat. Ein Normalbudget soll vom Reichsrat und den drei Einzellandtagen auf zehn Jahre festgesetzt werden, während über die Ausgaben jährlich ein neu zu bildender Reichsrat aus zwei Drittel Dänen und einem Drittel Deutschen entscheiden soll. Außerordentliche Ausgaben sollen jedoch allen vier Vertretungen zur Bewilligung vorgelegt werden. Die Zusammensetzung des neu zu bildenden Reichsrats wird aber nicht mit den übrigen Punkten zusammen noch einmal wiederholt, was auf eine nicht ganz geklärte Meinung über diesen Punkt deutet.

Diese Depesche vertritt einen so ausschließlich deutschen Standpunkt, wie ihn der englische Außenminister nie vorher und nie nachher während der ganzen von uns behandelten Periode eingenommen hat. Wenn wir uns nach einer Erklärung dieses auffälligen Tatbestandes umsehen, stoßen wir auf die Erinnerungen Sir Robert Moriers, des damaligen englischen Gesandtschaftsattachés in Berlin. Es findet sich darin ein Brief an einen Freund, allerdings mit dem Vermerk „viele Jahre später“⁶, in dem er erzählt, daß Russell die Depesche entwarf, während er Anfang September 1862 in Begleitung der Königin einige Tage in Koburg weilte. Morier, der bei diesem Aufenthalt die Stelle einer Privatsekretärs bei ihm versah, nimmt die moralische Autorschaft der Depesche für sich in Anspruch. Er kannte die deutschen Verhältnisse sehr genau, und seine Sympathien galten den deutschen Liberalen, die damals vor allem für die Befreiung Schleswig-Holsteins eintraten. Morier übernahm ihre Ziele. Seine Bemühungen, Russell für seine Auffassung zu gewinnen, wurden durch die Koburger Atmosphäre — es war die Hochburg des deutschen Liberalismus —

6. *Memoirs and Letters of Rt. Hon. Sir Robert Morier* Bd. 1. S. 388. *Loftus* II. S. 232 ff. *Cierpinski* S. 229.

wirksam unterstützt. Da ihm nun die gleiche Einstellung von allen Seiten entgegentrat, und auch die Neigungen seiner Königin sich in dieser Richtung bewegten, mag Russell, der sehr leicht äußeren Einflüssen erlag, seine Depesche auf einen für Deutschland freundlicheren Ton gestimmt haben, als dies in London, womöglich in Zusammenarbeit mit Lord Palmerston, geschehen wäre. Jedenfalls bietet dies die beste Möglichkeit, seine Stellungnahme zu erklären. Morier fährt in jenem Briefe fort, er sei damals sicher gewesen, daß Dänemark jene Vorschläge ablehnen würde. Seine Absicht aber sei gewesen, England eine Gelegenheit zu schaffen, sich von der Sache ganz zurückzuziehen, indem er erklärte, da man seine Vorschläge nicht billige, sähe er sich nicht verpflichtet, weitere Schritte zu tun. An sich läßt sich gegen diese Deutung nichts einwenden. Dieser Weg hätte tatsächlich zu einem für England günstigen Ergebnis führen können, und die Annahme, daß Dänemark ablehnen würde, konnte damals leicht gemacht werden. Allein mit Sicherheit kann man diese Auslegung nicht hinnehmen, da sie erst so viel später niedergeschrieben wurde. Dem Rückschauenden formt sich die Erinnerung nur zu leicht nach dem wirklich Eingetretenen um. Das gilt sicher für die Feststellung, der Außenminister sei ganz seiner Ansicht gewesen, aber das Kabinett habe sie nicht gebilligt. Soviel wir sehen, lenkte Russell, als er nach London zurückgekehrt war, sofort in das Fahrwasser der Interventionspolitik zurück und nahm seine Position als Schiedsrichter Europas wieder ein, wenn er sie überhaupt je verlassen hatte. Wie weit da Einflüsse des Kabinetts und des Premiers hineinspielen, läßt sich bei der Eigenart englischer Geschäftsführung schwer übersehen. Aus einem Bericht Sir Augustus Loftus', der beim Amtsantritt Bismarcks noch englischer Botschafter in Berlin war, erfahren wir Näheres über die Absicht seiner Regierung⁷. Er berichtet über ein Gespräch, das er mit Bismarck geführt hatte, wo er, doch jedenfalls Russellschen Weisungen folgend, dem preußischen Ministerpräsidenten klar gemacht habe, daß der Septembervorschlag die letzte große Chance für Preußen sei. Die Gewährung der Autonomie

7. 11. X. 62 F. O. 64, Bd. 529.

Schleswigs sei ein so großes Zugeständnis, daß man alle anderen Bedenken fallen lassen müßte. Aus diesen Worten spricht deutlich die Haltung eines großmütigen Vermittlers. Demgegenüber vermutete man in Kopenhagen, Russell wollte mit jenem Vorschlag den neuen preußischen Ministerpräsidenten ködern⁸, eine Behauptung, die schon deswegen unhaltbar ist, weil die vom 24. September datierte Depesche jedenfalls abgefaßt wurde, ehe die Nachricht von der Ernennung Bismarcks am 22. September nach London gelangt war. Alle Anzeigen weisen darauf hin, daß die offizielle Politik die Vermittlung ernsthaft und ohne Rückzugsgedanken betrieb. Man forderte von Preußen sogar die Einstellung jeder direkten Verhandlung mit Dänemark, da es für dieses leichter sei, auf den Druck der unbeteiligten Mächte hin nachzugeben, als vor dem lang bekämpften Gegner die Waffen zu strecken. Es zeigte sich aber bald, daß England die Rechnung ohne den Wirt gemacht hatte, Dänemark wollte weder auf direkte noch auf indirekte Forderungen eingehen, sondern baute weiter auf die Uneinigkeit Deutschlands, die Machtlosigkeit Preußens, dessen Kräfte es durch den inneren Konflikt gebunden glaubte, und die Unentschlossenheit der Neutralen.

Die preußische Antwort auf den Septembervorschlag verzögerte sich infolge des Ministerwechsels eine Weile. Erst am 29. Oktober konnte sie Bernstorff, jetzt wieder Botschafter in London, übergeben⁹. Ein sehr aufmerksamer und mißtrauischer Leser hätte aus diesem Schriftstück viel über Bismarcks Absicht und seine diplomatische Methode herauslesen können. Allein Russel besaß weder Mißtrauen noch allzu feines Gehör für neue Töne in der Diplomatie. Er war zu alterfahren und sicher in seiner Stellung zum Kontinent, um erste Anzeichen einer Veränderung zu bemerken. Er wußte gar nicht, daß es auch andere Möglichkeiten, als die von ihm in einem langen Diplomatenleben erprobten, geben konnte. Bismarck war taktisch so vorgegangen, daß er seine Ansicht überall in die englische De-

8. Preußische Gesandtschaft in Paris an Bismarck 20. X. 62. Pr. St. A. a. a. O. Bd. 47.

9. Bismarck an Bernstorff 27. X. 62 B. W. Bd. 4, S. 6 ff.

pesche hineindeutete, Widerspruch sorglich vermeidend. Er betonte, daß der Vorschlag als Basis für eine endgültige Regelung durchaus geeignet sei, obwohl er sich nicht streng auf die Basis der Vereinbarungen von 1851/52 stelle, so daß es für Preußen eine Konzession bedeute, wenn es ihm zur Wahrung des Friedens zustimme. Das mußte Russels staatenbeglückender Haltung einen Stoß versetzen, den er nur deshalb nicht empfand, weil er durch die dänische Absage¹⁰ bereits viel empfindlicher getroffen war. Wenn die preußische Note dann fortfährt, es sei sehr erfreulich, daß England die Holstein und Lauenburg betreffenden Dinge rückhaltlos als Bundesangelegenheit anerkenne, und sie damit der internationalen Einmischung entziehe, so bleibt zum mindestens zweifelhaft, ob das der Absicht des englischen Außenministers voll entsprach. Daß Bismarck aber jede endgültige Regelung einmal — selbstverständlich — von der Zustimmung Dänemarks zu den britischen Vorschlägen, zweitens von der Einwilligung der Ständeversammlungen abhängig machte, also das Schwergewicht der Entscheidung von dem vermittelnden England zu den beteiligten Staaten hinüberschob, entsprach gewiß nicht den Tendenzen der Septemberdepesche, ebensowenig wie die Verweisung der finanziellen Schwierigkeiten als sekundär auf spätere Verhandlungen, was einem Hinausschieben des Streites, den Russell so dringend beigelegt zu sehen wünschte, gleichkam. Ueberall trat der verschiedene Wille der beiden Staatsmänner hervor. Lag dem Engländer alles daran, die Diskussion ein für alle Mal zu beenden, so wollte Bismarck sie auf eine für Preußen gelegener Zeit verschieben. Daher suchte er bei aller Betonung seiner grundsätzlichen Bereitschaft möglichst viele Faktoren aufs Tapet zu bringen, die die Entscheidung verzögern und erschweren mußten. Das alles geschah meisterhaft auf jene indirekte Weise, so daß England nicht im geringsten verletzt wurde. Ja, da die Dänen abgelehnt hatten, mußte man Preußens bereitwillige Haltung hoch einschätzen, da sie das englische Kabinett vor einer vollständigen diplomatischen Niederlage bewahrte. Daß Preußen den Anregungen der Septemberdepesche zu folgen geneigt war, wußte

10. am 15. X. 62.

man schon nach den ersten Gesprächen der beiderseitigen Vertreter über diesen Gegenstand, jetzt wäre eine Zustimmung mit der Bedingung der Annahme Dänemarks eine Farce gewesen, da man von der Ablehnung bereits unterrichtet war¹¹. Der Wert der Antwortdepesche lag allein darin, daß sie zeigte, wie Bismarck im einzelnen über die Frage dachte. Umso verwunderlicher bleibt es, daß ihr nicht mehr Beachtung geschenkt wurde. Aber Russell war verärgert, daß die Sache nicht so ging, wie er gedacht hatte, und legte wenig Wert auf ein Schriftstück, das zwar für die Zukunft wichtig sein sollte, ihm aber in der augenblicklichen Lage nicht weiter half. Er rückte bereits von seinen Vorschlägen ab. Bei der Beantwortung der preußischen Depesche sagte er Bernstorff¹², er könne nur in Zusammenarbeit mit den übrigen europäischen Mächten bei den Dänen etwas erreichen. Er hatte eingesehen, daß seine ursprüngliche Absicht, diesen Konflikt durch eine isolierte englische Vermittlung zu lösen, nicht durchzuführen war. Er mußte andere Wege suchen. Palmerston und die öffentliche Meinung, die die Septemberdepesche zu deutschfreundlich gefunden hatten, mögen eine Sinnesänderung bestärkt haben. Dazu kam die Abneigung des liberalen England, zu dem auch Russell gehörte, gegen die konservativ-reaktionäre Innenpolitik Bismarcks, die gerade die ideologisch bestimmte englische Politik stärker beeinflussen mußte, als es uns heute gerechtfertigt oder begreiflich erscheint. Der Ton des diplomatischen Verkehrs blieb höflich. Brüsskieren durfte man Preußen nicht, da man es im Plan des europäischen Gleichgewichts brauchte. Aber der unbedingte Wille, die Schleswig-Holsteinsche Frage so schnell wie möglich aus der Welt zu schaffen, erlahmte beim ersten Widerstand. Bismarck konnte das nur willkommen sein, da er ja eine schnelle und glatte Lösung der Sache nicht wünschte. Nicht daß man in London die Angelegenheit sofort aufgegeben hätte. Russel bemühte sich vielmehr um die erwähnte europäische Aktion. Am 12. November weiß Bernstorff¹³ von einem englischen

11. Lowther an Russell 27. IX. u. 30. IX. 62 Acc. a. Pap. 1863 Bd. 46, Nr. 1.

12. Bernstorff an Bismarck 31. X. 62 Pr. St. A. a. a. O. Bd. 47.

13. Pr. St. A. a. a. O.

Depeschenentwurf, der Rußland und Frankreich zur Begutachtung zugesandt worden sei. Es bestand jedoch von vornherein wenig Aussicht auf die Mitwirkung Napoleons. Die Lage des französischen Kaisers war ebenso schwierig wie seine Absichten dunkel. Er konnte seine liberalen und nationalen Grundsätze schlecht verleugnen, gönnte aber keinem andern Staat eine Gebietserweiterung, wenn er nicht gleichzeitig einen Anlaß zur Durchführung seiner Kartenveränderungspläne erhielt. Außerdem brauchte er einen außenpolitischen Erfolg, um seine Stellung in Frankreich zu befestigen. Es konnte ihm also nichts an einer schnellen und reibungslosen Erledigung europäischer Streitfragen liegen, da mit ihrer Verminderung die Anlässe für eine Durchführung seiner Pläne schwanden. Der englische Minister gab sich denn auch betreffs Frankreich keinen Illusionen hin. Er erklärte, wenn der Kaiser sich versage, werde er mit Rußland allein vorgehen. Eine solche Aktion hatte jedoch wenig Aussicht auf Erfolg, da Dänemark offensichtlich von Paris her der Rücken gesteuert wurde. Alles dies mußte Russell wissen, und Bernstorffs Eindruck, daß es sich bei diesen Verhandlungen um ein Rückzugsmanöver handle, erscheint durchaus begründet. Daß dieses Vorgehen sehr geschickt war, kann niemand behaupten, denn jetzt holte sich England die völlig überflüssige, weil vorauszusehende Absage Frankreichs und offenbarte dadurch aller Welt, daß es auf dem Festland keinen zuverlässigen Bundesgenossen besaß, wenn man von dem in dieser Frage noch relativ uninteressierten Oesterreich absieht. Ohne einen solchen mußte jeder englische Interventionsversuch scheitern, wenn es nicht gewillt war, seine Flotte einzusetzen. Davon konnte aber keine Rede sein, da dies den europäischen Krieg, den man vermeiden wollte, mit Sicherheit entfesselt hätte. Ganz davon abgesehen widersprach es der englischen Tradition, anders als in höchster eigener Bedrohung diese seine einzige Waffe einzusetzen. Das Klügste, d. h. das den Interessen des Inselreiches Entsprechendste wäre gewesen, sich, wie Morier rückschauend angestrebt zu haben vorgibt, aus den festländischen Händeln, die die Insel als Staat im Grunde nicht berührten, zurückzuziehen. Aber man war es in London seit einem halben Jahrhundert gewohnt, den Ausschlag

in allen kontinentalen Streitfragen zu geben. Die führenden Staatsmänner, Palmerston und Russell, standen am Ende eines langen Diplomatenlebens, das seine ersten entscheidenden Eindrücke während des Kampfes mit dem ersten Napoleon erhalten hatte, in jener Zeit, in der Englands Schicksal so eng mit dem des Kontinents verknüpft war wie selten, in der es bestimmend in die Gestaltung des Festlandes eingegriffen hatte. Seitdem hatte man an der Themse die Blickrichtung im wesentlichen nicht verändert, wenn auch gerade für unsere Zeit der Konflikt mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika zeitweilig die kontinentale Streitfrage nebensächlich erscheinen ließ. Immer wieder taucht jedoch die Furcht auf, jene bedrohliche Situation, die nur unter Anspannung der äußersten Kräfte des Weltreichs hatte gewandelt werden können, möchte sich eines Tages wiederholen. Für den Inselstaat war der Gedanke einer feindlichen Invasion mit einem für den Festlandsbewohner in seiner ständigeren Gefahrenlage unverständlichen Schrecken verbunden. Neben einer größeren natürlichen Sicherheit, die die Gefahren immer stärker empfinden läßt, mag hier auch die Erinnerung an die tiefgreifenden staatlichen Veränderungen durch die Invasionen des frühen Mittelalters unbewußt eine Rolle spielen. Solchem, einem festgefügtten Staat unerträglichem Geschehnisse wollte man vorbeugen um jeden Preis. Deshalb erhob man das Gleichgewicht der Festlandsmächte zur Doktrin und suchte unter dieser oder einer andern Flagge jeden Streit im Keim zu ersticken.

Da sich für den Augenblick keine gesamteuropäische Aktion herbeiführen ließ, mahnte Russell am 20. November noch einmal die Dänen allein, der vorgeschlagenen Regelung zuzustimmen¹⁴. Er stellte ihnen vier Möglichkeiten dar, 1. den jetzigen Zustand fort dauern zu lassen, bis er in einer allgemeinen Konflagration ende, 2. eine Verständigung mit den holsteinschen Ständen über eine Gesamtstaatsverfassung herbeizuführen. 3. Schleswig nach Nationalitäten der Einwohner zu teilen, den südlichen Teil mit Holstein zu verbinden, den nördlichen dem Stammlande enger anzugliedern, 4. die englischen Vorschläge

14. Balan an Bismarck 27. XI. '62 Pr. St. A. a. a. O. Bd. 48,

vom 24. September anzunehmen. Diese zweite Depesche Russells kennzeichnet seinen Rückzug. Sie läßt den Dänen viel mehr Möglichkeiten und kommt mit dem Teilungsvorschlag dem Programm der Eiderdänen nahe. Das Bestreben, wenigstens irgendeine Zusage zu erhalten, spricht aus dem Schriftstück. Man wollte sich mit Anstand aus der Sache herausziehen. Dänemark ergriff die Gelegenheit, das Odium, am Scheitern der Verhandlungen schuld zu sein, von sich abzuwälzen, indem es der zweiten Alternative zustimmte, die am wenigsten verpflichtete. Wie wenig es sich durch dies Versprechen gebunden fühlte, zeigte die Tätigkeit seines leitenden Ministers Hall. Bereits Mitte November hatte er eine Sonderregierung für Holstein eingerichtet. Unter diesem scheinbaren Entgegenkommen verbarg sich sein wahres Ziel: Die Maßnahme stellte den ersten Schritt auf dem Wege einer Trennung der Herzogtümer und der Einverleibung Schleswigs in die Gesamtmonarchie dar. Schon vorher am 6. November hatte er die preußisch-österreichischen Forderungen vom August des Jahres abgelehnt. Eine Gegenüberstellung der Ablehnungsschrift mit einem ungefähr gleichzeitigen Memorandum Russells über diese Angelegenheit läßt die englische Haltung jener Tage als vorwiegend antidänisch hervortreten^{15/16}.

Hall behauptete in jenem Antwortschreiben, daß 1851/52 gar keine festen Abmachungen zwischen Dänemark und den deutschen Mächten getroffen seien, sondern nur ein unverbindlicher Schriftwechsel stattgefunden habe. Die Verfassung von 1855 sei rechtmäßig vom König von Dänemark als souveränen Herrscher erlassen worden, Holstein und Lauenburg seien erst nach einem Bundesbeschluß von der Verfassung zurückgetreten. Dieser Rücktritt könne jedoch unmöglich für Länder gelten, die weder direkt noch indirekt in Autoritätsverhältnis zum Bunde ständen. Wenn jetzt von Verhandlungen über die Verfassung die Rede sei, so geschähe das nur, weil Dänemark sich bereit erklärt habe, Holstein und Lauenburg gewisse Zugeständnisse legislativer und finanzieller Art zu machen, Zugeständnisse, die

15. Hall an Bille 6. XI. 62 Acc. a. Pap. a. a. O.

16. 14. XI. 62 Acc. a. Pap. a. a. O.

nur in Uebereinstimmung mit der Regelung der Vertretung der andern Landesteile im Reichsrat gemacht werden könnten. Die schleswigschen Angelegenheiten einschließlich der Spracherlasse, die 1851/52 überhaupt nicht erwähnt worden seien, ständen jetzt nicht zur Diskussion.

Demgegenüber stellt Russell in dem unabhängig von dem dänischen Schriftstück verfaßten Memorandum die Verbindlichkeit der gesamten Abmachungen des Jahres 1851/52 fest. Er unterscheidet rein geographisch einen bundesrechtlichen und einen internationalen Teil der Frage. Alles, was Holstein und Lauenburg, die Mitgliedstaaten des Bundes betreffe, sei dessen Angelegenheit, die er mit Dänemark gemäß den Bundesgesetzen regeln müsse, über Schleswig dagegen als dem Bestandteil eines für das europäische Gleichgewicht notwendigen Staates, könnte nur unter Mitwirkung aller europäischen Mächte entschieden werden. Diese Unterscheidung war angesichts der verwickelten Verhältnisse recht grob und oberflächlich, aber sie schien am ehesten zu einem praktischen Ergebnis zu führen und nur darauf kam es dem Engländer an. Dieser Feststellung entsprechend beziehen sich die Forderungen des englischen Ministers nur auf Schleswig. Dies dürfe dem Stammland nicht einverleibt werden, man müsse ihm vielmehr eine unabhängige Stellung und gleiche Rechte in seinem Verhältnis zur Gesamtmonarchie gewähren wie den übrigen Landesteilen. Die deutsche und dänische Nationalität seien auf den gleichen Rechtsstandpunkt zu stellen. Er überließ also die holstein-lauenburgische Frage, wie es Bismarcks Antwortschreiben auf die Septemberdepesche getan hatte, dem Bunde und befaßte sich lediglich mit Schleswig, das Hall so gern ganz aus der Diskussion ausgeschaltet hätte. Gegenüber den Septembervorschlägen ist bemerkenswert, daß Russell jetzt weniger auf die finanzielle und stärker auf die nationale Frage eingeht. In jener finden wir die praktische augenblickliche Lösung im Vordergrund, hier die prinzipielle Stellungnahme, handelt es sich doch diesmal um eins der wenigen internen Schriftstücke. Festzuhalten bleibt, daß der englische Außenminister als Unparteiischer, der er sein wollte, im November 1862 fordernd den Dänen und gewährend den Deutschen gegenüber stand.

Die Verhandlungen schleppten sich durch halbe Zugeständnisse der Dänen bis in den Januar des folgenden Jahres. Russell zog sich mehr und mehr zurück. Mitte Dezember äußerte er schon, man müsse den Dänen Zeit lassen¹⁷. Immer stärker wird der Eindruck, daß er nur noch von dem Wunsch beseelt ist, sich aus der ganzen Sache herauszuziehen, damit er nicht gegen die allgemeine prodänische Stimmung des Landes Politik treiben müsse. Die Position des Kabinetts war überdies nicht allzu sicher. Zwar war Palmerston noch immer der Liebling des Volkes, aber das sicherte nicht ohne weiteres die Lage im Parlament. Er stimmte mit seinem Außenminister in der viel wichtigeren amerikanischen Politik überein, so daß er ihn wegen der dänischen Politik, die er nicht billigte, nicht fallen lassen wollte. Die Angelegenheit war im Gesamtrahmen der englischen Politik zu untergeordnet, um eine Krise ihretwegen populär zu machen. Immerhin tauchten hie und da Gerüchte über Russells Sturz auf¹⁸. Allein solange er deutschfreundlich blieb, genoß er die nicht zu unterschätzende Gunst der Königin. Die Lage konnte daher für ihn wohl unangenehm, aber kaum gefährlich werden. Wenn er die Verhandlungen nicht abbrach, so geschah das, um Frankreich nicht das Feld allein zu überlassen. Erst als Napoleon gar keine Anstalten machte, aus seiner Passivität hervorzurücken, sann Russell ernsthafter darauf, die so lästige Frage zu begraben. Anfang Januar 1863 schrieb er in dieser Absicht an Sir Augustus Paget, dem Vertreter der englischen Regierung in Kopenhagen¹⁹, es würde schwer sein, die Dänen jetzt noch zur Annahme der Septembervorschläge zu bewegen, daher würde er jeder Einigung Dänemarks mit den Herzogtümern zustimmen. Das war der offene Rückzug. Der dänenfreundliche Paget, der bis dahin die Politik seiner Regierung nur ungern vertreten hatte, wird es nicht versäumt haben, diese Wendung gehörig zu unterstreichen. Am 10. Januar wurde dann eine dänische Depesche in London abgegeben, die die Diskussion vorläufig schloß²⁰. Russell war

17. Bernstorff an Bismarck 12. XII. 62 Pr. St. A. a. a. O.

18. Balan an Bismarck 2. XII. 62 a. a. O.

19. 8. 1. 63 Acc. a. Pap. a. a. O.

20. Balan an Bismarck 15. 1. 63, Pr. St. A. a. a. O. Bd, 49.

es zufrieden. Dänemark habe das Recht, die Verhandlungen abubrechen²¹. Kein Groll über das Mißlingen des Interventionsversuches wurde spürbar. Anfang Februar verteidigten Russell und Palmerston ihre Politik im Parlament. Damit fand die erste Periode der Einmischung Englands in die verwickelste Frage des Kontinents ein Ende, umso schneller und gründlicher als der polnische Aufstand bereits alle Interessen absorbierte.

Dieser muß hier soweit behandelt werden, wie er auf die Stellung Englands zu Preußen einwirkte und die politische Einflußsphäre beider Länder verschob, was wieder ihre Stellung zueinander veränderte. Bis jetzt war Russels Haltung, wie mehrfach hervorgehoben, durchaus preußenfreundlich. Auch das letzte laue Zurückweichen war nicht als unfreundlicher Akt gegen Preußen gemeint, das ja gleichfalls nicht auf eine Fortführung der Verhandlungen drängte, sondern aus den inneren Schwierigkeiten und der dänischen Unzugänglichkeit, die jede Verhandlung unmöglich machte, hervorgegangen. Einzig darin, daß man den Dänen das Recht, die Verhandlungen abubrechen, so ohne weiteres zugestand, lag eine gewisse Geringschätzung der von Preußen ausgesprochenen Verhandlungsbereitschaft, die nur deshalb keine Folgen hatte, weil Berlin das Ende der Verhandlungen gleichfalls wünschte. So blieb das Verhältnis der beiden Staaten ungetrübt bis an die Schwelle des polnischen Aufstands.

Zweites Kapitel.

Die Veränderung der europäischen Machtverhältnisse durch die polnische Frage.

Neben der schleswig-holsteinschen war die polnische Frage einer der ständigen Beunruhigungspunkte Europas im 19. Jahrhundert. In England sowohl wie in Preußen war die Meinung besonders in der zweiten Angelegenheit parteibestimmt. Die liberale Partei, die sich stets zum Anwalt der Freiheit der Völker aufwarf, begeisterte sich für den Kampf der edlen Polen gegen die russische Autokratie und Reaktion. Die öffentliche Meinung aller Länder Europas entflammte für das unterdrückte Volk,

21. Russell an Paget 21. 1. 63 Acc. a. Pap. a. a. O.

das allen soviel höher zu stehen schien als die russischen Herrscher. Allein jetzt zeigte es sich, daß die preußische Politik unter Bismarck andere Wege als die bisher üblichen ging. Nicht länger beherrschte die Ideologie die politischen Entschlüsse, diese folgten jetzt vielmehr aus einer genauen Berechnung der gegebenen Machtverhältnisse. Das preußische Staatsinteresse, die Staatsraison, bestimmte wieder Ziele und Wege. Die Volkstimmung sank von einem beherrschenden Prinzip zu einem Mittel, das diesen Gesichtspunkten u. U. zu dienen geeignet war. Im Augenblick gebot die Staatsnotwendigkeit, sich irgendeinen sicheren Rückhalt zu verschaffen, eine Stellung unter den Mächten zu erringen, die es erlaubte, bei künftigen Entscheidungen mitzuwirken, kurz, es galt vom Objekt zum Subjekt der Politik zu werden. Der polnische Aufstand bot eine günstige Gelegenheit, Rußland an sich zu ketten und gleichzeitig durch diese Wendung, den für Preußen gefährlichen Sieg der Insurgenten zu verhüten. Nach diesem Gesichtspunkt orientierte Bismarck seine Politik.

Für England hatte die Frage ein ganz anderes Gesicht. Zunächst lag Polen weit ab und konnte Englands Interessen unmittelbar weder fördern noch hemmen. Das erleichterte nicht unwesentlich eine idealistische Einstellung. Wenn man aber genauer zusieht, war die englische Politik keineswegs frei von dem Eigennutz, den sie an Preußen nachdrücklich rügte. Wie in der schleswig-holsteinschen Angelegenheit so sah man auch hier, allerdings mit mehr Grund, die Gefahr einer Zerstörung des europäischen Gleichgewichts durch Frankreich, falls Napoleon die Gelegenheit ergriff, um sich einen Vasallenstaat an der preußischen Grenze zu schaffen, oder diese Frage als Anlaß zu einem Kriege benutzte. Daher mußte es das Bestreben der englischen Staatsmänner sein, auch diese neue Gefahr so schnell wie möglich zu bannen. Aus diesen Gesichtspunkten allein hätte sich wohl ein Zusammenwirken mit Preußen-Rußland ergeben können. Dem stand die seit einigen Jahren neu erwachte Rivalität mit dem Zarenreich, dem man jede Schwierigkeit gönnte, und die Polenbegeisterung des eigenen Volkes, die auch die liberale Regierung selbst ergriff, hemmend und alle andern Beweggründe überwiegend gegenüber. Daraus entsprang der

Entschluß, Frankreich in seinem Eintreten für die Polen noch zu übertrumpfen. Das erforderte die Verbindung zweier taktischer Ziele. Man mußte einmal verhüten, daß ein freies Polen unter dem Schutze Frankreichs entstand, dann aber, da man doch die Polen von ihrem Joch befreien wollte, so starken Druck auf Rußland ausüben, daß es den Polen die erstrebte selbständige Stellung innerhalb seines Reiches, dem französischen Zugriff entzogen, gewährte. Hier mußte man notwendig in Gegensatz zu Preußen geraten, dessen natürliches Interesse ein selbständiges Polen, in welcher Form immer, an der Grenze seiner polnischen Provinzen als Kristallisationspunkt für deren nationale Hoffnungen nicht ertragen konnte. England mußte, wenn es ernsthaft vorging, mit dem Widerstand des vereinigten Preußen-Rußland und eventuell einem angeschlossenen Oesterreich rechnen. Dem hätte es mit Aussicht auf Erfolg nur gemeinsam mit Frankreich entgegenzutreten vermocht, da keiner der drei Staaten zur See allein entscheidend niedergekämpft werden konnte. Sodann hätte es, um Frankreich für englische Ziele, ohne eigene Pläne verwirklichen zu können, kämpfen zu lassen, einer diplomatischen Meisterschaft bedurft, über die das England jener Tage nicht entfernt verfügte. Alles dies setzte eine Politik voraus, die einen Einsatz wagte, die nicht nur drohte, sondern zum Handeln, wenn es sein mußte, zum Krieg, bereit war. Letzteres erwies sich vom realpolitischen Standpunkt aus als unhaltbar, denn ein solcher Einsatz war durch keine Aussicht auf greifbaren Gewinn gerechtfertigt. So konnte diese ständig zwischen liberalen Ideologien und Staatsinteressen schwankende Politik kein positives Ziel verwirklichen, sondern nur gerade verhüten, daß ein polnischer Staat von Frankreichs Gnaden entstand, und auch in dieser Sache leistete das preußisch-russische Bündnis erheblich mehr als die englischen Depeschen, die schließlich nur die Entfremdung zwischen den Westmächten vertieften. Die beabsichtigte Demütigung und Schwächung Rußlands scheiterte, weil man in Petersburg sehr wohl wußte, daß kein Wille zur Tat hinter den englischen Drohungen stand. Dazu hatte man an Preußen einen guten Rückhalt gewonnen. In England, wo man dies Zusammengehen der beiden Staaten durchaus unangenehm empfand, wandte sich die Stimmung der Diplomaten

immer mehr gegen Preußen, das plötzlich wieder einen politischen Willen zeigte, den es solange bequemerweise nicht besessen hatte. Die Anfänge dieser Entwicklung konnte man umso weniger bekämpfen, je mehr man sich in Unklarheit über Napoleons Pläne befand, und daher das Kräfteverhältnis der beiden Festlandsstaaten nicht gegeneinander abwägen und ausspielen konnte. Bei ruhiger unvoreingenommener Betrachtung der Lage hätte England sehen müssen, daß es kaum etwas zu gewinnen, aber einiges zu verlieren hatte. Das Durchdenken der Konstellation wurde versäumt. Man stürzte sich, wie schon mehrmals in der Epoche des Liberalismus, kopfüber in ein Unternehmen, dessen Tragweite man nicht kannte. Als daher Rußland im Herbst 1863 die Debatte über die polnische Angelegenheit endgültig schloß, stand England, von Frankreich getrennt, fast gänzlich isoliert da, während Preußen an Rußland eine wenigstens sicher neutrale Macht gewonnen hatte. Schon jetzt ließ es sich bemerken, daß die Führung der europäischen Dinge mehr und mehr in die Hände Bismarcks überging. Der Prozeß einer großen Wandlung aller Verhältnisse hatte begonnen, nicht ganz unbemerkt von den englischen Politikern, nur waren ihre Ueberzeugungen und Vorstellungen von dem europäischen Kräftesystem zu tief gewurzelt, um sich, dem Tempo der tatsächlichen Entwicklung entsprechend, wandeln zu können. Man war die Stabilität gewisser Grundverhältnisse zu lange gewohnt. Immer noch sah man in Napoleon den spiritus rector der kontinentalen Politik. Daneben wuchs freilich mit der Ahnung von seiner Bedeutung, der Gegensatz zu Preußen, das so störend in die altgewohnten Verhältnisse eindrang.

Am 8. Februar 1863 schloß Preußen mit Rußland die sogenannte Alvenslebensche Konvention ab¹, in der Preußen Rußland in Verfolgung der Insurgenten, wenn es notwendig würde, die Ueberschreitung der Grenze gestattete, und in der sich beide Staaten zusagten, sich über die gegenseitigen militärischen Aktionen, soweit sie den polnischen Aufstand beträfen, auf dem Laufenden zu halten. Nicht der Inhalt der Abmachung bestimmte ihren Wert, sondern die Gesinnung, die Preußen ein

1. Pr. St. A. A. 1. Bg. Nr. 11, Bd. 6,

derartiges Abkommen unterzeichnen ließ. Es erklärte sich dadurch mit dem Zaren in der Bekämpfung der aufständischen Polen solidarisch, während sich ganz Europa gegen ihn stellte, und gab ihm die Gewißheit einer sehr wohlwollenden Neutralität. Dahingegen erlangte Preußen die Neutralität Rußlands in kommenden Konflikten, während der Zar gleichzeitig in dem auch für das Nachbarland lebenswichtigen Abwehrkampf gegen die Polen bestärkt wurde.

Bismarck wußte wohl, welch unangenehmen Eindruck die entschiedene Wendung Preußens nach Osten in London hervorrufen mußte. Er wies daher Bernstorff an, den Abschluß der Konvention als nahe bevorstehend zu erwähnen, um unverbindlich einen Eindruck der Stimmung zu gewinnen². Bernstorff, der diese Weisung falsch verstand, teilte jedoch sofort die vollzogene Tatsache mit. Schon am 12. Februar weiß er von der englischen Entrüstung über die Unterstützung des autokratischen Rußland zu berichten³. Das Streben der englischen Diplomaten konzentrierte sich sogleich darauf, den Inhalt der Konvention zu erfahren. Man erging sich in Vermutungen, die weit über das Ziel hinausschossen. Als Buchanan, der Nachfolger Loftus' in Berlin, am 14. Februar über den Abschluß der Konvention berichtete⁴, fügte er zu dem wirklichen Inhalt, den Bismarck ihn ungefähr hatte wissen lassen, noch hinzu, daß preußische Eisenbahnen bereit seien, russische Truppen zu befördern, daß man sogar eine unmittelbare militärische Unterstützung des Zaren erwäge. Dazu gesellte sich nach der ersten Unterredung Sir Georges mit Bismarck über diesen Gegenstand die Besorgnis vor preußischen Annektionsgelüsten⁵. Bismarck hatte nämlich für den Fall des Rückzugs der russischen Truppen aus den polnischen Provinzen die Besetzung derselben durch Preußen für notwendig erklärt, was es nach der Lage der Dinge auch gewesen wäre. Dieser Gedanke schien dem englischen Botschafter untragbar, so daß er sofort erklärte, Europa würde das nicht

2. 11. 2. 63 Pr. St. A. a. a. O. Gedruckt in B. W. IV, S. 57 Anm. 1.

3. Pr. St. A. a. a. O.

4. Tytus Filipowicz: "Confidential Correspondence of the British Government respecting the Insurrection of Poland 1863".

5. 11. 2. 63 Promemoria Bismarcks B. W. Bd. 4 S. 57.

dulden. Allein auf die Gegenfrage, ob Europa sich darüber einig sei, wußte er keine Antwort. Aus jenem Gespräch entnahm er, daß Preußen jedenfalls aufs äußerste entschlossen sei, sich der Widererrichtung eines polnischen Staates zu widersetzen⁶. Die Sorge vor einem etwaigen gewaltsamen Vorgehen Preußens schwand erst, als man sah, daß die Ereignisse, die als Vorwand hätten dienen können, nicht eintraten. Sobald man aber einsehen mußte, daß Preußen die ihm zugeschobenen Pläne nicht hegte, befand man sich vollständig im Dunkel über die Motive, die zum Abschluß der Konvention geführt haben könnten. Den Vermutungen hierfür war der weiteste Spielraum gelassen, umso mehr als die dadurch bewirkte und erstrebte Umgruppierung der Mächte erst später deutlich wurde. Buchanan suchte zunächst die Erklärung auf innerpolitischem Gebiet. Er meinte, die Abmachung sei getroffen, um die Mehrausgaben im Heeresetat zu begründen. Als er sah, daß sie hierzu nicht benutzt wurde, verstieg er sich zu der Vermutung, Bismarck wolle die Hilfe der russischen Truppen für den Kampf gegen die eigenen Liberalen erwerben⁷. Man muß sich einmal vergegenwärtigen, welche ungeheure Rolle in jenen Tagen der Gegensatz liberal-konservativ besonders in dem durch den Kampf der Volksvertretung aufgewühlten Preußen spielte, um die Möglichkeit solcher Argumente zu begreifen. Vom 20. Februar besitzen wir noch einen Bericht über die angeblichen Zwecke der Konvention⁸. Diese seien, einen Gürtel von drei Meilen beiderseits der Grenze zu schaffen, in dem die Truppen beider Mächte frei operieren dürften, ferner Preußen die Möglichkeit zu geben, in russisch-Polen einzumarschieren, falls der Aufstand größere Dimensionen annähme. Rußland würde froh sein, wenn es die unruhigen polnischen Provinzen los wäre und in sicheren Händen wüßte. Preußen würde sich diese in loser Form angliedern. Allerdings stammten diese Nachrichten vom linken Flügel der Liberalen und Buchanan fügte gleich hinzu, man könne nicht wissen, wie weit sie zuverlässig seien.

6. Buchanan an Russell 14. II. 63 Conf. Corr.

7. 18. II. 63 a. a. O.

8. a. a. O.

Bernstorffs Berichte über die Haltung der englischen Regierung spiegeln nicht die gleiche Beunruhigung, die etwa der Buchanans entspräche. Die öffentliche Meinung stehe zwar durchaus auf polnischer Seite und die private Sympathie fast aller Kabinettsmitglieder gleichfalls, die offizielle Haltung des Foreign Office aber sei streng neutral⁹. Das Gefährliche dieser Konstellation lag auf der Hand: Wie lange würde die Trennung zwischen privater und offizieller Stellungnahme dauern? welche von beiden würde den Sieg davon tragen? Bei Palmerston scheint die Unterscheidung überhaupt gar nicht erst stattgefunden zu haben, denn Bernstorff fügte seinem Bericht hinzu, er habe den Premier noch nicht zu sprechen versucht, da er den andern Botschaftern gegenüber scharfe Worte in dieser Angelegenheit gebraucht habe. Sogar Russell erklärte auf das Bestimmteste, daß er eine Annexion der russisch-polnischen Provinzen durch Preußen nicht dulden könne, da er für jede Regierung unmöglich sei, sich gegen den Sturm der Entrüstung, der dann im Volke losbrechen werde, zu halten¹⁰.

Bismarck bemühte sich angesichts der Aufregung, die die Konvention in ganz Europa hervorrief, die Abmachung als unbedeutend und möglichst wenig praktisch wirksam hinzustellen. Er beschwerte sich über die verhältnismäßig unfreundliche Einstellung Englands. Der Vorschlag Napoleons, in Berlin gemeinsam zu intervenieren, um die Aufhebung der Konvention zu erlangen, machte die Lage noch undurchsichtiger¹¹. So sehr Russell und vor allem Palmerston geneigt sein mochten, Preußen eine Lektion zu erteilen, die Angst vor Frankreich und dessen unbekannten Plänen überwog. Man sah, daß Frankreich jede preußische Antwort als ungenügend betrachten und als Vorwand zum Einfall in die Rheinlande benutzen konnte, was eine unmittelbare Bedrohung der für England wichtigen Niederlande nach sich gezogen hätte. Daher erwiderte der englische Außenminister auf die französische Einladung, einen solchen Schritt könne man zwar in Petersburg, aber nicht in Berlin unternehmen. An der Spree wurde der ungefähre Ver-

9. 20. II. 63 Pr. St. A. a. a. O.

10. Bernstorff an Bismarck 21. II. 63 Pr. St. A. a. a. O.

11. Siehe Vorbemerkung zu Nr. 45 in B. W. Bd. 4 S. 69.

lauf der Verhandlungen erst langsam deutlich, da die Franzosen bei Erwähnung des beabsichtigten Schritts England den Plan noch schärferer Maßnahmen zuschoben, und damit für sich die preußenfreundlichere Haltung in Anspruch nahmen. England geriet dagegen durch die Ablehnung des französischen Vorschlags in eine schwierige Lage. Es durfte Frankreich das Feld nicht allein überlassen, einmal wegen der Furcht vor dessen Plänen, ferner wegen der konkurrierenden Haltung, die beide in bezug auf die Unterstützung liberaler Bestrebungen in Europa einnahmen. Ueberließ es die Begünstigung der polnischen Bewegung dem westlichen Nachbarn allein, so verlor es abgesehen von allen andern möglichen Folgen, an Prestige auf dem Kontinent. Man glaubte auch der erregten öffentlichen Meinung des eigenen Volkes ein Eintreten für die Polen schuldig zu sein. Diese Begründung spielte jedenfalls im diplomatischen Verkehr die Hauptrolle. Da man von Frankreich unmittelbar nach der Ablehnung seines Vorschlages keine Mitwirkung bei englischen Schritten erwarten konnte, ging man allein vor. Am 2. März erhielt Rußland von England die Aufforderung, eine allgemeine Amnestie zu erlassen, und die Versprechen, die es 1815 in Wien betreffs einer Verfassung für die Polen gegeben hätte, zu erfüllen¹². Gleichzeitig wandte man sich an die übrigen Signatarmächte der Wiener Schlußakte mit der Bitte, diesen Schritt zu unterstützen. Goltz, der preußische Botschafter in Paris, berichtete Bismarck unterm 8. März über die dadurch geschaffene Lage: England habe durch sein Vorgehen Frankreich die Führung aus der Hand gerissen, denn es sei wirksamer für die Polen aufgetreten als der Kaiser. Rußland werde formell ablehnen, tatsächlich nachgeben¹³. Hier hatte er sich verrechnet. Rußland gab in keiner Weise nach. Es hatte an Preußen genügend Rückhalt gewonnen und wußte außerdem, daß hinter dem englischen Schritt weder Wille noch Möglichkeit zur militärischen Bekräftigung stand.

In London mußte man einsehen, daß es galt, Rußland wiederum von Preußen zu trennen, wenn man nur die leiseste Aus-

12. Russell an Buchanan 4. III. 63 Conf. Corr.

13. Pr. St. A. a. a. O. Bd. 7a.

sicht auf einen Erfolg haben wollte. Unter diesem Gesichtspunkt suchte man alle Einzelheiten über die Konvention zu erfahren. Schon am 2. März bat Russell um die Abschrift derselben¹⁴, die Bismarck verweigerte. Die beiden Botschafter, Buchanan in Berlin, Napier in Petersburg bemühten sich herauszufinden, wer den Abschluß der Konvention angeregt hatte, um hier mit Aufhebungsverlangen einzusetzen. Dieser Tätigkeit gegenüber stellte Bismarck wieder und wieder den Wert der Vereinbarungen als durchaus untergeordnet hin, was er umso eher konnte, als die praktische Auswertung der Abmachung gleich Null blieb. Auf beiden Seiten kämpfte man stärker als das im gewöhnlichen Verkehr zwischen zwei nicht verfeindeten Mächten sonst der Fall ist, mit Scheinargumenten. Bismarck konnte seine wahren Absichten nicht aussprechen, weil er sie damit ihrer Wirksamkeit beraubt hätte. Jetzt, nachdem wir die Folgen überblicken, können wir seine Absicht mit Händen greifen, könnten es auch, wenn wir keine Dokumente besäßen, die sie deutlich aussprechen. Anders bei England. Hier wird es auch nachträglich nicht sicher, ob man damals in London die Bismarckischen Pläne durchschaute und ihm eine klare eigene Politik entgegensetzen wollte. Die heftigen Bemühungen, die Annullierung der Konvention zu erlangen, lassen uns vermuten, daß hinter dem Argument, man könne es doch umso leichter tun, als die Abmachung praktisch keine Wirkung habe, der Gedanke steht, die Annäherung der beiden Ostmächte zunichte zu machen, denn um ein Schriftstück, von dessen Wertlosigkeit man wirklich überzeugt war, brauchte man sich ja nicht zu bemühen. Anders läßt sich die Aufregung der englischen Diplomatie Ende Februar, Anfang März gar nicht verstehen. Deutete doch Buchanan am 7. März sogar an, England müsse alle Schritte, die zugunsten Polens unternommen würden, selbst wenn ihre Folgen für das Inselreich nachteilig seien, unterstützen¹⁵. Das hieß, wir müssen die französische Polenpolitik bedingungslos mitmachen. Wäre diese Aeußerung vor der Ablehnung des französischen Interventionsvorschlages gefallen,

14. Bernstorff an Bismarck 4. III. 63 Pr. St. A. a. a. O.

15. Conf. Corr.

hätte sie Besorgnis erregen müssen, so legte man ihr kein allzu großes Gewicht bei.

Wieder verschob sich der Schwerpunkt der englischen Politik. Nachdem Russell sich überzeugt hatte, daß die Konvention nicht ratifiziert und keine Ausführungsbestimmungen vereinbart waren, ihr ganzer augenblicklicher Wert gering erschien, instruierte er Buchanan, nicht weiter um eine Abschrift derselben zu bitten¹⁶, und ließ diese Sache fallen. Von nun an hören wir aus London wenig mehr über die Abmachung, die erst so große Aufregung hervorgerufen hatte. Das Denken im Foreign Office konzentrierte sich in zunehmendem Maße auf die Interventionsversuche in Petersburg. Hierzu bemühte man sich wiederholt Preußens Mitwirkung zu gewinnen.

Da Gortschakow in seiner Antwort auf die erste englische Note festgestellt hatte, daß Rußland in Wien keine Verpflichtung England gegenüber betreffs einer Verfassung eines Teils seines Reiches eingegangen war, also das englische Ansinnen abgelehnt hatte¹⁷, begann Russell Mitte März eine neue, dies Mal allgemein-europäische Intervention anzuregen, an der Frankreich und Oesterreich teilzunehmen versprochen. Auch Preußen wollte sich mit einem Privatbrief König Wilhelms an den Zaren anschließen¹⁸. Der Ton des preußisch-englischen Verkehrs nahm im Laufe des März wieder friedlicheren Charakter an. Nur Buchanan gebärdete sich hie und da noch aufgeregt. Ihn beschäftigten immer noch die Vermutungen über die Gründe der Hinwendung Preußens zu Rußland. Der Ansicht, es sei von der Furcht getrieben, der Zar könne die polnischen Provinzen aufgeben, steht unvereinbar die gegenüber, es bedaure, daß es die gleichen Provinzen nicht habe annektieren können. Er kam dem wahren Sachverhalt am nächsten mit der Ansicht, die Konvention sei geschlossen, um den frankophilen Gortschakow zu stürzen, der allein die Erneuerung der heiligen Allianz verhindere¹⁹. Das lag ins Sachliche übersetzt auf der

16. 11. III. 63 a. a. O.

17. 11. III. 63 Pr. St. A. a. a. O.

18. Buchanan an Russell 16. 11. 63 Conf. Corr.

19. An Russell 21. III. 63 a. a. O.

Linie der Bismarckschen Absichten, eine russisch-französische Verständigung zu verhüten.

Während der diplomatische Verkehr ruhig blieb, trat die öffentliche Meinung Englands unentwegt zugunsten der Polen auf. Ein Polenmeeting in der Londoner Guildhall nahm am 17. März sogar eine Resolution an, in der es hieß, da Rußland sein Recht auf die polnischen Provinzen verwirkt habe, solle die englische Regierung die Beziehungen zum Zarenreich abbrechen, bis es Polen die Selbständigkeit gewahrt habe. Diese Entschließung sollte beiden Häusern des Parlamentes vorgelegt werden²⁰. Die Regierung blieb derartigen Ausbrüchen gegenüber fest. Am 24. erklärte sogar Palmerston im Unterhaus bei der Beantwortung einer Interpellation, daß Engalnd seine moralische Pflicht zur diplomatischen Intervention erfüllt habe²¹. Das war eine deutliche Abkehr von aggressiven Plänen, wenn je solche bestanden hatten. Ueber schwebende Verhandlungen verweigerte er jede Auskunft.

Denn inzwischen hatte der Außenminister die Vorbereitungen zu einer allgemein-europäischen Intervention beendet. Am 10. und 24. April wurden die zwar nicht identischen, aber in der Absicht gleichen Depeschen Englands, Frankreichs und Oesterreichs in Petersburg übergeben²². Um die gleiche Zeit schrieb König Wilhelm den versprochenen Brief an den Zaren. Als Buchanan schon wenige Tage später berichten kann, der Zar beabsichtige, eine allgemeine Amnestie am 1. Mai zu erlassen für alle, die bis zu dem Zeitpunkt die Waffen niedergelegt hätten²³, erweckte dieses Entgegenkommen bei Russell keine Befriedigung. Er erwartete, daß die Maßregel mindestens von einer Garantie begleitet werde. In Preußen dagegen feierte man den Entschluß des Zaren als großen Erfolg, den man hauptsächlich der Wirkung des königlichen Briefes zuschrieb. Schließlich mußte sich auch Lord John mit dem immerhin bescheidenen Erfolg zufrieden geben. Am 24. April forderte er unbegreiflicherweise Preußen zu einer nachträglichen Teilnahme

20. Bernstorff an Bismarck 19. III, 63 Pr. St. A. a. a. O. Bd. 7b.

21. Bernstorff an Bismarck 25. III, 63 a. a. O.

22. Bismarck an Bernstorff 12. IV, 63 a. a. O.

23. 12. IV, 63 Conf. Corr.

an dem offiziellen Schritt auf und holte sich eine Absage, die er vorhersehen konnte²⁴. Daß er es anscheinend nicht tat, zeigt, daß er sich doch nicht im klaren über die Verschiebung der Mächtegruppierung im Osten des Kontinents war, die unformelle Beteiligung Preußens an der gemeinsamen Aktion der Mächte hatte ihn wohl zu dieser optimistischen Anschauung verleitet, die er sogleich korrigieren mußte. Vielleicht hatte er aber die Aufforderung nur als Versuchsballon gedacht. Am 3. Mai traf in London die russische Antwort ein, die die englischen Forderungen bestimmter Maßnahmen freundlich, aber entschieden zurückwies²⁵. Zwar nahm man die Basis der Verträge von 1815 an, versprach aber keinerlei positive Maßnahmen, so daß Russell tief enttäuscht sehen mußte, daß auf dem Wege der rein diplomatischen Aktion keine Einwirkung auf das Zarenreich möglich war.

Dazu kam seit Ende April die Furcht vor einer französischen oder französisch-schwedischen Aktion in Polen²⁶. Frankreich hatte den englischen Schritt in Petersburg umso lieber unterstützt, als eine Kollektivmaßnahme am ehesten geeignet schien, für Polen etwas zu erreichen. Außerdem hoffte es, England werde den Worten Taten folgen lassen und begann zu rüsten. Als es sich in dieser Erwartung getäuscht sah, wandte es sich endgültig von England ab, das, wie man jetzt deutlich sah, immer nur große Worte machte, denen keine Taten folgten. Napoleon mußte statt zum Schwert zu seinem alten Kongreßplan greifen. Die Gefahr eines französischen Krieges wurde von den englischen Politikern sehr verschieden beurteilt. Buchanan hielt den Ausbruch von Feindseligkeiten für wahrscheinlich, jedenfalls benutzte er diese Eventualität zur Drohung in Berlin. Dagegen berichtete Bernstorff, daß Russell keine Befürchtungen über diesen Punkt hegte, „que l'Angleterre n'aimait pas que la carte de l'Europe fût changée“²⁷. Der Minister des Aus-

24. Buchanan an Russell F. O. 64, Bd. 54.

25. Bernstorff an Bismarck 3. V. 63 Pr. St. A. a. a. O. Bd. 10.

26. Alfred Stern berichtet in seiner Geschichte Europas Bd. 9 S. 169, daß sich nach der Mitteilung des Staatsarchivars Clason in den Stockholmer Archiven keine Spur von einer sich auf den polnischen Aufstand beziehenden Korrespondenz mit Frankreich gefunden habe.

27. Bernstorff an Bismarck 20. IV. 63 Pr. St. A. a. a. O. Bd. 9

wärtigen wußte genau, daß Frankreich nicht allein losschlagen würde, und ebenso große Schwierigkeiten wie er hatte, einen Bundesgenossen zu finden. Palmerstons Ansicht schwankte. Er habe von der Möglichkeit eines Krieges gesprochen, berichtet Bernstorff, und hinzugefügt, England müsse wegen des amerikanischen Sezessionskrieges dem Dingen auf dem Kontinent ihren Lauf lassen. Bernstorff sah darin nur einen der beliebten Einschüchterungsversuche des Premiers²⁸. Tatsächlich hing, wenn es soweit kam, die Entscheidung über Krieg und Frieden von England ab. Gortschakow, als Vertreter der Macht, die dies am unmittelbarsten anging, sprach das Redern gegenüber aus²⁹. Dieser meinte gleichfalls, daß England keinen Krieg wünsche. Diese Auffassung wurde durch die Ereignisse bestätigt. Es entstand kein Krieg. England hielt Frankreich durch seine Passivität zurück. Vom Prinzip des Gleichgewichts der Mächte aus gesehen, sowie in Anbetracht der Abwesenheit irgendwelcher britischer Interessen an Polen, konnte es gar nicht anders handeln. Nur hätte sich mit größerer Konsequenz die beginnende Verstimmung mit Frankreich vermeiden lassen, dessen Absichten man erst durch eine energische Aktion zu unterstützen schien, um im Augenblick des Handelns abzuspringen.

Napoleon griff, als er die Aussicht auf militärische Aktionen schwinden sah, zu seinem alten diplomatischen Kriegsplan, dem Kongreß³⁰. Allein auch hier stand ihm England hemmend im Wege. Es erklärte, nur zustimmen zu können, wenn keine andere als die polnische Frage behandelt würde. Das hätte Napoleons umfassenden Revisionsplan vernichtet, so ließ er die Sache vorläufig ganz fallen. Damit waren eigentlich alle Mittel der Westmächte, die polnische Frage in ihrem Sinn zu lösen, erschöpft. Allein Russell kümmerte das wenig. Er setzte seine Interventionen fort. Nach langen Verhandlungen mit Oesterreich und Frankreich ging, am 17. Juni eine neue Depesche nach Petersburg. Diesmal waren die Forderungen genau spezifiziert. Man verlangte eine Verfassung gemäß den Verträgen

28. Ders. 25. IV. 63 a. a. O.

29. Redern an Bismarck 19. IV. 63 a. a. O. Bd. 8.

30. Bernstorff an Bismarck 14. V. 63 a. a. O.

von 1815 mit ständischer Vertretung nach dem Muster Galiziens, Abschluß eines einjährigen Waffenstillstands und endgültige Regelung der Verhältnisse auf einer Konferenz der acht Signaturmächte des Wiener Friedens³¹. Der letzte Punkt griff den französischen Kongreßplan nach englischen Wünschen umgewandelt auf. Selbstverständlich lehnte Rußland die diesmal ganz untragbaren Vorschläge ab³². Besonders der Abschluß eines Waffenstillstandes sei unmöglich, da das die Anerkennung der Rebellen als kriegführende Partei bedeuten würde. Russel gab das Spiel immer noch nicht auf. Im August richtete er noch eine letzte Note an Rußland, der sich wieder Oesterreich und Frankreich anschlossen. Am 7. September antwortete Gortschakow im gleichen Sinn wie früher und schloß damit die Debatte³³ über den mittlerweile fast erloschenen Aufstand.

Die fortwährenden Aktionen Englands seit Ende Mai erscheinen uns ziemlich unverständlich. Sie lassen sich nur daraus erklären, daß es Preußen tatsächlich gelungen war, das wahre Ziel der Alvenslebenschens Konvention zu verschleiern. England wachte mit Argusaugen über eine etwaige praktische Anwendung derselben. Trotz gelegentlicher Nörgeleien konnte es jedoch kein greifbares Zusammenarbeiten Preußen-Rußlands in der Niederwerfung des Aufstandes entdecken. Bismarck vermochte alle Freundlichkeiten aus dem Prinzip der guten Nachbarschaft, wie er es einmal nannte, abzuleiten. Indem die Engländer ihre Aufmerksamkeit ganz auf die direkten Auswirkungen der Konvention konzentrierten, übersahen sie die indirekte, die Annäherung der beiden Ostmächte. Damit übersahen sie zugleich einen Grund für die hartnäckige Ablehnung, die ihre Interventionen in Rußland erfuhren; den andern Grund, daß es des Einsatzes realer Kraft bedurft hätte, um das Zarenreich zum Nachgeben zu bringen, übersahen sie in maßloser Ueberschätzung ihres Prestiges auf dem Kontinent. Ihre Methode hätte sich bisher meist bewährt, allerdings nur kleineren Staaten gegenüber.

31. Cambridge History of British foreign policy, Bd. 2, S. 463.

32. Am 1. VII. 63.

33. Am 7. IX. 63.

Für die Gestaltung des preußisch-englischen Verhältnisses war der erste Punkt von größerer Bedeutung. Indem England die Tragweite der neuen preußisch-russischen Annäherung verkannte, verlor es die wichtigste Vorbedingung für jede erfolgreiche Politik, die genaue Kenntnis der herrschenden Kräfteverhältnisse. England entfremdete sich Preußen wegen dessen Weigerung an den Interventionen teilzunehmen, die, wie man wohl sah, zum Scheitern derselben beitrugen. Den tieferen Grund für diese Weigerung sah man nicht. Ebenso wenig bemerkte man die eigene Entfremdung von Frankreich. Man übersah sie, weil Napoleon sich an den englischen Aktionen in vollem Umfang beteiligte, was er seiner grundsätzlichen Einstellung halber tun mußte.

Wenn wir die Lage Englands und Preußens vor dem erneuten Akutwerden der dänischen Frage betrachten, sehen wir Preußen in enger Fühlung mit Rußland und in leidlich gutem, jedenfalls nicht schlechtem Verhältnis zu den übrigen Staaten, wenn man den deutschen Rivalen Oesterreich ausnimmt. England dagegen stand vereinzelt da. Frankreich focht nur noch scheinbar auf seiner Seite. Rußland war nachhaltig verstimmt. Oesterreich nahm eine vorsichtige Zwischenstellung ein. Durch diese Verschiebung ihrer europäischen Stellung hatte sich auch das Verhältnis der beiden Staaten gewandelt, was sich in der Folgezeit immer deutlicher ausprägen sollte.

3. Kapitel.

Vom Märzpatent zur Novembervermassung.

Inzwischen hatte der dänische Minister Hall die Zeit der Verwirrung der europäischen Beziehungen durch die polnische Insurrektion benutzt, um einen Schritt weiter zu gehen auf dem Wege der eiderdänischen Bestrebungen. Das sogenannte Märzpatent vom 30. März 1863 trennte die Regierung Holsteins von der der Gesamtmonarchie¹, brachte also diesem Herzogtum die Erfüllung der deutschen Forderungen, trennte es aber gleichzeitig durch seine Sonderstellung von Schleswig. Das erfüllte

1. Paget an Russell 2. IV. 63 Acc. a. Pap. Bd. 33 Nr. 2.

zwar nicht formell aber tatsächlich die Wünsche der Eiderdänen. Deutschland antwortete auf diese Maßnahme mit einem Schrei der Empörung. Das sei die Einverleibung Schleswigs². Der Bund begann sogleich Beratungen. Zwei Anträge wurden gestellt: Entweder, die Verpflichtungen von 1851/52 für endgültig gebrochen zu erklären und von Dänemark die Wiederherstellung des status quo ante zu verlangen, oder, noch ein letztes Mal die Erfüllung jener Forderungen zu verlangen unter Androhung der Exekution im Weigerungsfalle³. Der zweite Vorschlag fand nach langen Verhandlungen die Mehrheit. Das einzige, was sofort geschah, war ein Protest Preußens und Oesterreichs gegen das eigenmächtige und widerrechtliche Vorgehen Dänemarks, der gleichzeitig alle aus früheren Abmachungen stammenden Rechte hierdurch für gewahrt erklärte⁴.

Diese Haltung entsprach ganz den englischen Wünschen. Russell, der in jenen Tagen die gemeinsame Intervention in Petersburg vorbereitete, sah das erneute Erwachen der schleswig/holsteinischen Frage mit Besorgnis. Er hatte gerade gehofft, diese Angelegenheit für eine Weile los zu sein. Es handelte sich für ihn immer noch lediglich darum, ein Ausbrechen des Konflikts zu verhüten. Dies geschah am besten durch eine energische Pression auf Dänemark, um es zu veranlassen, das Märzpatent zurückzuziehen. Demgemäß erklärte er sich bereit, etwaige Forderungen der deutschen Großmächte, die aus ihrer Note entstehen würden, zu unterstützen⁵. Anfang Mai berichtete dementsprechend der preußische Vertreter in Kopenhagen, Balan, über einen englischen Schritt, der den Dänen ihre Mißbilligung über ihr letztes Vorgehen ausgedrückt haben sollte, er fügte aber hinzu, dies sei sicher nicht durch Paget geschehen, der die Haltung der dänischen Regierung vollkommen billige⁶. Der rückhaltlosen Unterstützung der deutschen Forderungen stand abgesehen von aller Sympathie, die man für Dänemark empfand, auch der Wunsch entgegen, sich

2. Buchanan an Russell 11. IV. 63 a. a. O.

3. Howard an Russell 20. IV. 63 a. a. O.

4. 15. IV. 63 Pr. St. A. 1. A. A. e, 33, Bd. 51.

5. Bernstorff an Bismarck 23. IV. 63 a. a. O.

6. Balan an Bismarck 2. V. 63 a. a. O.

möglichst aus der Sache heraus zu halten⁷. Bismarck, dem nichts unerwünschter gewesen wäre als eine vorzeitige Lösung der Frage, d. h. eine Lösung, die Preußen nicht irgendwie auf seinem Wege zur Macht gefördert hätte, legte mehr Wert auf die passive Stimmung des englischen Ministers als auf starken Druck auf Dänemark⁸. Er machte von dem englischen Angebot keinen Gebrauch, sondern ließ die Sache erst einmal laufen. Russell aber konnte sich wieder einmal nicht ganz zurückhalten. Teilte auch Preußen seine Ziele, so drohte doch der Bund mit Exekution. Würde Preußen stark genug sein, sich den Plänen des Bundes zu widersetzen gegen die öffentliche Meinung ganz Deutschlands, ja des eigenen Landes? Dies schien fraglich. Daher ließ er in Berlin wissen, daß auch England daran gelegen sei, jetzt keinen Konflikt entstehen zu sehen⁹. Bismarck suchte ihn dafür auf seiner Seite festzulegen. Er nötigte dem Minister das Zugeständnis ab, daß der Bund ein Recht auf die Erfüllung der Verträge von 1851/52 habe. Er gab dies zu, um Preußen gleichfalls an jene Verträge zu binden¹⁰. Die Bindungen erschienen nicht allzu fest angesichts der Tatsache, daß der Bund, indem er Schleswig in sein Aktionsbereich mit einbezog, seine Kompetenzen zu überschreiten drohte. Eine andere Auffassung zeigte Lord John, als er im Oberhaus die Ansicht des Oppositionsführers Derby, da die Abmachungen von 1851/52 nicht vom Bunde getroffen seien, könne dieser sie nicht als Grund für sein Vorgehen benutzen, nicht widersprach¹¹. Mag dies auch aus parteitaktischen Gründen geschehen sein, es läßt sich doch schwer vereinbaren mit der Sprache, die er den auswärtigen Mächten gegenüber führte. Hier betonte er ständig, daß der Bund seine Befugnisse nicht überschreiten dürfe, und wies gerade in Berlin nachdrücklich darauf hin, niemals aber bestritt er dem Bund grundsätzlich das Recht einzugreifen. Bismarck, der keineswegs gesinnt war, die Verantwortung für die Taten des Bundes zu übernehmen, legte

7. Bernstorff an Bismarck 15. IV. 63 a. a. O.

8. Bismarck an Bernstorff 15. IV. 63 a. a. O. Bd. 52.

9. Russell an Buchanan 27. V. 63 Acc. a. Pap. a. a. O.

10. Bernstorff an Bismarck 2. VI. 63 Pr. St. A. a. a. O.

11. Ders. 20. V. 63 a. a. O.

Gewicht auf die Feststellung, daß er nur als Mitglied des Bundes handle. Es sei das Beste, England wende sich direkt nach Frankfurt. Der geeignetste Ort zur Einwirkung sei jedenfalls Kopenhagen, denn da man dort die englischen Septembervorschläge abgelehnt habe, müsse von dort jetzt der erste Schritt zur Lösung getan werden¹². Als Russell einsah, daß er auf dem Umweg über Preußen beim Bund nichts erreichen würde, beschritt er den direkten Weg mit einer Anfrage, ob die Exekutionsverhandlungen nur Holstein beträfen oder auch das nicht zum Bunde gehörende Schleswig umfaßten¹³. Der Bund betrachtete diese Mitteilung nicht als offizielle Anfrage. Er beschloß vielmehr genau einen Monat, nachdem er die englische Anfrage erhalten hatte, an Dänemark die Aufforderung zu richten, das Märzpatent aufzuheben und seine Verfassung gemäß den englischen Septembervorschlägen abzuändern. Da dieses Dokument auch Schleswig betraf, übertrug man seine Mitteilung den Großmächten Oesterreich und Preußen¹⁴. Bismarck erklärte Buchanan sofort, daß der Bund korrekt gehandelt habe. Sein Vorgehen sei sogar als äußerst gemäßigt zu bezeichnen, da er sich rechtlich einfach auf den Standpunkt von 1851/52 hätte stellen können¹⁵.

Das erste starke Echo auf den deutschen Schritt kam nicht von Russell, sondern von Palmerston, und beleuchtete gleichzeitig die Kluft der Auffassung und des Temperamentes, die zwischen beiden Männern bestand. Am 23. Juli hielt der Premierminister im Unterhaus eine Rede, in der er nachdrücklich für die Dänen eintrat. Er sprach zwar dem Bunde das Recht, die holsteinsche Angelegenheit zu ordnen, nicht ab, aber es ging ja bereits um mehr. In die inneren Zustände Schleswigs sich einzumischen hätte der Bund kein Recht. Dieses sei vielmehr als ein wichtiger Bestandteil eines für das europäische Gleichgewicht wesentlichen Staates vor seinem Zugriff zu schützen. Falls es über den Forderungen des Bundes zum Krieg

12. Bismarck an Bernstorff 30. V. 63 B. W. Bd. 4 S. 129.

13. Russell an Malet 9. VI. 63, Acc. a. Pap. a. a. O.

14. Bundesbeschluß vom 9. VII. 63 Pr. St. A. a. a. O. Bd. 54.

15. Bismarck an Bernstorff 26. VII. 63 a. a. O.

kommen sollte, schloß er drohend, würden die deutschen Mächte Dänemark nicht allein finden¹⁶.

Man kann sich denken welchen Enthusiasmus diese Worte in Kopenhagen auslösen mußten. Man stand nicht mehr allein. England war öffentlich für das bedrohte Land eingetreten. Jetzt konnte der Bund fordern, was er wollte, man würde noch weniger nachgeben als vorher¹⁷. Allein sonst war das Echo der Rede nicht so stark, wie man nach dem Inhalt hätte vermuten können. Die meisten englischen Staatsmänner legten ihr kein großes Gewicht bei. Sie waren es gewohnt, daß Palmerston starke Worte brauchte, denen selten die entsprechende Tat folgte. Was bedeutete auch eine derartige Rede, wenn kein Kabinettsentschluß hinter ihr stand? Irgendein solcher war in der dänischen Angelegenheit noch gar nicht gefaßt. Selbstverständlich machte Bernstorff dem Premier klar, daß er mit einer solchen Rede den Dänen den Rücken steife, was mit der sonstigen englischen Versöhnungspolitik nicht in Einklang stände. Palmerston entgegnete mit ungewohnter Ritterlichkeit, die Dänen seien der schwächere Teil und bedürften der Hilfe. Es lag offenbar eine Diskrepanz zwischen der Politik des Außenministers und der Ansicht des Premiers vor¹⁸. Aber Russells Haltung war die weniger zuverlässige. Schon Anfang Juni hatte Bernstorff seine Äußerung, die beiden Fragen ließen sich gar nicht trennen, dem Einfluß Palmerstons zugeschoben¹⁹. Jetzt hegte er die nicht unbegründete Befürchtung, dieser könne mit seiner Ansicht durchdringen, denn obgleich Lord John die Rede zu mißbilligen schien, wußte man doch nie, wie lange er an seiner Meinung festhalten werde. Er zeigte sich durch die Rede beunruhigt, und versuchte nunmehr beide Fragen zu trennen, damit dadurch, daß dem Bund nur die holsteinische Angelegenheit zur Behandlung blieb, die schleswigsche aber einer internationalen Vermittlung unterworfen wurde, der kriegsrischen Drohung seines Kollegen der Grund entzogen würde²⁰.

16. Bernstorff an Bismarck 25. VII. 63 a. a. O.

17. Balan an Bismarck 1. VIII. 63 a. a. O.

18. Bernstorff an Bismarck 29. VII. 63 a. a. O.

19. 2. VI. 63 a. a. O. Bd. 52.

20. Russell an Buchanan 31. VII. 63 Acc. a. Pap. a. a. O.

Wieder appellierte er zuerst an Preußen. Als er auf taube Ohren stieß, ließ er sich sogar zu der Drohung hinreißen, falls Preußen zur Exekution rate, müsse es die Folgen selbst tragen²¹. Das kam Palmerstons Haltung bedenklich nahe. Allein es blieb nur ein Nebenton des Schriftwechsels, das Hauptziel blieb, England aus jeder Verwicklung herauszuhalten. Aus diesem Festhalten am Nichtinterventionsprinzip erklärt sich wohl durch eine leichte chronologische Gedächtnisverschiebung Moriers Behauptung, Russell habe sich durch die Septemberdepesche von der Sache befreien wollen und sei durch innerpolitische Momente zum Abweichen von dieser Linie bewogen worden. Diese Deutung trifft erst für den Verlauf des Sommers 1863 zu. Gleichzeitig sehen wir, wie die Interventionspartei unter Palmerstons Führung langsam an Boden gewinnt, bis Russell ihr schließlich September/Okttober gänzlich erliegt.

Direkt läßt sich der Einfluß des Premierministers auf Russell in den Akten nicht nachweisen, aber die ganze hin und her schwankende Art des Außenministers läßt sich nur durch solche vielleicht private Einflüsse erklären. Diese Dinge spielen ja bei allen politischen Entschlüssen die gleiche unfaßbare Rolle. Besonders bedeutsam sind sie jedoch in England, wo der Begriff des Privatschreibens sehr weit gefaßt wird, und daher viele politisch wichtige Schriftstücke nicht in den Akten, sondern in Privatarchiven oder gar nicht aufgehoben werden. Jedoch findet sich in den Papieren des Foreign Office aus jener Zeit eine längere Aufzeichnung Palmerstons über seine Auffassung der schleswig/holsteinschen Frage²². Es heißt darin, in bezug auf Holstein und Lauenburg könne der Bund fordern, was mit den Bundesgesetzen in Einklang stände, wie das im einzelnen aussehe, kümmere den englischen Premier nicht, aber der Bund könne nicht an eines seiner Mitglieder Forderungen richten, die eines seiner Länder beträfen, das dem Bunde nicht angehöre. Wenn er das tue, sei sein Vorgehen aggressiv. Selbstverständlich könne der Bund als Organ Deutschlands beim König von Dänemark Klage über die Verhältnisse

21. Ders. an Lowther 31. VIII. 63 a. a. O.

22. 25. IX. 63 F. O. 64. Bd. 544.

in Schleswig führen, aber nur so, wie die europäischen Staaten beim Sultan wegen der Behandlung von dessen christlichen Untertanen. Am Schluß dieser Betrachtung steht nicht wie in der Rede vom Juli die Forderung, Dänemark beizustehen, falls es angegriffen wird, sondern die Ueberlegung, daß es angebracht erscheine, den Bund zu bitten, genau anzugeben, welche Verpflichtungen der Dänenkönig nicht erfüllt habe. Damit hatte Lord Firebrand seinen extremsten Standpunkt verlassen. Diese Divergenz legt den Verdacht nahe, daß die Drohung um der rednerischen Wirkung willen ausgesprochen war, nicht um sie zu verwirklichen.

Seine Ansicht, daß England das Recht zur Intervention habe, drang durch. Im September gab Russell seine bisherige Politik preis. Zuerst versuchte er daraufhin wieder einmal sein Allheilmittel einer Intervention mit Frankreich. Allein Napoleon, eingedenk der Mißerfolge in Rußland, verzichtete von vornherein auf die Teilnahme an einem Schritt, dessen Aussicht auf Erfolg mehr als zweifelhaft sein mußte. Seine Zustimmung wäre wohl nur durch die Zusicherung eines Krieges im Falle des negativen Erfolges der diplomatischen Aktion zu erkaufen gewesen. Dann hätte ihm England freie Hand am Rhein lassen müssen mit allen Folgen, die daraus entstehen konnten, und die es gerade vermeiden wollte. Darum gab Russell jedoch seinen Vermittlungsplan nicht auf. Es wurde sowieso höchste Zeit, da die Exekution in bedenkliche Nähe rückte. Am 29. September richtete er eine Aufforderung an den Bund, die Exekutionsberatungen zu sistieren und die Vermittlung der übrigen Mächte anzurufen²³. Vielleicht hoffte er auf diese Weise Frankreich doch noch zur Mitwirkung zu gewinnen. Sein Hauptziel blieb zunächst, die Exekution und einen etwa daraus entstehenden Krieg zu vermeiden. Am 2. Oktober teilte Buchanan den englischen Schritt unter nachdrücklicher Betonung der Vermittlungsbereitschaft seiner Regierung in Berlin mit²⁴. Er rechnete mit der preußischen Unterstützung und rechnete hierin für den Augenblick richtig. Bismarck wünschte noch immer

23. Acc. a. Pap. a. a. O.

24. Thile an König Wilhelm 2. X. 63 Pr. St. A. a. a. O. Bd. 56.

die Sache zu verzögern. Ein vorzeitiger Krieg zwischen Dänemark und dem Bund hätte alle Pläne, die er schon jetzt an die Frage knüpfen mochte, zerstört. So ging er auf die englischen Pläne ein, brachte aber gleichzeitig eine Menge von Einzelfragen in die Diskussion, die geeignet schienen, die Entscheidung hinauszuzögern. Er wollte wissen, ob England allein vermittelte, ob es dem Bund ein Angebot mache oder ob dieser es anrufen sollte, ob es im Einverständnis mit Dänemark handle, kurz lauter Fragen, die im Fall eines ehrlichen Willens zur Einigung sekundär gewesen wären²⁵. Daneben bewahrte er sich die Rückzugsmöglichkeit durch den Hinweis auf seine Einflußlosigkeit beim Bund²⁶. Wieder wies er England direkt nach Frankfurt, der Umweg über Berlin sei nur verdächtig. Dies traf zu, da Bismarck in Deutschland allgemein als Feind der schleswig/holsteinischen Sache galt²⁷. England griff von all dem nur die Bereitwilligkeit, auf seine Pläne einzugehen, auf. Buchanan war von dem ehrlichen Willen Bismarcks überzeugt²⁸ und führte die Verhandlungen mit besonderem Eifer. Zunächst bemühte er sich, Zeit zu gewinnen dadurch, daß er die Dänen zu bewegen versuchte, die preußisch/österreichische Erklärung, daß die Exekution aus Bundesgründen statffinde, vorläufig anzunehmen und den Kriegszustand erst zu erklären, wenn die Bundestruppen nach einem Monat nicht abgezogen seien²⁹. Man kann nicht recht einsehen, was er eigentlich damit bezweckte, denn daß die Bundestruppen nach der Frist abziehen würden, konnte er ebensowenig annehmen, wie daß die Dänen ihre Haltung ändern würden. Seine einzige Absicht scheint wirklich die gewesen zu sein, Zeit zu gewinnen. Wozu, fragt man sich? Bald darauf schlug er positivere Wege ein. Am 14. Oktober kam er mit Bismarck dahin überein, daß er beim Bunde gegen die Exekution eintreten wollte, falls die Dänen die Forderung betreffs Holstein und Lauenburg erfüllten und

25. Buchanan an Russell 3. X. 63 Acc. a. Pap. Bd. 33 Nr. 3.

26. Ders. 10. X. 63 a. a. O.

27. Bismarck an Buchanan 10. X. 63, B. W. Bd. 4, S. 180.

28. An Russell 14. X. 63 Acc. a. Pap. a. a. O. "I beleve him to have acted towards Her Majesty's Government with perfect good faith".

29. Buchanan an Russell 8. X. 63 F. O. 64 Bd. 545.

für den übrigen Teil die europäische Vermittlung anriefen. Daß Bismarck nicht ernstlich mit dem Eintreten dieser Möglichkeit rechnete, zeigt eine Erklärung, die er abgab, als England dem Bund die Aufhebung des Märzpatents ankündigte, nämlich, daß der Bund sich in dem jetzigen Stadium der Verhandlungen unmöglich mit dem Versprechen zufrieden geben könne, sondern positive Maßnahmen verlangen müsse³⁰. Diese waren aber wiederum von Dänemark nicht zu erwarten.

Ein jähes Licht auf die hinter den Verhandlungen stehenden wahren Wünsche und Hoffnungen der Staaten warf ein unbedeutendes, aber sehr instruktives Mißverständnis. In einer Nachricht von Russell an Buchanan daß die Dänen die Exekution nicht als Kriegsfall betrachten würden, wurde durch ein Versehen das kleine Wörtchen nicht ausgelassen³¹. Bismarck geriet sofort in Harnisch, im Kriegsfall müsse Preußen sich hinter den Bund stellen. Buchanan bemerkte darauf hin etwas erstaunt, er habe doch selbst zugegeben, daß der Bund seine Befugnisse überschritten habe. Bismarck stritt dies ab, worauf ihm der Botschafter erklärte, beide Fragen seien so miteinander verflochten, daß man sie überhaupt nicht trennen könnte. Man vergegenwärtige sich, daß bis dahin das ganze offizielle Streben der englischen Regierung darauf gerichtet war, beide Fragen zu trennen. Buchanan hatte damit das wahre Ziel seiner Regierung, beide Fragen vereint der Vermittlung zu unterwerfen, preisgegeben, auch Bismarck hatte die Richtung seiner Wünsche angedeutet. Buchanans Aussage war nur insofern wichtiger, als sie auch noch galt, als sich das Mißverständnis herausstellte, während der preußische Minister ja lediglich angegeben hatte, was er im Kriegsfall tun würde. Nur einen kurzen Augenblick waren die Masken gelüftet, denn nachher kam nie wieder einer von den Diplomaten auf das Gespräch zurück. Man nahm die Verhandlungen wieder auf, als sei nichts geschehen.

Am 21. Oktober erhielt der Bund von England die offizielle Aufforderung, die holstein/lauenburgische Frage gemäß den Bundesgesetzen zu regeln, die schleswigsche der internationalen

30. Ders. 17. X. 63 Acc. a. Pap. a. a. O.

31. Ders. 22. X. 63 u. 23. X. 63 F. O. 64 Bd. 545.

Vermittlung zu unterwerfen³². Am 28. empfing Dänemark die gleiche Aufforderung³³. Noch hielt Russell am Vermittlerstandpunkt fest. Buchanan bemühte sich in einem privaten Briefwechsel mit seinem Kollegen in Kopenhagen, den dänischen und deutschen Standpunkt einander anzunähern³⁴. Allein Dänemark verweigerte jede wirklich durchgreifende Maßnahme, die für Deutschland die selbstverständliche Voraussetzung für erneute Verhandlungen war. Er erhielt nur gewundene Zusagen. Einmal will man nur auf eine ausdrückliche Forderung des Bundes hin nachgeben, ein ander Mal nur seinen Vertreter in Preußen instruieren, dann wieder soll Holstein einen Teil der Staatsschuld übernehmen, falls es aus dem engen Verband des Reiches ausscheidet. Letzteres veranlaßte Bismarck, Verhandlungen über diesen Punkt zu fordern. Buchanan, der das Hemmende dieses Verlangens wohl sah, verschob die Regelung auf später, glaubte aber weiter an Bismarcks guten Willen³⁵. Die Lage verwirrte sich mehr und mehr. Russell, der schließlich selbst den Ueberblick und den Standpunkt verlor, wußte schließlich nur noch, daß er England keiner diplomatischen Niederlage durch die Ablehnung seiner Vorschläge von dem mißachteten Deutschen Bund aussetzen durfte. Die bisherige Behandlung seiner Noten ließ ihn wenig Gutes erwarten. So zog er sich wieder einmal zurück. Er äußerte zu Graf Bernstorff, er würde nur noch einen Vermittlungsvorschlag machen, wenn er der Annahme gewiß sei³⁶. Schließlich führte nur noch Buchanan die bereits aussichtslosen Verhandlungen weiter.

Diese Lage benutzte Napoleon, um einen allgemeinen Kongreß zur Neuordnung Europas vorzuschlagen³⁷, da die Verträge von 1815 teils abgeändert seien, teils den veränderten Verhältnissen nicht mehr Rechnung trügen. Das widersprach vollkommen allen Bestrebungen der englischen Politik, die sich ja gerade bemühte, die bestehenden Verhältnisse zu erhalten.

32. Acc. a. Pap. a. a. O.

33. Desgl.

34. Buchanan an Russell 30. X. 63 Acc. a. Pap. a. a. O.

35. Buchanan an Russel 7. XI. 63 F. O. 64 Bd. 545.

36. Bernstorff an Bismarck 3. XI. 63 Pr. St. A. a. a. O. Bd. 57

37. Ders. 14. XI. 63 B. W. Bd. 4. S. 202.

So war es nicht gerade überraschend, als aus London die erste entscheidende Absage kam³⁸. Als Napoleon hierauf im Dezember einen congrès restraint, d. h. eine Zusammenkunft der leitenden Minister vor dem eigentlichen Kongreß vorschlug, scheiterte auch dieser Plan an der passiven Haltung der englischen Regierung. Zweifellos konnte man in London nicht anders, als den Kongreß, der allen Tendenzen der englischen Politik ins Gesicht schlug, verhindern. Vielleicht hätte man taktisch etwas geschickter vorgehen können, um Frankreich nicht gar zu sehr zu brüskieren.

Während dieser Verhandlungen hatte sich die Situation in Dänemark vollkommen verändert. In der ersten Novemberhälfte beendete der Reichsrat die Beratungen über eine neue Gesamtstaatsverfassung. Ihre Bestimmungen enthielten die glatte Absage an alle deutsche Forderungen. Um dies zu verschleiern und um dem Bund den Grund zur Exekution zu entziehen, erweiterte man die Befugnisse der holsteinschen Stände. Bismarck meinte jedoch sofort, nur in Verbindung mit einem englischen Vermittlungsangebot habe die Maßnahme einigen Wert. Ehe England zu dieser Wendung Stellung nehmen konnte, starb am 13. November der Dänenkönig Friedrich VII.

Damit trat die Frage in ein neues Stadium. Der Nachfolger war der vom Londoner Protokoll eingesetzte Christian IX. In Dänemark erregte er Verdacht wegen seiner deutschen Abstammung. Dieser Umstand, der in ruhigeren Zeiten zur Verbesserung des Verhältnisses zu den deutschen Landesteilen hätte beitragen können, gereichte jetzt zum Unheil, indem der neue König keine Möglichkeit sah, die Sanktionierung der von Friedrich ununterschieden zurückgelassenen Verfassung, zu vermeiden. Unter dem Druck der eiderdänischen Partei unterzeichnete er sie am 17. November.

Das war der Bruch. Sofort erwachte die Augustenburger Opposition. Friedrich von Augustenburg erklärte, der Verzicht seines Vaters binde ihn nicht, da er damals großjährig gewesen sei, seine Einwilligung aber nie gegeben hätte. Er proklamierte sich als Herzog Friedrich VIII. von Schleswig

38. 25. XI. 63.

und Holstein. Der gesamte deutsche Liberalismus trat begeistert für seine Sache gegen den Protokollprinzen, wie man ihn nannte, ein. Die ersehnte Stunde der Befreiung der Herzogtümer vom dänischen Joch schien gekommen. Die Erbfolgefrage bot eine gute Unterbauung für die nationalen Bestrebungen. Durch den Erlaß der Gesamtstaatsverfassung waren die Verträge von 1851/52 eindeutig gebrochen und damit, so folgerte man, auch das Londoner Protokoll vernichtet. Der Errichtung eines autonomen deutschen Herzogtums Schleswig/Holstein stand nichts im Wege. Allein der Deutsche Bund bestimmte nicht die Geschicke Europas. Nicht seine Anschauungen von Recht und Unrecht waren maßgebend für den Gang der Ereignisse. Die Lösung der Frage war, so sehr man sich gegen diese Einsicht sträubte, nur im Zusammenwirken mit den übrigen Großmächten möglich. Diesen Weg zu beschreiten, blieb Bismarck vorbehalten. Hier wollen wir schildern, wie es kam, daß England von der eigentlichen Entscheidung ausgeschlossen blieb.

4. Kapitel.

Die Entscheidung.

Die Tage nach dem Regierungswechsel waren äußerst kritisch für Dänemark. Die Ereignisse und Besprechungen folgten einander so schnell, daß die Botschafter der fremden Mächte oft nicht rechtzeitig Instruktionen erhalten konnten. Preußen drängte in London, die Unterzeichnung zu verhindern. In Kopenhagen wurde Paget von allen Seiten bearbeitet, wenigstens einen Aufschub der Sanktionierung zu erwirken. Als am 17. IX. Staatsrat David, ein Vertrauter König Christians, zu Paget kam, um privat die Stellung der englischen Regierung zu sondieren, meinte dieser daher, daß seine Regierung kaum direkt abraten würde zu unterzeichnen, daß er es aber für das Beste hielte, Hall nähme die Verantwortung für einen Aufschub vor dem Reichsrat auf sich bis sich die internationale Lage etwas geklärt hätte. Dies sei nur seine persönliche Ueberzeugung, von

Russell habe er bis jetzt keine Instruktion¹. Noch am gleichen Tag erhielt Paget folgendes Telegramm von Russell: „Her Majesty's Government would be very unwilling to interfere in regard to new Danish Constitution, but if the King wishes mediation to be effectual he might suspend his signature till International Question is settled“². Paget teilte dies sofort Hall mit und versuchte gleichzeitig, ihn für ein Hinausschieben der Unterzeichnung zu gewinnen. Der dänische Minister erklärte dies für unmöglich³. Nach einem Bericht des Unterstaatssekretärs Vedel an Quaade vom 20. des Monats hatte Paget ihm gegenüber am 17. noch geäußert, daß das Resultat der Vermittlung zwar durch eine Sanktionierung der Verfassung zweifelhaft würde, daß er aber wohl wüßte, daß eine Weigerung den König die Krone kosten, ja sogar die Monarchie selbst gefährden könnte⁴. Er mußte nach anfänglichen Bemühungen, den entscheidenden Schritt zu verhindern, einsehen, daß es nach Lage der Dinge für den neuen König ganz unmöglich war, die Sanktionierung auch nur vorläufig zu verweigern. Diese Meinung vertrat er trotz der nicht unwesentlich abweichenden Depesche Russells⁵. Dieser hatte augenscheinlich wenig Lust überhaupt irgendetwas zu unternehmen. Während Paget schon argwöhnte, daß Preußen hinter allen Schwierigkeiten, die der Bund machte, stand, sah Russel immer noch nicht wo der Gegner stand. Wie hätte er ihn auch in Bismarck vermuten sollen, der doch allein in ganz Deutschland sich nicht für den Augustenburger einsetzte, sondern loyal am Londoner Protokoll festhielt!

Indessen war man sich keineswegs ganz einig über die Geltung dieses Vertrags. Während Bismarck seine Erfüllung, d. h. die Anerkennung Christians IX. als Herzog von Schleswig und Holstein von der Erfüllung der vorher, 1851/52, von

1. Aage Friis: „C. N. David, Christian IX. og Sir Augustus Paget i November 1863. S. 136 ff. und S. 140 ff.

2. Ders. S. 236.

3. Ders. 171 f.

4. Ders. S. 172. Krieger Dagböger Bd. 2. S. 343 f. Frahm: „Die Bismarcksche Lösung der Schleswig/Holsteinschen Frage“ Zeitschr. der Ges. für Schleswig/Holst. Gesch. Bd. 59, S. 370.

5. Friis S. 179.

Dänemark eingegangenen Verpflichtungen abhängig machen wollte, deren endgültige Verletzung er erst vom Inkrafttreten der Novemberversfassung an rechnen wollte⁶, erklärte Russell, man könne die Erfüllung eines Vertrages nicht von den stillschweigenden Voraussetzungen, unter denen er geschlossen sei, abhängig machen, sondern müsse sich an den Wortlaut halten, und der sage nichts über den konditionalen Zusammenhang der beiden Verträge⁷. Diese Auffassung war höchstens formell zu verteidigen; als dann die Dinge einen anderen Gang nahmen, blieb der Auslegungstreit bedeutungslos. Buchanan glaubte weiter an die friedlichen Absichten des preußischen Ministerpräsidenten⁸, da das ruhige Abwarten desselben in für England erfreulicher Weise von dem enthusiastischen Eintreten der übrigen deutschen Staaten für den Augustenburger abstach, er überdies geschickt den König vorschob, wo er sich nicht festfegen wollte⁹.

Unterdeß nahm Russell seine Vermittlungspolitik wieder auf. Er äußerte zwar gelegentlich, er wolle die Sache laufen lassen¹⁰, allein die Furcht vor einem Krieg mit allen seinen Möglichkeiten für Napoleon¹¹ trieb ihn immer wieder vorwärts. Dieser einfache Beweggrund aller seiner Handlungen erscheint uns, die wir den Gang der Ereignisse und den Charakter der Hauptakteure kennen, so fernliegend, daß wir immer wieder geneigt sind, ihn aus den Augen zu verlieren oder für unsinnig zu halten, ein Urteil, das jedoch für die damalige Zeit nicht zutrifft. Es scheint das Verhängnis langer Perioden des Wohlfstandes und der Sicherheit zu sein, daß sie den Blick stumpf werden lassen, sodaß er Veränderungen nicht mehr rechtzeitig wahrzunehmen vermag, was sich in der Außenpolitik je nach der

6. Buchanan an Russell 21. XI. 63 F. O. 64 Bd. 546 u. 23. XI. Acc. a. Pap. Bd. 33, Nr. 3; Bismarck an Bernstorff 23. XI. B. W. Bd. 4, S. 213 ff.

7. Bismarck an Bernstorff 23. XI. B. W. IV. S. 213 ff.

8. Buchanan an Russell 21. XI. 63 F. O. a. a. O.

9. Buchanan an Russell 21. XI. 63 F. O. a. a. O.

10. Bernstorff an Bismarck 17. XI. 63 Pr. St. A. a. a. O. Bd. 58.

11. Buchanan an Russell 19. XI. 63, F. O. a. a. O.

spezifischen Lage des Volkes und der Bedeutung der Angelegenheit, bei der sich der Mangel auswirkt, mehr oder weniger verhängnisvoll bemerkbar macht.

Lord Russell sah nicht, daß Bismarck jetzt begann, feste Pläne zu schmieden und die Lage entsprechend zu beeinflussen suchte, daß sein Eingehen auf die englischen Vorschläge immer mehr dem Zwecke diene, das Inselreich über seine wahren Absichten hinwegzutäuschen. Dieses aber brauchte Bundesgenossen auf dem Festlande, denn Vorschläge, die der Annahme nicht sicher waren, durfte Russell nach den vielfachen Absagen der letzten Jahre nicht machen, und gar eine Absage von dem vielverspotteten Bund hätte sein Prestige auf dem Kontinent gänzlich vernichtet. Die Ausführung der angedrohten Exekution rückte näher. Sie galt es zu verhindern. Russell sondierte. Bismarck sagte nicht Ja und nicht Nein. Er wollte für englische Vermittlung beim Bund stimmen, aber nicht werben¹². Den englischen Botschafter ließ er wissen, daß die günstigste Stunde vorbei sei¹³. Am 23. November erhielt man in Berlin einen Vermittlungsvorschlag¹⁴, der Bund sollte die Aufhebung des Märzpatents förmlich beantragen und den internationalen Teil einer Vermittlung anheimstellen. Kein Wort über die Novemberverfassung, keine Erwähnung der Erbfolgefrage, keine nähere Angabe über Art und Ziel der Vermittlung. Nichts konnte deutlicher zeigen, wie rat- und hilflos man der Angelegenheit gegenüberstand. Nur der Wunsch, die Sache irgendwie aus der Welt zu schaffen, hatte dies Schreiben diktiert. Daß dieser Wunsch bestand, zeigte die verschiedentlich auftauchende Bemerkung, wenn die Schleswig-Holsteiner sich nur selbst ihr Recht verschafften, würde man die vollzogene Tatsache anerkennen¹⁵. Was der Wille des Volkes selbst geschaffen hatte, konnte das liberale England billigen, wenn es gerade so paßte. Vom Standpunkt des Liberalismus aus gesehen, war die bedingungslose Aufrechterhaltung des Londoner Protokolls sogar

12. Bismarck an Bernstorff B. W. Bd. 4, S. 211.

13. Buchanan an Russell 19. XI. 63, Acc. a. Pap. a. a. O.

14. Russell an Bloomfield u. Buchanan a. a. O.

15. Bernstorff an Bismarck 24. XI. 63 Pr. St. A. a. a. O. Bd. 59.

bedenklich, da es einem Volke einen ihm nicht genehmen Herrscher aufzwang¹⁶.

In diese stagnierende Lage brachte der russische Außenminister Gortschakow ein neues Moment durch seinen Vorschlag, die fünf Großmächte sollten zur Thronbesteigung König Christians Spezialgesandte nach Kopenhagen schicken, die bei dieser Gelegenheit versuchen sollten, Dänemark zur Erfüllung der berechtigten Forderungen des Deutschen Bundes zu bewegen¹⁷. Russell wollte den Vorschlag im Sinn seiner Vermittlungspläne nützen. Er forderte zunächst eine Sistierung der Bundesexekution bis zum Ende dieser Verhandlungen¹⁸. Ferner hielt er eine Beteiligung Preußens und Oesterreichs nicht für erwünscht, eine Ansicht, der sich die beiden Staaten anschlossen¹⁹. Einen deutlichen Vermittlungscharakter erhält die Aktion jedoch erst durch den Beschluß des englischen Kabinetts vom 1. 12., den Gesandten, dessen Person noch nicht feststand, über Berlin nach Kopenhagen zu schicken²⁰. In dem Privatbrief, in dem Russell Lord Wodehouse, der für diese Mission ausersehen war, seine Aufgabe anträgt, heißt es: „It is in the name to congratulate the King of Denmark on his accession, but in fact to endeavour with Russia and with France to reconcile Denmark with Prussia and with Austria and if possible to prevent war²¹.“

Auf diese Weise schien der englische Außenminister seinem Ziel unverhofft nahe. Die Erbfolgefrage wurde gar nicht erst angeschnitten, da die Mächte durch das Londoner Protokoll gebunden waren. Der Bund mußte seine Forderungen endlich klar vor aller Welt formulieren. Die seit dem Fiasko der Polenpolitik immer vergebens angestrebte Mitwirkung Frankreichs erhielt man ohne eigenes Zutun, ja diese Art gemeinsamen Vorgehens bot Napoleon keinen Raum für eigene Pläne.

16. Grey an Russell 20. XI. 63, Letters Bd. 1.

17. Russell an Bloomfield u. Buchanan 26. XI. 63 Acc. a. Pap. a. a. O.

18. Ders. 26. XI. 63 a. a. O.

19. Bernstorff an Bismarck 30. XI. 63 Pr. St. A. a. a. O. Bd. 59.

20. Ders. 1. XII. 63 a. a. O.

21. 2. XII. 63 Spencer Walpole: Life of Lord John Russell Bd. 2 S. 387.

Die streitenden Parteien aber würden sich dem Druck der vereinigten Neutralen ohne weiteres fügen müssen. Wirklich ernster Kräfteeinsatz für den Fall der Unnachgiebigkeit wurde gar nicht erwogen.

Bernstorff erschien die Person des Spezialgesandten, Lord Wodehouse wenig zur unbefangenen Vermittlung geeignet. Als er seinen Bedenken Ausdruck verlieh, erwiderte ihm dieser, da er eine Vermittlungsaktion übernommen habe, würde er auch in versöhnenden Sinn wirken²². Seine Abreise zögerte sich aus privaten Gründen noch eine Weile hinaus. Die entscheidende Unterredung zwischen ihm und Bismarck fand erst am 12. Dezember statt. Als Ergebnis nahm Wodehouse zwei paraphierte Artikel als Verhandlungsgrundlage mit nach Kopenhagen. Es waren die von Bismarck und Karolyi vorher formulierten preußisch/österreichischen Forderungen. Ihr Inhalt? Dänemark sollte seine Verpflichtungen aus den Jahren 1851/52 erfüllen und zum Beweise seines guten Willens die Novemberverfassung aufheben. Mündlich fügte der preußische Ministerpräsident jedoch hinzu, nur ein gründlicher Personen- und Systemwechsel in Kopenhagen ermögliche eine Einigung²³. Wodehouse erklärte nach der Unterredung, über die preußischen Ziele genau so im unklaren zu sein, wie vorher²⁴. Buchanan meinte erbittert, Preußen mache es genau wie der Bund, der immer nur sage, was er nicht wolle, und nie, was er wolle²⁵. Vom englischen Konsul Ward in Hamburg mußte Wodehouse hören, die Zeiten, in denen die Personalunion eine Lösung gewesen sei, seien vorüber. Schließlich erhielt er noch in Hamburg von dem dortigen preußischen Vertreter Richthofen vertraulich und privat einen „Vorschlag im Interesse beider Teile“, in dem eine Teilung Schleswigs nach Nationalitäten diese Seite des Konflikts lösen will, den Ansprüchen des Augustenburgers durch die Erbstatthalterschaft in dem um Südschleswig vergrößerten Holstein Rechnung getragen wird. Ferner solle seine Wiedereinsetzung im Fall einer Nichtbewährung Chri-

22. Bernstorff an Bismarck 5. XII. 63 Pr. St. A. a. a. O. Bd. 60.

23. Bismarck an Balan 13. XII. 63 B. W. Bd. 4, S. 230.

24. Richthofen an Bismarck 15. XII. 63 Pr. St. A. a. a. O. Bd. 61.

25. Buchanan an Russell 14. XII. 63 Acc. a. Pap. a. a. O. Nr. 4.

stians IX. vorbehalten bleiben²⁶. Wenn dem Schriftstück auch keine amtliche Bedeutung zugesprochen werden kann, so zeigt es doch, in welcher Richtung die Gedanken liefen.

Als Bernstorff den englischen Minister über die Unterredung in Berlin unterrichtete, fand er ihn zugänglich und gemäßigt. Er räumte zum ersten Mal ein, daß die Novemberverfassung die Inkorporation Schlesiens bedeute, nur fand er die Frist bis zur Aufhebung zu kurz. Auch er hielt einen Ministerwechsel in Kopenhagen für erwünscht. Hall hätte sich zu stark festgelegt²⁷. Die eigentliche Aufgabe der Spezialgesandten, die Aufhebung der Novemberverfassung zu erlangen, scheiterte an dem Starrsinn des dänischen Ministers, der auf eine identische Note des englischen und russischen Spezialgesandten hin, die die Aufhebung der Novemberverfassung forderte, dies glatt ablehnte²⁸. Da sich Fleury nicht beteiligte und auch Schweden ruhig blieb, fühlte er sich sicher. Angesichts dieser versteiften Lage, bemühten sich die Gesandten um einen Wechsel des Ministeriums. Es gelang schließlich am 24. 12., Hall zu stürzen²⁹, aber da der König als Nachfolger wieder nur ein Mitglied der eiderländischen Partei, Bischof Monrad, fand, blieb die Wirkung des Ereignisses gering. Die ganze Unternehmung war eben zu spät. Sie hätte nur in der Zeit vor der Sanktion der Verfassung durch den König Aussicht auf Erfolg gehabt.

Zugleich hatte sich das Verhältnis Englands zu Frankreichs, dessen Unterstützung für ein wirksames Eingreifen Englands in den Konflikt unerlässlich war, durch die immerwährende Ablehnung aller Pläne Napoleons, die auf Abänderung der europäischen Verhältnisse zielten, fortlaufend verschlechtert, nicht ohne daß Bismarck seine Beziehungen zu Napoleon benutzte, um die Kluft zu vertiefen. Die Trennung der Westmächte war eine der Vorbedingungen für eine erfolgreiche Lösung der Frage in seinem Sinn. Wie er sich die dachte,

26. siehe Nr. 19.

27. Bernstorff an Bismarck 18. XII. 63 Pr. St. A. a. a. O.

28. Sybel: Die Begründung des deutschen Reiches durch Wilhelm I. Bd. III S. 139.

29. Buchanan an Bismarck 27. XII. 63 Pr. St. A. a. a. O.

konnte er nicht einmal seinem König sagen. Er erfuhr in vollem Maße den Vorteil und Nachteil einer nach allen Seiten hin dunklen und unverstandenen Politik. Durch sein Eingreifen rückte die Frage aus dem Stadium der bloßen Erwägungen in das des Handelns. Die Stunde der Entscheidung kam heran. So lang wie möglich suchte er das zu verbergen. Wir sahen, wie er England gegenüber den Schein des wohlwollend Unbeteiligten, in den er dadurch geraten war, daß er die Augustenburger Politik des Bundes nicht mitmachte, durch sorgsames Eingehen auf Verhandlungen aller Art, solange es eben anging, zu wahren suchte. Der entscheidende Schritt geschah erst, als er einen Bundesgenossen in dem noch kurz zuvor auf dem Frankfurter Fürstentag schwer brüskierten Oesterreich gewonnen hatte. Da ihm keine andere geschlossene Gruppe gegenüber stand, genügte die Verbindung, um ihm Handlungsfreiheit zu gewähren. Gleichzeitig lag in der Tatsache, daß den Bundesgenossen kein eigentümliches, aus der Natur seines Staates hervorstechendes Interesse an seine Seite brachte, die Schwäche der Position, die England in immer erneuten Versuchen, den Donaustaat durch Drohungen einzuschüchtern und abzusprengen, zu benutzen versuchte.

Allein noch war es nicht so weit. Noch drehten sich die Verhandlungen zwischen England und Preußen ganz freundschaftlich, um die fortschreitenden Vorbereitungen der Bundesexekution. Trotz mancher gegenteiliger Regung sah Russell sie nicht ungern, wenn sie nur streng bundesrechtlich begründet wurde, enthielt doch die Strafmaßnahme gegen Christian IX. seine Anerkennung als Herzog von Holstein, denn nur gegen den, so argumentierte man, konnte der Bund vorgehen³⁰. Noch andere Sorgen bewegten den englischen Minister. Die Grenze zwischen den Herzogtümern lag keineswegs eindeutig fest. Es entspann sich eine Auseinandersetzung über die etwaige Besetzung Rendsburgs, die Russell vermieden wissen wollte, weil es zu strittigem Gebiet gehörte und zu Konflikten Anlaß geben könnte³¹. Hier wird sehr deutlich, daß Bismarck sich nicht

30. Russell an Bloomfield 8. XII. 63 Buchanan an Russell 10. XII. Acc. a. Pap. a. a. O.

31. Buchanan an Russell 9. XII. 63 F. O. Bd. 547.

festlegen wollte: Buchanan erhielt trotz aller Bemühungen keine klare Antwort. Neben den zwanglosen Unterhaltungen und Sondierungen über prinzipielle Lösungsmöglichkeiten, die schon am 12. Dezember die Teilung nach Nationalitäten als besten Ausweg ergaben, verfolgte der englische Vertreter in den offiziellen Besprechungen³² zwei Ziele: Einmal das unmittelbar zweckhafte der direkten Einwirkung auf die Entschlüsse des Bundes wie es an den anderen deutschen Höfen gleicherweise geschah, dann das andere, für unser Thema wichtigere, in Erfahrung zu bringen, ob und was für Sonderpläne Preußen in bezug auf die Elbherzogtümer hegte, mußte es doch schon allein durch seine Lage und die 48 ger Ueberlieferung auf die Möglichkeiten die sich hier boten, hingewiesen werden. Ueber das, was er von Bismarcks Plänen wußte oder vermutete, gibt uns ein langer Bericht an Russell vom 12. Dezember Auskunft. Er schließt mit den Worten: „I shall be surprised if M. de Bismarck does not endeavour to obtain more solid advantages for Prussia in return for losses and sacrifices which the country will suffer in the event of war, than the honour of having placed the Prince of Augustenburg on the ducal throne of a Schleswig/Holstein State“³³. Hinter diesen vorsichtigen Worten stand unausgesprochen die Erkenntnis, Bismarcks letztes Ziel könne die Erwerbung der Herzogtümer sein. Jedenfalls lag darin die Einsicht, daß er preußische und nicht liberal-deutsche Politik treiben würde.

Je näher der 24. XII., der Tag des Beginns der Exekution rückte, desto deutlicher sprach die Unruhe aus den Erlassen Lord Johns. Immer führte er die Verhandlungen über die Auslegung des Londoner Protokolls, ohne jedoch zu einem Abschluß zu kommen³⁴. Zwischenfälle, wie die Nichtgewährung einer Audienz an den dänischen General Irminger, der die Thronbesteigung Christians anzeigen sollte, trübten auch das Verhältnis Preußens zu England, denn man empfand dies Vor-

32. Bernstorff an Bismarck 10. XII, 63 Pr. St. A. a. a. O. Bd. 60.
Buchanan an Russell 14. XII, 63 Acc. a. Pap. a. a. O.

33. F. O. a. a. O.

34. Buchanan an Russell 21. XII, 63 u. 22. XII, 63 Acc. a. Pap. a. a. O.

gehen an der Themse als unnötige Brüskierung Dänemarks³⁵. Bismarck aber konnte und wollte sich Deutschland gegenüber nicht festlegen. Noch war die Erbfolgefrage nicht entschieden, und er wollte sie in der Schwebe lassen, um nach allen Seiten hin ungebunden zu bleiben. Aus dem gleichen Grunde wies er England in allen Einzelfragen wieder an den Bund. Russell wartete, wartete auf eine Gelegenheit zum Eingreifen. Wie er sich das ungefähr dachte, zeigt ein Brief an Paget vom 22. XII. wo er nach einer Erörterung über die Motive, die den Dänenkönig zur Unterzeichnung der Verfassung bewogen haben könnten, sagt: „But we cannot give active support to a Government which puts itself so manifestly in the wrong. We must remain our pockets buttoned and our arms piled till Germany puts herself still more in the wrong than Denmark“³⁶. Das Mißliche für diese Pläne war nur, daß Bismarck, der für Deutschland im preußischen Sinn die Aktion übernahm, es sorgsam vermied, sich klar ins Unrecht zu setzen, solange von England eine Einmischung zu befürchten stand. Der preußisch-österreichische Antrag beim Bund, die Exekution in eine Okkupation zu verwandeln, bot keine eindeutige Handhabung zum Eingreifen, außerdem zog sich die Entscheidung in den Januar hinein, und fiel daher in eine Zeit, in der in London die Stimmen für eine Nichtintervention lauter und eindringlicher ertönten.

Nachdem die Bundesexekution begonnen hatte, ohne einen Krieg zu entfesseln, tauchte schon wieder eine neue Gefahr auf. Der erste Januar 1864 nahte, der Termin an dem die neue Verfassung in Kraft treten sollte, jenes Ereignis, das die beiden deutschen Großmächte als endgültige Bruch des Londoner Protokolls ansehen zu wollen erklärt hatten. Diese neue Konfliktsmöglichkeiten mußte vermieden werden, da das oberste Ziel der englischen Politik immer noch die Verhütung irgendwelchen Zusammenstoßes bildete, während die materielle Unterstützung Dänemarks mehr das private Ziel, wenn man so sagen darf, Russells und Palmerstons blieb. Der Außenminister bemühte sich, Preußen klar zu machen, daß das Londoner Protokoll zwi-

35. Ders. 21. XII. 63 u. Russell an Buchanan 31. XII. 63 a. a. O.

36. Spencer Walpole a. a. O. S. 387.

schen allen Signatarmächten abgeschlossen sei, und die Nichterfüllung seitens einer einzigen Macht Preußens nicht von seinen Verpflichtungen allen übrigen Mächten gegenüber lösen könnte³⁷. Worauf Bismarck geltend machte, daß nur mit Dänemark eine Ratifikation ausgetauscht sei, es sich also nur um Verpflichtungen gegen diesen Staat handle. Die Erörterungen wurden ziemlich heftig geführt. Ein Symptom hierfür war es, daß Bismarck eine Depesche Russels vom 31. XII. als so scharf bezeichnete, daß er ihre Mitteilung durch Buchanan nicht als amtlich ansehen wollte³⁸. Als der erste Januar ohne Kriegserklärung vorüberging, mäßigte sich der Ton allmählich. Es wird ohnehin nicht ganz klar, wie weit der Ton Buchanans auf Instruktion beruhte, denn Bernstorff berichtete am 1. 1. über ein Gespräch mit Russell, in dem dieser ihm gesagt hatte, er habe seine Vertreter im Ausland niemals ermächtigt, mit der englischen Teilnahme an einem Krieg zu drohen³⁹. Auch wenn dies nicht den Tatsachen entsprach, so lag darin jedenfalls ein offenes Dementi jener Politik. Trotzdem blieben die Beziehungen gespannt. Buchanan stellte die Verschlechterung des englisch-preußischen Verhältnisses als Folge eines Einmarsches der Bundestruppen in Schleswig in Aussicht⁴⁰, das hieß soviel wie, nehmt euern diesbezüglichen Antrag am Bundestag vom 28. XII. zurück oder wir kündigen euch alle Freundschaft. Ein andermal benutzte er als Argument gegen jenen Antrag die revolutionäre Bewegung, die dem Einmarsch der Bundestruppen in Holstein gefolgt war⁴¹, darauf antwortete Bismarck, daß die Besetzung Schlesiens jedenfalls durch preußisch-österreichische Truppen erfolgen werde, und dieser Umstand bürge dafür, daß keine Augustenburger Agitation dort Raum finde⁴². Das augenblickliche Ziel der preußischen Politik sah Buchanan, wie er am 4. 1. ausführte, in der Schaffung eines Schleswig-

37. Russell an Buchanan 31. XII. 63 Acc. a. Pap. a. a. O. Palmersten an Russell 26. XII. 63 Walpole II. S. 388; 401.

38. Ders.

39. Pr. St. A. a. a. O. Bd. 63.

40. Buchanan an Russell 2. I. 64 Acc. a. Pap. a. a. O.

41. Russell an Bloomfield u. Buchanan 4. 1. 64 Acc. a. Pap. a. a. O.

42. Buchanan an Russell 5. 1. 64 a. a. O.

Holsteinschen Staates, der nur in Personalunion mit Dänemark verbunden sein sollte, aber, fügt er hinzu, es bleibe fraglich, ob die revolutionäre Bewegung in Deutschland die beiden Regierungen der Großmächte nicht weiter treiben würde⁴³. Wenn sich Dänemark widersetze, entstünde eine bedenkliche Situation.

Der Universalausweg der englischen Politik blieb, soweit es nach außen sichtbar wurde, eine Konferenz. Sie kam zunächst in Form von Sondierungen fast in jeder Depesche vor. Es war die Königin, die in einem erregten Meinungsaustausch mit Russell auf friedliche Maßnahmen drang. In einem Brief an ihn vom 1. 1. 64* billigte sie ausdrücklich das Vorgehen Preußens und Oesterreichs und ging sogar so weit, zu sagen, daß auch die Einsetzung des Augustenburgers für England keinen Anlaß zum kriegerischen Eingreifen geben würde. Schon am 28. XII. hatte Russell als Grundlage von Verhandlungen die Erhaltung der dänischen Integrität und die Garantie einer guten Behandlung der deutschen Bewohner in den Herzogtümern aufgestellt⁴⁴. Gegen das erste hatte Bismarck nichts einzuwenden, zu dem zweiten fügte er hinzu, nach Maßgabe der Abmachungen von 1851/52, ferner sei als Beweis des guten Willens Dänemarks die Aufhebung der Novemberverfassung, und zwar vor Beginn irgendwelcher Verhandlungen unerläßlich⁴⁵. Das letzte Argument benutzte Lord John zu der Auslegung, man wolle mit dem Zusammentritt der Konferenz warten, bis die Verfassung aufgehoben sei, während der Zeit dürfe dann keine Invasion in Schleswig stattfinden⁴⁶. Selbstverständlich lehnte Bismarck diese Auslegung seiner Worte ab, Dänemark habe zur Aufhebung genügend Zeit, da die Truppen frühestens in 14 Tagen bis 3 Wochen an der Eider stehen würden. Im ganzen sei der Vorschlag zu unbestimmt, um angenommen zu werden, Dänemark erhielte damit eine neue Möglichkeit, die Sache hinzuziehen, ohne daß eine Garantie einer für Preußen befriedigenden Lösung ge-

43. Ders. 4. 1. 64 a. a. O.

44. Russell an Buchanan 28. XII. 63 Pr. St. A. a. a. O.

45. Buchanan an Russell 9. 1. 64 Acc. a. Pap. a. a. O.

46. Russell an Buchanan 9. 1. 64 a. a. O.

* Letters vol. I, S. 138 ff.

geben sei⁴⁷. Dabei meinte der englische Minister ein Aeüßerstes an Entgegenkommen geleistet zu haben, wenn er in seinem Vorschlag vom 11. 1., der am 13. auch den übrigen europäischen Mächten zuging, das zweite Prinzip Bismarcks Wünschen gemäß umformulierte und außerdem als dritten Punkt vorschlug, der dänische König sollte den neutralen Mächten versprechen, dem Reichsrat die Aufhebung der Verfassung zu empfehlen⁴⁸. Dies eben genügte Bismarck nicht, dem jetzt nichts an einer Konferenz lag, aber der Ausbau jenes Garantieangebots Ende Januar zu einem förmlichen Protokoll zeigte das wachsende Entgegenkommen Englands. Der Hauptanteil an dieser Schwenkung muß der Königin Viktoria zugeschrieben werden, die immer erneut auf friedliche Lösung des Konfliktes drang. In einem Brief an Russell vom 14. 1.* findet sie die schärfsten Worte über die Unmöglichkeit, Dänemark einseitig zu begünstigen. Sie schließt mit der dringenden Bitte, ein Kompromiß zu finden, damit die Sache ein für alle Mal erledigt sei. So wandelt sich seit Mitte Januar der Ton der offiziellen Stellen Preußens gegenüber. Die Drohungen machten nach und nach einer fast werbenden Haltung Platz. Am 14. 1. unterrichtete Russell Buchanan über eine Unterredung, die er mit dem Grafen Bernstorff geführt hatte, in der dieser ihn auf eine frühere Aeüßerung, England werde im Kriegsfall auf dänischer Seite zu finden sein, angedet hatte. Er habe ihm darauf klar gemacht, daß er diese Aeüßerung nicht im Namen des Kabinetts getan habe, daß sie vielmehr auf dem Eindruck, den er von der Stimmung des Landes gehabt hätte, beruhte. Im Verlauf des Gesprächs hielt er jene Drohung, dem Bericht zufolge, nur in ganz allgemeinen Wendungen aufrecht: „But I could not doubt that he (der Dänenkönig) would be assisted by Powers friendly to him in that defence (von Schleswig)“⁴⁹. Hieraus ergibt sich ein gewisser Stellungswechsel, den er nur sehr ungern zuzugeben schien. Daß Preußen eine Intervention Englands in diesem Augenblick nicht zu fürchten brauchte, ergab sich ganz deutlich

47. Buchanan an Russell 12. 1. 64 a. a. O.

48. Acc. a. Pap. a. a. O.

* Later Correspondence of Lord John Russell voll. II. S. 305.

49. a. a. O.

aus der Tatsache, daß eine Depesche vom 16. 1. die Absicht eines preußisch-österreichischen Ultimatums an Dänemark zwar bedauerte, aber durch keine Drohung versucht, den Plan zum Scheitern zu bringen, sondern nur wieder die Konferenz als Ausweg vorschlug⁵⁰. Wieder einmal zog sich England nach anfänglichen Drohungen in dem Augenblick zurück, in dem eine Drohung vielleicht wirksam gewesen wäre, zeigte doch Oesterreich stets eine große Besorgnis vor englischen Interventionen. Dieser deutliche Rückzug kurz vor der Entscheidung vermochte jedoch die Aktivität des Außenministers in keiner Weise zu mindern, obwohl die Lage vorerst durch das deutsche Ultimatum, das die Aufhebung der Verfassung innerhalb von 48 Stunden (!) forderte und die Ablehnung Dänemarks unaufhaltsam zum Krieg trieb, jedenfalls keine Aussicht auf Annahme einer Vermittlung bestand. Allein Russell schien der Meinung, solange kein Schuß gefallen sei, sei immer noch keine friedliche Beilegung des Streites möglich. Vielleicht hätte auch ein gänzlicher Rückzug das Scheitern seiner bisherigen Politik zu offen vor aller Welt zugegeben. Als erstes verlangte er von Preußen und Oesterreich eine Garantie der Integrität Dänemarks⁵¹, die diese ihm in einer vom 31. 1. datierten Note unmittelbar nach Ausbruch der ersten Feindseligkeiten Anfang Februar zukommen ließen⁵², so daß man keine Kritik mehr üben konnte an dem Satz, daß sich die beiden Staaten Veränderungen, die aus dem Kriegszustand folgten, vorbehielten. Dieses bedingte Zugeständnis war das einzige, was England überhaupt noch zu erlangen vermochte. Die Gewährung einer Frist von sechs Wochen an Dänemark zwecks Aufhebung der Verfassung wurde rundweg abgelehnt⁵³, auch als man ihn annehmbarer zu machen versuchte durch eine Garantie jenes Versprechens durch die Londoner Signatarmächte, fand er keine Gegenliebe⁵⁴. Palmerston meinte, falls die Frist ergebnislos verlief — es war dies der Haupteinwand der deutschen Mächte — ginge Preußen

50. a. a. O.

51. Russell an Buchanan 18. 1. 64 a. a. O.

52. Acc. a. Pap. Bd. 33 Nr. 1.

53. Buchanan an Russell 25. 1. 64 Acc. a. Pap. a. a. O. Nr. 4.

54. Buchanan an Bismarck 28. 1. 64 Pr. St. A. a. a. O. Bd. 65.

gerechtfertigt in den Krieg⁵⁵. Seit er wußte, daß England nicht eingreifen würde, nahm Bismarck keine Rücksicht mehr auf das Inselreich. So mußten die Staatslenker in London tatenlos zusehen, wie die **Truppen** der Verbündeten in das Land einfielen, dem sie so laut und heftig Hilfe versprochen hatten. Grollend stand Palmerston im Hintergrund. Er übte schneidende Kritik an der Note vom 31. 1. Die bedingte Lossagung vom Londoner Protokoll wollte er nicht annehmen⁵⁶. Diese von Bernstorff berichtete Stellungnahme hinderte ihn nicht, im Parlament Anfang Februar wiederholt zu erklären, Preußen und Oesterreich hätten sich bereit erklärt, am Londoner Protokoll festzuhalten⁵⁷. Bernstorff vermutete hier ein Manöver, um Preußen-Oesterreich ins Unrecht setzen zu können, wenn sie das angebliche Versprechen brächen⁵⁸. Ein Verfahren, das durchaus seinem sonstigen Verhalten entsprach. War er doch der unbedingteste und zugleich einflußreichste Vertreter der Interventionspolitik. Zeitweilig wenigstens ließ sich diese Haltung aus innerpolitischen Gründen rechtfertigen.

Bis tief in den Januar hinein trieben die Tories eine Politik, deren Ziel es war, Dänemark militärisch beizustehen⁵⁹. Wenn das Kabinet, das keine starke Mehrheit besaß, die Nichtintervention zum Prinzip seines Handelns machte, bot sich hier eine Gelegenheit, es zu stürzen. Diese Gefahr bannte Palmerston durch seine Stellungnahme, wohl wissend, daß er immer noch populärer war als Disraeli, der Führer der Opposition. Es ist aber kaum anzunehmen, daß dieser Gesichtspunkt für ihn vorwiegend maßgebend war. Sein Temperament wie die Atmosphäre, die ihn umgab, legen andere Gründe näher⁶⁰. Er wurzelte mit seinen Anschauungen noch ganz in jener ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in der England der Schiedsrichter

55. Bernstorff an Bismarck 27. 1. 64 a. a. O.

56. Ders. 3. II. 64 a. a. O. Bd. 66: „Er erklärte mir, daß es der ungerechtfertigste und verbrecherischste Schritt sei, den die Geschichte kenne.“

57. Bernstorff an Bismarck 4. II. 64 Pr. St. A. a. a. O.

58. Ders. 6. II. u. 9. II. 64 a. a. O.

59. F. Cierpinski: „Die Politik Englands in der Schleswig/Holsteinschen Frage“. S. 106 f.

60. Philip Guedalla: „Palmerston“. 3. Aufl., London 1926.

Europas war. Man geht wohl nicht fehl, wenn man in ihm den zum Eingreifen treibenden Teil der Regierung sieht. Daß er dies tat, lag neben seinem Temperament daran, daß er die Veränderungen auf dem Kontinent nicht rechtzeitig wahrnahm. Alte Leute revidieren ihr Weltbild nur schwer. Für ihn war die Gefahr stets von Frankreich gekommen. Deutschland und gar Preußen waren immer eine *quantité négligeable* gewesen. Und doch läßt sich die Behauptung Felix Salomons, er sei als ein von Bismarck Besiegter vom Schauplatz abgetreten⁶¹, nicht voll aufrecht erhalten, denn die schließlich eingeschlagene Politik war ja nicht die Seine, und was geschehen wäre, wenn England tatsächlich an der Seite Dänemarks gegen die deutschen Mächte gekämpft hätte, das sich auszumalen, bleibt der Phantasie überlassen. Seine Politik scheiterte nicht an Bismarck, sondern an der inneren Opposition. Volle Gefolgschaft im Kabinett leistete ihm außer einigen weniger einflußreichen Leuten, Bernstorff nennt in einer Depesche vom 17. 11.⁶² den Duke of Somerset, Count de Grey et Ripon und Sir Charles Wood, nur Lord John Russell. Die Manchesterleute, Cobden und Bright, mußten gegen einen Krieg überhaupt sein, schon als Vertreter wirtschaftlicher Tendenzen, ebenso Gladstone, Villiers und Clarendon. Der Hauptgegner aber war der President of the Council Granville, und zwar nicht so sehr, weil er ein besonders eifriger Vertreter des Friedens gewesen wäre, als weil er die Ansicht der Königin im Kabinett verfocht.

Verfassungs = d. h. in England gewohnheitsmäßig hat der englische Monarch keinen großen Einfluß auf die Geschehnisse seines Landes. Doch gestattet es die der englischen Verfassung eigentümliche Elastizität den einzelnen Herrschern sehr wohl, größeren Anteil zu nehmen. Die Königin Viktoria war sicher von Natur ein ziemlich unpolitischer Mensch, allein der Ernst und Eifer, mit dem ihr Gemahl es für seine Pflicht gehalten hatte, sich mit der Politik des Landes zu befassen, hatten auch ihr die Ueberzeugung von der Notwendigkeit dieser Betätigung

61. F. Salomon: „Grundzüge der auswärtigen Politik Englands“, Zeitschrift für Politik 1910, S. 474.

62. Pr. St. A. a. O. Bd. 67.

eingepägt⁶³. Besonders nach dem Tode des Prince Consort betrachtete sie es als ihre heilige Pflicht, die Politik des Landes zu verfolgen und zu beeinflussen, denn sie war nicht der Mensch, der die Mühe der Beschäftigung mit diesen Dingen auf sich nahm, ohne die Freude genießen zu wollen, die der Anblick des Wirkens unserer Ideen an der Gestaltung der realen Verhältnisse gewährt. In diesem Augenblick war die Möglichkeit einer Einwirkung auf den Gang der Ereignisse besonders groß, weil, wie wir sahen, das Kabinett in zwei annähernd gleich starke Lager gespalten war. So gab sie schließlich den Ausschlag. Sie vertrat Palmerston gegenüber das Prinzip der Nichtintervention. Er war nie ihr Freund gewesen. Sie sah jetzt in seinem Eintreten für den Krieg eine schwere Gefahr für England. Die Art freilich, wie sie ihre politische Meinung bildete, war nicht frei von subjektivem Empfinden. Prinz Albert war ihr Lehrmeister gewesen. Zu seinen Lebzeiten hatte sie seinen Rat stets befolgt und blieb dadurch im allgemeinen vor Irrtümern bewahrt, denn er gründete seine Urteile auf genaue Sachkenntnis, immer bemüht, die Interessen des ihm fremden Staatswesens zu erkennen und zu wahren. So sollte er auch nach seinem Tode ihr Ratgeber bleiben. Dabei zeigte sie gerade in der Schleswig-Holsteinschen Frage ein weit gesunderes, den Interessen Englands entsprechenderes Urteil als ihre Minister. Wir haben schon gezeigt, wie sie Russell gegenüber für den Frieden eintrat, weil keinerlei Bedrohung Englands vorlag, die abzuwehren den Einsatz der Flotte gerechtfertigt hätte. Daß sie darüber hinaus auch versuchte, Dänemark gerecht zu werden, beweist ein Brief, den sie im Einverständnis mit Russell am 28. Mai an König Wilhelm schrieb, in dem sie ihn in dringenden Worten mahnt, doch seine Forderungen an Dänemark zu mäßigen⁶⁴. Durch diese sachlichen Differenzen wie durch ihre persönliche Abneigung erschien sie als der eigentliche Widerpart Palmerstons. Es war ihr unbeugsamer Wille, an dem seine Heftigkeit scheiterte. Da sie direkt gegen den alten Fuchs

63. vgl. Lytton Strachey: "Queen Victoria".

64. Victoria an Russell 13. 11. 64 Letters 1. S. 156. Victoria an Russell 14. I. 64, Goch II. S. 305. S. 97.

nichts ausrichten konnte, bediente sie sich geschickt der Opposition im Kabinett selbst. Sie hätte keinen geschickteren Anwalt als Granville finden können, der es verstand, im gegebenen Augenblick diskret, aber deutlich geltend zu machen, daß die Königin hinter seiner Auffassung stand⁶⁵.

Viel wissen wir nicht über die entscheidenden Kabinettsitzungen, da über diese kein Protokoll geführt wurde, außerdem die Teilnehmer zum Schweigen über die Verhandlungen verpflichtet waren. Nur gelegentliche Tagebuchnotizen und Berichte der Vertreter auswärtiger Mächte geben uns einigen Aufschluß. Daraus entnehmen wir, daß das Kabinett Anfang, Mitte und Ende Januar zusammentrat und jedes Mal beschloß, auf keinen Fall *single-handed* in den Krieg einzutreten⁶⁶. An diesem Entschluß mußte die Interventionspolitik scheitern, denn einen Verbündeten besaß man nicht.

Schweden, das eine zeitlang gewillt schien, den Nachbar zu verteidigen, zog sich schon vor der letzten Entscheidung zurück. Frankreich aber suchte man vergebens zu gewinnen. Alle Bemühungen, die Signatarmächte des Londoner Protokolls zu einem gemeinsamen Eintreten für Dänemark zu bringen, scheiterten in erster Linie am Widerstand Frankreichs. Es lehnte Anfang Januar die Bemühungen Englands, einen Bund der Signatarmächte zustande zu bringen, um durch eilige Handlung einen Kongreß zusammenzurufen, der den Konflikt verhindern sollte, kurzweg ab⁶⁷. Nicht einmal die Tatsache, daß Russell jetzt Paris als Tagungsort vorschlug, vermochte den Kaiser williger zu stimmen. Nur an den Ratschlägen, die die Mächte von Zeit zu Zeit in Berlin und Kopenhagen erteilten, beteiligte er sich, wenn auch mit wenig Nachdruck. Jeden bindenden Schritt vermied er, da er seinen Vorteil gerade darin erblickte, möglichst lange ungebunden zu bleiben. So wollte er sich an dem Garantieprotokoll nur beteiligen, wenn die andern Mächte schon zugestimmt

65. A. A. W. Ramsay a. a. O. S. 103.

66. Fürst Latour d'Auvergne an Drouyn de Lhuys 4. I. u. 16. 1. 64. Bernstorff an Bismarck 14. 1. 64 Pr. St. A. a. a. O. Bd. 64 O. D. Bd. 1. Morley a. a. O. S. 116/17. Cierpinski S. 203 ff. Bd. XLV. S. 90 f. 97 f. 99 f. /Völkle S. 73 f. Hähnsen Bd. I. S. 136 f.

67. Drouyn de Lhuys an Fürst Latour 14. 1. 64 O. D. Bd. 1.

hätten⁶⁸. Die Entsendung von Spezialgesandten nach Paris vermochte den Kaiser ebensowenig aus seiner Reserve herauszulocken geschweige denn das atle Freundschaftsverhältnis wieder herzustellen⁶⁹. England erntete die Früchte seiner kurzsichtigen Politik des vergangenen Jahres. So war es denn in die mißliche Lage geraten, die aller Welt verkündete Politik der Unterstützung Dänemarks nicht durchführen zu können, eine Situation, die nur zu geeignet war, sein Ansehen erheblich herabzumindern.

Im Vergleich mit Preußen springt die Unfähigkeit der englischen außenpolitischen Leitung besonders ins Auge. Wenn man neben der vorsichtig abwägenden, die Stellung unter den Mächten lange vorbereitenden Haltung Bismarcks, der das Dunkel, das ihn bei diesem ersten großen politischen Waffengang noch umgibt, durch Schweigsamkeit eher vertieft als erhellt, dessen Stellung allem bisher gewohnten Doktrinarismus so entgegengesetzt war, wenn man neben diesem 'Mann das englische Ministerium „aller Talente“ sieht⁷⁰, das die einzige Macht auf dem Kontinent, mit der es sich wirksam verbinden konnte, ja verbunden war, verstimmte und von sich trieb, und dann doch wieder seine Politik auf ein Zusammengehen mit eben jener Macht aufbauen wollte, dann wird erst ganz klar, wie schlecht England das Terrain für seine Handlung bereitet hatte. Und wie war man zu der Politik selbst gekommen, an der man so hartnäckig festhielt? Mehr durch Zufall, scheint mir, als durch wohlbedachten Plan. Man hatte dabei sein wollen und dann nicht den richtigen Augenblick zum Rückzug gefunden, bis man gezwungen wurde, ihn anzutreten. Das Verwunderlichste bleibt schließlich dies, daß sich in der Führung der Geschäfte die Tatsache, daß man die ursprünglichen Pläne als gescheitert ansehen mußte, so gar nicht bemerkbar machte. Die Politik nach dem 16. Januar unterscheidet sich durch nichts von derjenigen der vorhergehenden Wochen. Die Ereignisse der kommenden Monate bis zum endgültigen Verzicht Englands auf die Mitwirkung bei der Umgestaltung des Kontinents werden uns die Antwort geben müssen auf die Frage, ob England sich wirklich der erlittenen

68. Cowley an Russell 27. 1. 64 Acc. a. Pap. a. a. O.

69. Bernhardi Tagebücher 26. 1. 64, Bd. 5.

70. Ramsay a. a. O. S. 87.

Niederlage nicht bewußt war, oder ob es durch ein großartiges Uebersehen der Tatsache auch die andern Staaten über den wahren Sachverhalt hinwegzutäuschen versuchte.

5. Kapitel: Vorverhandlungen zur Londoner Konferenz.

Am 31. Januar hatte der englische Botschafter in Wien Lord Bloomfield, eine Unterredung mit dem Grafen Rechberg, in der er ein letztes Mal versuchte, den Beginn der kriegerischen Handlung hinauszuziehen. Allein es lag nicht mehr in Rechbergs Macht, darauf einzugehen, selbst wenn er es gewollt hätte. Gegen Ende des Gesprächs meinte er jedoch, es könne ja auch während des Krieges eine Konferenz in London zusammentreten und empfahl der britischen Regierung diese Maßnahme. Bloomfield zog daraus den Schluß, daß Rechberg möglichste Lokalisierung und baldige Beendigung des Krieges wünsche¹. Am 4. Februar berichtete er bereits von einer neuen Unterredung mit dem österreichischen Minister über diesen Gegenstand. Er schrieb: „He is evidently most desirous that the thread of a negotiation connected with the Dano-German difficulty shall not be interrupted“². Mit ausdrücklicher Bezugnahme auf Bloomfields Depesche vom 31. Januar erfolgte am 8. Februar die Aufforderung Russells, festzustellen, ob Preußen die gleiche Meinung in bezug auf eine Konferenz hege, und ob beide Staaten zu einem vorherigen Abschluß eines Waffenstillstandes unter der Bedingung des Rückzugs der dänischen Truppen auf die Insel Alsen bereit seien³. Der Schriftwechsel mit Preußen enthielt in jenen Tagen nur Klagen über die immer noch nicht abgegebene Erklärung über die Wahrung der dänischen Integrität und Erörterungen über die Kundgebungen zugunsten des Augustenburgers, die nach dem Einzug der verbündeten Truppen in Schleswig stattgefunden hatten und Eng-

1. Acc. a. Pap. Bd. 34 Nr. 5.

2. a. a. O.

3. a. a. O.

land sehr beunruhigten⁴. In allen wichtigen Fragen hielt Lord John es für günstiger, den Umweg über Wien zu machen, dessen Tendenzen der ganzen Lage nach friedlicher sein mußten als die Preußens, das schon wegen seines innerpolitischen Konflikts auf außenpolitische Erfolge angewiesen war. Erst am 10. Februar erhielt es unter Hinweis auf österreichisches und russisches Eintreten für einen Waffenstillstand eine diesbezügliche Aufforderung⁵. Sie fand keine willfährige Aufnahme. Bismarck erklärte, er müsse erst mit Oesterreich verhandeln, das hieß, er wolle Zeit gewinnen. Die Frage, ob man überhaupt einen Waffenstillstand eingehen könne, hinge von der Haltung Dänemarks zur See ab⁶. Letzteres war der einzige Punkt, an dem die dänische Kriegsführung Preußen einen wirklichen Schaden zufügte, da sie durch ausgedehnte Kaperei und Blockierung der Ostseehäfen den preußischen Seehandel lahm legte. Die Klagen über eine Verletzung des Seerechts rissen während des ganzen Krieges nicht ab. Am Tage nach der englischen Aufforderung formulierte Bismarck seine Bedingungen für eine Konferenz und einen Waffenstillstand⁷. Er verlangte die Räumung Schleswigs und Alsens von den Dänen, da ihr Verbleiben auf der Insel eine ständige Flankenbedrohung der in Schleswig stehenden verbündeten Truppen sei, ferner die Rückgabe aller bisher von den Dänen erbeuteten Schiffe. Das kam einer Ablehnung der englischen Vorschläge gleich. Russell brach die Verhandlungen ab. Die Schuld am Scheitern seiner Bemühungen um die Herstellung des Friedens schob er Preußen zu, da Oesterreich zuerst geneigt gewesen sei⁸. Es kam hier eine Stimmungslage heraus, deren Ansätze wir gleich nach Abschluß des preußisch-österreichischen Bündnisses sehen konnten, und die fortan von größtem Einfluß auf das preußisch-englische Verhältnis blieb. Man versuchte, die Bundesgenossen zu trennen. Als man Oesterreich immer zunächst friedlichen Vorschlägen zugänglich, nach Verhandlungen mit seinem Ver-

4. Drei Berichte Buchmanans an Russell vom 3. 11. 64 a. a. O.

5. a. a. O.

6. Bismarck an Bernstorff 12. 11. 64 Pr. St. A. a. a. O.

7. Ders. 13. 11. 64 a. a. O.

8. Russell an Buchanan 13. 11. 64 Acc. a. Pap. a. a. O.

bündeten stets verwandelt und in dessen Fahrwasser segelnd fand, bildete sich allmählich eine starke Abneigung gegen den norddeutschen Staat heraus, die nie ganz verschwindet; denn man stieß hier stets auf ein unüberwindliches Hindernis bei den Bemühungen einen Frieden herbeizuführen, ohne daß man direkt dagegen vorgehen konnte, weil Bismarck es vermied, als Friedensstörer zu erscheinen, und in allen Fragen, in denen es tragbar war, entgegen kam, in andern soviel wie möglich die Absage von andern Staaten ausgehen ließ, wobei ihm die dänische Halsstarrigkeit sehr zu statten kam⁹. Allzu große Rücksicht brauchte er auf den Inselstaat bei dessen Isolierung nicht zu nehmen. Palmerston selbst, der doch, wo es irgend anging, zum Krieg drängte, mußte jetzt Russell einmal mahnen, daß der Augenblick zum Handeln nicht günstig, da Frankreich nur um den Preis der Rheinprovinzen zu haben sei, sein Einfall in diese Gebiete aber, obwohl es Preußen sehr recht geschähe, die Niederlande zu sehr bedrohe, um von England zugelassen werden zu können¹⁰. Das einzige was England für Dänemark in diesem Augenblick tat, war die Ablehnung jeder Vermittlung, die ihm zum Nachteil hätte gereichen können. Als Preußen-Oesterreich erst wegen der Kaperei, dann wegen der Blockade, die beide dem geltenden Seerecht widersprachen, Großbritannien baten, es möge zur Wahrung des Seerechts einschreiten, erhielten sie die Antwort, es könne die Dänen nicht von irgendeiner Maßnahme, die zur Verteidigung ihres Landes geeignet sei, abhalten¹¹.

In diese ohnehin gereizte Stimmung traf am 20. Februar die Nachricht von dem Einmarsch nach Kolding, d. h. von der Ueberschreitung der jütischen Grenze durch die Truppen der Verbündeten¹². Das war eine offene Verletzung der dänischen Integrität, die zu wahren man, wenn auch verklausuliert, versprochen hatte. In höchster Beunruhigung trat das englische Kabinett zusammen, und beschloß, zunächst jedenfalls die Kanalflotte aus Lissabon zurückzurufen¹³. Russell ließ in

9. Bernstorff an Bismarck 11. 64 Pr. St. A. a. a. O. Bd. 67.

10. 13. II. 64, Ahsley: "Palmerston" Bd. 2 S. 247 f.

11. Russell an Bloomfield 15. II. 64 Acc. a. Pap. a. a. O.

12. Fürst Latour an Drouyn de Lhuys 20. II. 64 O. D. a. a. O.

13. Bernstorff an Bismarck 22. II. 64 Pr. St. A. a. a. O.

Wien sagen, wenn die preußisch-österreichischen Truppen Kolding nicht wieder räumten, würde ein englisches Geschwader nach Kopenhagen entsandt werden¹⁴. Nach Berlin richtete er wohlweislich keine derartige Drohung, weil das Kabinett und die Königin keineswegs so fest zu einer bewaffneten Intervention entschlossen waren, wie der Außenminister es hinzustellen liebte¹⁵. Auch der Vorschlag einer gemeinsamen Flottendemonstration, für die er Rußland und Frankreich zu gewinnen suchte¹⁶, scheint nicht im Einverständnis mit der Königin gemacht zu sein¹⁷. Wie ihre Briefe zeigen, beeinflußte sie in diesen Tagen die Politik wieder nachdrücklich. Die Flottenaktion scheiterte an dem Widerspruch Frankreichs¹⁸. Allein konnte man eine solche nicht unternehmen, ohne sich der Gefahr auszusetzen, in den Krieg hineingezogen zu werden. Bismarck versuchte angesichts der englischen Aufregung mäßigend zu wirken. Schließlich war er sich doch nicht ganz sicher, wie weit in dem parlamentarisch regierten Land die öffentliche Meinung, wenn sie sich gar zu sehr erregte, die Regierung zu treiben imstande war. Er teilte daher Buchanan sofort mit, daß die Besetzung Koldings ohne Befehl geschehen war. Allein obwohl dies den Tatsachen soweit entsprach, als Wrangel keinen direkten Befehl erhalten hatte, schenkte der Botschafter der Aussage umsoweniger Glauben, als kein Befehl zum Rückzug erlassen wurde¹⁹, und Bismarck auf sein Drängen erwiderte, die militärische Lage erfordere die Besetzung Koldings, aber man werde vorläufig nicht weiter nach Jütland eindringen²⁰.

Fast paradox erscheint es, daß gerade in dieser gespannten Lage der Konferenzplan Gestalt gewann. Der Anstoß kam aus Kopenhagen. Dänemark erklärte, keinen Waffenstillstand auf Grund der angegebenen Bedingungen abschließen zu können, aber es sei zu einer Konferenz auch ohne vorherigen Waffenstillstand bereit. Russell gab diese Nachricht an Preußen

14. Fürst Latour an Drouyn de Lhuys 21. II. 64 O. D. a. a. O.

15. Victoria an Russell 22. II. 64 Letters Bd. 1.

16. Fürst Latour an Drouyn de Lhuys 21. II. 64 O. D. a. a. O.

17. Memorandum von Grey 25. II. 64 Letters Bd. 1.

18. Drouyn de Lhuys an Latour 23. II. 64 O. D. Bd. 2.

19. Buchanan an Russell 20. II. 64 Acc. a. Pap. a. a. O.

20. Ders. 21. II. 64 a. a. O.

weiter²¹, und als von dort keinen Widerspruch erfolgte²², ging am 23. II. eine Depesche mit dem Vorschlag einer Konferenz ohne vorherigen Waffenstillstand an die kriegsführenden Mächte ab, welche später als offizielle Einladung bezeichnet wurde²³. An der Konferenz sollten die Signatarmächte des Londoner Protokolls sowie ein Vertreter des deutschen Bundes teilnehmen, als ihr Zweck wurde die Beilegung des deutsch-dänischen Konfliktes bezeichnet. Die Bereitwilligkeit, mit der die deutschen Mächte auf diesen Plan eingingen, wirkte beruhigend auf England. Es mochten auch sonst die friedlichen Elemente, an der Spitze die Königin, die Oberhand gewonnen haben. Die Berichte des französischen Botschafters, Fürst Latour d'Auvergne, die uns für diese Zeit wertvollen Aufschluß über die Stimmung in England geben, sagen, daß man die Flottendemonstration wegen des Konferenzplanes einstweilen zurückstellen wolle²⁴. Auch Bernstorff wußte von einem Kabinettsrat vom 27. Februar, daß dort nicht über die Flottendemonstration, sondern über die bevorstehende Konferenz beraten worden sei²⁵.

So schien alles im besten Zuge. Da kam ein unerwartetes Hindernis von Dänemark. Dies hatte die Konferenz zwar selbst angeregt, aber angesichts der Besetzung von Kolding glaubte man nicht die Möglichkeit zu haben, sich unmittelbar danach mit dem Gegner an den Verhandlungstisch zu setzen. Ablehnen konnte man ebensowenig, weil man damit als dem Frieden hinderlich vor Europa gestanden hätte. Schließlich bat man um 14 Tage Bedenkzeit. Russell ging darauf ein, und suchte auch Bismarck für eine solche Verzögerung zu gewinnen. Diesem kam sie sehr zu statten, denn er hatte es gar nicht eilig, die Entscheidung vom Kriegsschauplatz, wo er das Uebergewicht besaß, auf das ungünstigere Terrain einer Konferenz zu verlegen. Ein vorher errungener entscheidender Sieg der Truppen konnte seine Stellung nur verstärken. So antwortete er denn, er sei auch in 14 Tagen noch bereit, für eine noch spätere Zeit könne

21. 21. II. 64 a. a. O.

22. Buchanan an Bismarck 22. II. 64 Pr. St. A. a. a. O.

23. Acc. a. Pap. a. a. O.

24. 26. II. 64 O. D. a. a. O.

25. Pr. St. A. a. a. O.

er sich aber jetzt noch nicht festlegen²⁶. Diesem Entgegenkommen gegenüber verlor sich die englische Empfindlichkeit wegen des Einmarsches in Jütland ein wenig. Da man ohnedies nichts unternehmen konnte, war es klüger, eine versöhnlichere Haltung einzunehmen²⁷. Zudem hatten Preußen und Oesterreich, nachdem letzteres durch die Mission Manteuffels, die man von England aus mißtraurisch beobachtete, bewogen war, seine Einwilligung zur Besetzung Jütlands zu geben, in London erklären lassen, daß sie zu einem Waffenstillstand auf Grund der Räumung Jütlands von den Truppen der Verbündeten und der Schleswigs von den Dänen bereit seien. Mit der Basis der Erhaltung des militärischen status quo seien sie nur einverstanden, wenn sich die Einstellung der kriegerischen Handlung auch auf den Seekrieg erstrecke²⁸. Das erleichterte Russell eine entgegenkommende Haltung. Gegen Ende März verzeichnete Fürst Latour wieder eine Hinneigung zur versöhnlich schiedsrichterlichen Politik²⁹.

Als der Konferenzplan Gestalt zu gewinnen begann, setzten die Verhandlungen über die Grundlagen einer Beilegung des Streites ein. Hier zeigte man sich in England noch wenig entgegenkommend. Noch im Februar schrieb Palmerston an die Königin, Preußen-Oesterreich dürfe nur die Aufhebung der Novemberverfassung und die Gleichstellung der deutschen Bewohner Schleswigs mit den Dänen verlangen, mehr könnten die Dänen nicht gewähren³⁰. Wenn Bernstorff zunächst meinte, England werde als Aeüßerstes die Personalunion zulassen³¹, so mußte er Anfang März berichten, daß der Außenminister Apponyi abgeraten habe, die Personalunion zu fordern³². Freilich sagte Russell derartige Dinge nicht dem preußischen Vertreter, und schließlich sollte sich zeigen, daß trotz allen Sträubens auch die Engländer diese Lösung für die tragbarste hielten. Aber

26. Buchanan an Bismarck 27. II. 64 Pr. St. A. a. a. O.

27. Latour an Drouyn 7. II. 64 O. D. a. a. O.

28. Buchanan an Bismarck 5. II. 64 Acc. a. Pap. a. a. O.

29. 21. II. 64 O. D. a. a. O.

30. 22. II. 64 Letters a. a. O.

31. 25. II. 64 Pr. St. A. a. a. O.

32. 3. II. 64 a. a. O. Bd. 68.

bis dahin bedurfte es noch mancher Verhandlung. Vorläufig blieben sie ganz auf dem Standpunkt der Russellschen Depesche vom 28. Dezember des vorigen Jahres, über den schon damals britische Staatsmänner Zweifel hegten, ob er den Deutschen genügen werde. Jetzt waren diese Ansprüche durch die Erfolge des Feldzugs noch vergrößert. Es zeigte sich in der englischen Haltung doch eine arge Unterschätzung des Gegners, denn das waren die deutschen Mächte allmählich für England geworden, wenn man solche Forderungen, wie die Palmerstons überhaupt, wenn auch nur intern, erwägen konnte. wenn auch nur intern, erwägen konnte.

Schließlich nahm Dänemark die Konferenz an, wünschte aber die Abmachungen von 1851/52 als Basis zu betrachten³³. Dies war wiederum für die Verbündeten Mächte unmöglich. Russell geriet in eine schwierige Lage. Er konnte sich weder auf die eine noch auf die andere Seite stellen, ohne die Konferenz zu gefährden. Er fand einen Ausweg, indem er sagte, jede Macht könne auf Grund ihrer eigenen Anschauungen verhandeln, die Verträge von 1851/52 könne man als Ausgangspunkt, nicht als Basis annehmen. Da dies die Möglichkeit, über jene Verträge hinauszugehen offen ließ, stimmten auch die deutschen Mächte zu. Bernstorff war freilich ehrlich entrüstet, daß das besiegte Dänemark es wage, dem Sieger die Verhandlungsbasis vorzuschreiben³⁴. In der Einladung an die neutralen Mächte bezeichnete Russell als Basis „to find the means of restoring to the North of Europe the blessings of peace“³⁵.

Die Vorverhandlungen hatten die wahren Kräfteverhältnisse zu deutlich gezeigt, als daß England auf einem einseitigen Standpunkt in der Frage der Lösungsmöglichkeiten hätte beharren können. Fürst Latour berichtete jetzt, man halte die Teilung nach Nationalitäten für den besten Ausweg. Der deutsche Teil solle an Holstein fallen, der dänische mit dem Stammland verbunden bleiben³⁶. Ueber die schwierigsten Punkte, die Stellung der Herzogtümer zum deutschen Bund und die

33. Russell an Bloomfield 17. III. 64 Acc. a. Pap. a. a. O.

34. Bernhardi Tagebücher 22. III. 64, Bd. 6 S. 70.

35. Acc. a. Pap. a. a. O.

36. 21. III. 64 O. D. a. a. O.

Frage der Städte Rendsburg und Kiel, die in Deutschland als künftige Bundesfestung und Bundeshafen betrachtet wurden, verlautete nichts. Immerhin zeigte diese Ueberlegung, daß man begriff, worum es sich grundsätzlich drehte. Jetzt erst stellte auch England die Nationalitätenfrage klar in den Mittelpunkt.

Ueber den Termin des Zusammentritts der Konferenz kam es zwischen England und Preußen zu weitläufigen Auseinandersetzungen. Eine zeitlang argwöhnte Bismarck, England wolle eine Konferenz nur der kriegführenden Mächte unter seinem Vorsitz. Dies hätte die preußisch-österreichische Lage erheblich verschlechtert. Der preußische Ministerpräsident drang deshalb heftig auf Einladung des Bundes. Man könne keine Abmachung treffen, ohne ihn zu befragen, da man erst beim Londoner Protokoll gesehen habe, wohin das führe. Ehe der Bund nicht zugesagt habe, könne er keinem Termin für den Beginn zustimmen, da er sonst den Entschlüssen des Bundes vorgreifen würde³⁷. Grundsätzlich sei ihm, so fügte er hinzu, jeder Zeitpunkt recht. Diese plötzliche und auffallende Rücksicht auf den Bund machte die Engländer trotz der angehängten Versicherung stutzig. Es war klar, daß Preußen den Konferenzbeginn unauffällig hinausschieben wollte, und zwar weil es, wie nicht schwer zu vermuten war, vorher noch entscheidende Siege erringen, vor allem Düppel erobern wollte, das ihm ganz Schleswig und Jütland in die Hand brachte³⁸. England suchte natürlich an seinem Termin, es hatte den 12. April vorgeschlagen, festzuhalten. Aber die Pression auf Oesterreich, womit es wieder einmal sein Ziel zu erreichen suchte, machte keinen Eindruck in Berlin, wo man wohl wußte, daß der Bundesgenosse einen baldigen Frieden wünschte und ihn ohnehin durch zähe Verhandlungen von Schritt zu Schritt mitziehen mußte. Den Hinweis Frankreichs, man könne das Protokoll für den Bund offen lassen, überhörte man³⁹, ebenso stieß der Vorwurf Russells, man wolle den Krieg verewigen, auf taube Ohren⁴⁰. Als dann Oesterreich die preußische Bitte um Auf-

37. Bismarck an Bernstorff 26. III. 64 B. W. 4, S. 362.

38. Latour an Drouyn 7. IV. 64. O. D. a. a. O.

39. Russell an Buchanan 30. III. 64 Acc. a. Pap. a. a. O.

40. Bernstorff an Bismarck 30. III. 64, Pr. St. A. a. a. O. Bd. 69.

schub unterstützte, mußte England nachgeben und den Beginn vom 12. auf den 20. April verschieben⁴¹. Aber auch diese Frist genügte nicht für den gewohntermaßen langsam arbeitenden Bund, die Instruktion für seinen Bevollmächtigten, den sächsischen Ministerpräsidenten Beust, fertig zu stellen, so daß dieser um einen nochmaligen Aufschub bitten mußte, er könne erst am 25. bereit sein⁴². Bernstorff und Balan, die preußischen Vertreter, erklären darauf sofort, ohne den Bundestagsgesandten nicht erscheinen zu können⁴³. Oesterreich schloß sich dieser Erklärung an. Allein diesmal konnte Lord John den Beginn unmöglich noch einmal hinausziehen. Bernstorff vermutete, daß die schwerwiegenden Gründe, die ihn hiervon abhielten, innenpolitischer Natur seien⁴⁴. Das Parlament tagte und bestürmte die Regierung mit Interpellationen, auf die man die Auskunft nur über schwebende Verhandlungen verweigern konnte. Dazu brauchte Russell seine Konferenz. So fand denn am 20. April pro forma die erste Sitzung ohne die deutschen Vertreter statt. Erst am 25. April erschienen auch sie, und die Arbeit konnte beginnen. Am 18. April hatten die Truppen der Verbündeten die Düppeler Schanzen erstürmt. Bismarck kam mit dem nötigen militärischen Uebergewicht auf die Konferenz. Sonst war seine Stellung nicht allzu stark. Oesterreich ging nur widerstrebend mit und verfocht im Grunde andere Ziele. Der Deutsche Bund wandelte gleichfalls seine eigenen Pfade. Frankreich war am günstigsten gesinnt, da es wohl eine preußische Machterweiterung zugelassen haben würde, wenn es Kompensationen erhalten hätte. Deshalb mußte aber Bismarck solange als möglich auf seine Hilfe verzichten. Rußland neigte mehr auf die dänische Seite, blieb aber wegen der Unterstützung, die ihm Preußen in der polnischen Frage gewährt hatte, neutral. In England waren die Lager geteilt. So blieb die Lage immer in der Schwebelage, und es war wesentlich eine Frage der Geschicklichkeit, wieviel die preußischen Vertreter für ihr Land erreichen würden.

41. Latour an Drouyn 8. IV. 64, .O D. a. a. O.

42. Bernstorff an Bismarck 15. IV. 64, Pr. St. A. a. a. O. Bd. 70.

43. Ders. 16. IV. 64 a. a. O.

44. Ders. 18. IV. 64 a. a. O.

6. Kapitel.

Preußen und England auf der Londoner Konferenz.

Der Verlauf der Konferenz soll in unserm Zusammenhang wie in der Ueberschrift des Kapitels zum Ausdruck kommt, lediglich unter dem Gesichtspunkt der preußisch-englischen Beziehungen, die zu untersuchen wir uns vorgenommen haben, dargestellt werden. Im Hinblick darauf gewinnen die Verhandlungen zwischen den einzelnen Sitzungen erhöhte Bedeutung, da sie uns näher an die Motive des Handelns heranführen, um die es uns in erster Linie zu tun ist, wie es überhaupt nicht Aufgabe des Geschichtsschreibers sein kann, eine Chronik der Ereignisse zu geben, sondern sein Streben immer darauf geht, zu zeigen, wie die Ereignisse im Innersten notwendig zusammenhängen, und wie er auch da, wo der Zufall zu herrschen scheint, wenn er den Wurzeln des Geschehens nachspürt, die Notwendigkeit aufzeigen, und der Aufzeichnung der Ereignisse immer ihre Deutung folgen lassen muß.

In den ersten Sitzungen unserer Konferenz am 25. April, 4. und 9. Mai drehten sich die Verhandlungen um den Abschluß eines Waffenstillstandes¹. Die deutschen Mächte drangen vor allem auf Aufhebung der Blockade, die die Dänen nicht preisgeben wollten. Gleich hier tritt die prodänische Haltung der beiden englischen Bevollmächtigten, Russell und Clarendon, deutlich hervor. Beide verschlossen sich den deutschen Wünschen. Ein Waffenstillstand unter Beibehaltung der Blockade sei durchaus möglich. Russell schrieb sogar, man werde die englische Kanalflotte zur Unterstützung der berechtigten dänischen Forderungen in die Ostsee schicken müssen². Bernstorff hielt die Lage für sehr ernst, blieb aber fest³. Da lenkte Lord John, der am 30. April mit seinen offensiven Plänen im Kabinett in der Minderheit geblieben war, ein⁴. In der Sitzung vom

1. Konferenzprotokoll in „Das Staatsarchiv“ von Aegidi u. Klauhold Bd. 6.

2. 25. IV. 64, Gooch: „Later Correspondence . . .“ Bd. 2.

3. An Bismarck 27. u. 30. IV. 64, Pr. St. A. a. a. O. Bd. 71.

4. Bernstorff an Bismarck 2. V. 64 a. a. O.

4. Mai schlug er, dem das Präsidium übertragen war, einen Waffenstillstand auf Grund der Aufhebung der Blockade, der Räumung Schleswigs von den dänischen und Jütlands von den verbündeten Truppen vor. Die deutschen Mächte nahmen diesen Vorschlag an, Dänemark lehnte ab. Ebenso erging es einem preußischen Angebot, als Gegenleistung für die Aufhebung der Blockade die Kontributionseinziehungen in Jütland einzustellen. Es verlangte für die Aufhebung der Blockade, daß Preußen-Oesterreich die eroberten Plätze für die Dauer der Verhandlungen nur strategisch innehalten sollten. Schließlich spitzte es sich auf die Frage zu, ob man bloß eine Waffenruhe für die Dauer der Konferenz oder einen förmlichen Waffenstillstand abschließen sollte. Preußen und Oesterreich wünschten das Letztere, weil es die Wiederaufnahme des Seehandels ermöglichte, und gerade deshalb widerstrebte Dänemark, das bei richtiger Einschätzung seiner Lage doch eher für einen Waffenstillstand hätte eintreten müssen, da das den Charakter der Konferenz als Friedenssucherin verstärkt hätte. Es überschätzte die Bereitschaft Englands, mit den Waffen für es einzutreten sowie dessen Möglichkeit, durch diplomatischen Druck auf die Verbündeten einzuwirken. Diese Momente ließen es eine Politik einschlagen, die zu seinem Nachteil ausschlug. Die Neutralen setzten sich diesmal für den dänischen Vorschlag ein, weil sie fürchteten, sonst zu keinem Ergebnis zu kommen und unverrichteter Sache schon nach so kurzer Zeit auseinandergehen zu müssen. Die letzte Möglichkeit schreckte Lord Russell so sehr, daß er bereits mit den Neutralen Verhandlungen angeknüpft hatte, ob sie eventuell zur Fortführung der Konferenz ohne Waffenstillstand bereit seien⁵. Die verbündeten Mächte aber hätten, wenn sie nicht auf den dänischen Vorschlag eingegangen wären, die ganze Last der dadurch hervorgerufenen Spannung zu tragen gehabt. Angesichts dieser Lage hielt es Bernstorff für richtig, auch ohne Instruktion aus Berlin die Waffenruhe abzuschließen⁶.

Die aggressive Haltung Englands gegen die deutschen Mächte bei Beginn der Konferenz war hervorgerufen worden

5. Latour an Drouyn 8. V. 64 O. D. a. a. O.

6. Bernstorff an Bismarck 10. V. 64, Pr. St. A. a. a. O. Bd. 72.

durch die Nachricht, österreichische Schiffe seien auf dem Wege in die Ostsee. Dies glaubte die Seemacht nicht dulden zu können⁷. Fremde Schiffe ungehindert an der eigenen Küste vorbei gegen eine befreundete Macht fahren zu lassen, dünkte unmöglich. Daher faßte Russell den Plan einer Offensive, mindestens einer Verfolgung der österreichischen Schiffe in die Ostsee, mit dem er jedoch im Kabinett in der Minderheit blieb, denn auch der keineswegs deutschfreundliche Clarendon meinte, man sollte wenigstens erst die Bestätigung der Nachricht abwarten. Der Versuch, eine gemeinsame englisch-französisch-russisch-schwedische Flottendemonstration zustande zu bringen, scheiterte wie alle früheren am Widerspruch Frankreichs⁸. Trotz des friedlichen Kabinettsbeschlusses drohte Palmerston Apponyi in einer allerdings privat geführten Unterredung in den schärfsten Worten mit einer Teilnahme Englands am Kampf⁹. Die Königin war empört über dies Benehmen ihres Premiers und verhinderte durch ihren energischen Protest, daß man eine drohende Wendung in eine Depesche nach Wien einflocht¹⁰. Als die Oesterreicher dann erklärten, ihre Flotte habe keinen Befehl in die Oestsee einzulaufen, erhalten, verlor der Lärm jegliche Begründung¹¹. Umso deutlicher kennzeichnete der Zwischenfall die Haltung der englischen Regierung, die im Kern die gleiche war wie im Januar: Russell und Palmerston immer noch Vertreter der Interventionspartei, die übrigen Regierungsmitglieder in der Hauptsache friedlich, die Königin von größtem, leidenschaftlichem Einfluß. Bernstorffs Besorgnisse waren nicht unbegründet. Die Stellungnahme Englands hing ab von der Meinung der Königin, und so mußte Preußen alles vermeiden, was geeignet war, sich ins Unrecht zu setzen, da es sonst seinen wichtigsten Bundesgenossen in England selbst verloren hätte; ohne eine neutrale Stellung der englischen Regierung schien die Lage Preußens bei der zweifelhaften Haltung Rußlands und

7. Latour an Drouyn 28. IV. 64 O. D. a. a. O.

8. Drouyn an Latour 4. V. 64 a. a. O.

9. Palmerston an Russell 1. V. 64, Ashley Bd. 2. S. 250.

10. Granville an Russell 5. V. u. Russell an Granville 6. V. Letters Bd. 1.

11. Latour an Drouyn 1. V. 64 O. D. a. a. O.

Frankreichs gefährdet. Vorläufig trat nach Abschluß der Waffenruhe, die vom 12. Mai an einen Monat laufen sollte, eine kleine Entspannung der Lage ein, in der die ersten Verhandlungen über Lösungsmöglichkeiten geführt wurden.

Die Sondierungen über die Forderungen der Parteien, die schon vor der Konferenz eingesetzt hatten, wurden nach dem Zusammentritt derselben mit verstärktem Eifer fortgesetzt. Preußen stellte zunächst die Personalunion als sein Ziel hin, dabei sollte Rendsburg als Bundesfestung, Kiel als Bundeshafen ausgebaut, ein Kanal durch Holstein zur Verbindung der Nord- und Ostsee geschaffen werden, und Holstein sollte ein vom dänischen getrenntes Heer aufstellen. Buchanan argwöhnte, Bismarck habe diese Bedingungen nur hinzugefügt, um sicher zu gehen, daß dieser Vorschlag nicht angenommen werde, damit er dann umso leichter die Annexion durchsetzen könnte. Er spreche allerdings nur von der Personalunion und leugne alle selbstsüchtigen Pläne, aber Buchanan glaubte ihm nicht mehr¹². Sein ehemaliges Vertrauen auf den guten Willen des Ministerpräsidenten war gänzlich geschwunden. Einmal versicherte er ihm sogar, er bedaure es, die englische Regierung veranlaßt zu haben, den preußischen Versicherungen beim Eintritt in den Kampf Glauben zu schenken¹³. Bernstorff gewann in London den Eindruck, daß Russell unbedingt an der dynastischen Einheit der dänischen Länder festhalten wolle, während er selbst die Trennung nach Nationalitäten als einziges Mittel, den Streit ein für alle Mal zu begraben, hinstellte¹⁴. Clarendon zeigte sich entgegenkommender als der Außenminister. Er meinte schon vor der Sitzung vom 12. Mai, in der sich die Verbündeten vom Londoner Protokoll lossagten, er könne eine solche Lossagung befürworten, wenn sie gute Gründe anzuführen vermöchten. In der gleichen Unterredung wollte Lord John dagegen wissen, welche Garantien Preußen böte, daß es nicht bei der nächsten Gelegenheit Dänemark ganz annektierte. Die größten Schwierigkeiten machte Palmerston, der unbedingt am Vertrag von 1852

12. 22. V. 64 F. O. 64 Bd. 560.

13. Buchanan an Russell 18. VI. 64 F. O. 64 Bd. 561.

14. An Bismarck 5. V. 64 Pr. St. A. a. a. O. Bd. 71.

festhalten wollte¹⁵. Auf der entscheidenden Konferenzsitzung selbst fand Clarendon die verbindende Formel, in dem er sagte, unabhängig davon, ob die Verbündeten sich durch den Krieg als von den Verpflichtungen Dänemark gegenüber gelöst betrachteten, beständen ihre Verpflichtungen den Neutralen gegenüber unverändert fort. Preußen hatte das Vorhandensein dieser Verpflichtungen stets geleugnet, aber um die Grundlage für weitere Verhandlungen nicht zu erschüttern, legte Bernstorff die Wendung des englischen Vertreters dahin aus, daß sie bereit seien, mit den Neutralen über die Grundlagen des Friedens zu verhandeln¹⁶. Diese schwebende und den verschiedensten Auslegungen Raum gewährende Formulierung benutzte England in der folgenden Zeit öfter, um das Protokoll wieder hervorzuziehen, während die deutschen Mächte dies nach ihrer Erklärung für erledigt hielten.

Inzwischen war es klar geworden, daß Preußen die Abtrennung Südschleswigs und seine Vereinigung mit Holstein anstrebte¹⁷. Clarendon glaubte nur verhindern zu müssen, daß Bismarck diese Gebiete seinem Staate einverleibe. Daher plante er eine schriftliche Erklärung aller Konferenzteilnehmer, die diese verpflichten sollte, keinen Gewinn für ihre eigenen Staaten anzustreben. Wieder schien sich die Lage zuzuspitzen. Da meldete Bernstorff am 16. Mai einen völligen Stimmungsumschlag der Engländer, den er auf einen mißglückten Versuch, Frankreich zu einem Vorgehen gegen Preußen zu gewinnen, schob¹⁸. Vom gleichen Tage haben wir eine Notiz Russells, er sei bereit, jedem Vorschlag, der geeignet scheine, den Frieden herbeizuführen, zuzustimmen¹⁹. Dieser plötzlich resignierte Ton deutet ebenfalls auf das Mißlingen irgendeines Plans. Es war die Tätigkeit Bismarcks, auf die die englischen Diplomaten in Paris stießen, der den französischen Kaiser in seinem Vorsatz, sich nicht von England mißbrauchen zu lassen, bestärkt hatte. Als dann Preußen und Oesterreich in der Sitzung vom

15. Bernstorff an Bismarck 13. V. 64, a. a. O. Bd. 72.

16. Sitzung vom 12. Mai.

17. Latour an Drouyn 14. V. 64 O. D. Bd. 3.

18. Pr. St. A. a. a. O.

19. Russell an Bernstorff 16. V. 64, Pr. St. A. a. a. O.

17. Mai mit dem sehr verklausulierten Vorschlag der Personalunion hervorrückten, sie forderten Autonomie Schleswigs und Holsteins vorbehaltlich der Regelung der Erbfolgefrage, das bedeutete Personalunion nur im Fall der Anerkennung Christians IX. als Herrscher auch über die Herzogtümer, lehnten die Engländer den Vorschlag ab, weil die wichtigste Frage, die dynastische, offen gelassen sei. Am folgenden Tag meldete Bernstorff, die englischen Bevollmächtigten hielten jetzt die Teilung nach Nationalitäten für das Aussichtsreichste²⁰. Genaue Auskunft über die britischen Pläne gibt uns ein Entwurf der Friedensbedingungen, den Russell in diesen Tagen der Königin sandte²¹, es hieß darin: 1. Holstein und Südschleswig bilden einen autonomen Staat, 2. Nordschleswig fällt an Dänemark, 3. Lauenburg wird abgetreten als Kompensation für die gemischten Bezirke Schleswigs, die bei Dänemark verbleiben, 4. über den Herrscher sollen die Bewohner gefragt werden, 5. kein Mitglied der herrschenden Häuser von Großbritannien, Frankreich, Rußland, Schweden, Preußen oder Oesterreich soll Herrscher des neuen Staates werden können. Dieser Vorschlag schien abgesehen von Einzelheiten, die sich später hätten regeln lassen, als Grundlage einer Einigung durchaus geeignet. Die letzte Bestimmung, die den Vorschlag von Clarendon wieder aufgriff, war natürlich fatal für Preußen. Sonst barg das Programm eine große Schwierigkeit, an der schließlich die ganzen Konferenzverhandlungen scheitern sollten, das war die Frage der Grenzziehung zwischen dem deutschen und dänischen Teil von Schleswig. Einem Plebiszit haftete noch zu sehr der Charakter einer revolutionären Maßnahme an, als daß alle Staaten einem solchen Vorgehen, das sachlich das einzig mögliche zur Feststellung der Nationalitäten zu sein schien, hätten zustimmen können. Frankreich und Preußen waren bereit dazu. Auch England billigte das Prinzip einer Volksabstimmung vollkommen, trat aber im Augenblick gegen eine solche Maßnahme auf, weil Dänemark nicht darauf eingegangen wäre. Rußland und Oesterreich konnten als Nationalitätsstaaten die

20. An Bismarck 18. V. 64, Pr. St. A. a. a. O.

21. 18. V. 64 Letters Bd. 1. S. 191.

Einführung eines solchen Prinzips nicht dulden. Am 23. meldete Bernstorff, daß der obige Plan im englischen Kabinett angenommen worden sei, am 24. daß die Neutralen ihm zugestimmt hätten²². Ehe er noch auf der Konferenz erörtert wurde, traten seine Schwierigkeiten hervor. England wünschte nämlich nicht, daß Rendsburg Bundesfestung und Kiel Bundeshafen würde, falls, wie vorauszusehen, der neue Staat in irgendeiner Form dem Bund angegliedert würde. Diese beschränkenden Bestimmungen wollten Bernstorff und Beust nicht auf sich nehmen, ebensowenig wie den Verzicht auf die gemischten Bezirke²³. In der Sitzung vom 28. Mai trat Russell, nachdem er den preußisch-österreichischen Antrag auf Errichtung eines selbständigen Schleswig-Holsteinschen Staates unter dem Herzog von Augustenburg angehört hatte, mit seinem neuesten Plan hervor. Als Trennungslinie bezeichnete er Schlei-Danewerk. Außerdem müsse sich der Bund verpflichten, in den abgetretenen Gebieten keinerlei Befestigungen anzulegen, die Verteilung der öffentlichen Schuld müsse nach billigen Gesichtspunkten vorgenommen werden und der deutsche Bund müsse endgültig auf jede Einmischung in innerdänische Angelegenheiten verzichten. Auch behielten sich die Neutralen eine Anteilnahme an der endgültigen Regelung der Verhältnisse in dem neuen Staat vor. Dem König von Dänemark wollte man als Entschädigung seine übrigen Besitzungen garantieren²⁴. Eine Fülle von Vorbehalten und Bestimmungen, die geeignet erschienen, die Verwirklichung des Planes zu erschweren. Bernstorff und Balan sprachen sich in ihrem Bericht vom 28. Mai²⁵ denn auch dahin aus, daß der Verzicht auf das Londoner Protokoll zwar in jenen Vorschlägen enthalten, prinzipiell aber doch nur sehr verklausuliert ausgesprochen sei. Die deutschen Mächte nahmen den Vorschlag mit Ausnahme der Bestimmungen über die Befestigungen, die für sie unannehmbar waren, zur Kenntnis.

22. Pr. St. A. a. a. O. Bd. 73.

23. Latour an Drouyn 27. V. 64 O. D. Bd. 3.

24. Hähnsen I. Bd. S. 137 f.

25. Hähnsen I. Bd. S. 140 f.

Jetzt legte Russell eine Sitzungspause ein, während deren er die Parteien über die Grenzfrage zur Einigung zu bringen suchte, denn die Festsetzung der Grenze bildete fortan die Kernfrage, von deren Lösung das Gelingen der Konferenz abhing. Am 31. Mai kam es zu einer sehr erregten Sitzung der Deutschen mit den Neutralen. Russell war heftig entrüstet über die Aeußerung Bernstorffs, Preußen könne dem Dänenkönig nicht einen einzigen deutschen Untertan überlassen, da er keine Gewähr für eine gute Behandlung zu geben imstande sei, nach allem, was man in den letzten 12 Jahren in dieser Hinsicht erlebt habe. Ueber die Frage der Grenzlinie wäre die Sitzung fast aufgefliegen, da die Engländer die preußische Linie Apenrade-Tondern unannehmbar fanden und Bernstorff nicht nachgab. Daran, daß Russell in diesem kritischen Augenblick die minder wichtigen Programmpunkte in die Erörterung warf, erkannte Bernstorff seinen Willen, die Verhandlungen um jeden Preis weiter zu führen²⁶. Wie aus einem Brief, den der Außenminister in diesen Tagen an seine Königin richtete, hervorgeht, sah er wohl, daß die Herzogtümer für Dänemark nicht mehr zu retten waren, nahm aber gleichzeitig einen ungeteilt dänischen Standpunkt ein, was dem Interesse seines Staates insofern entsprach, als es für England eine Kardinalfrage war, ob am Eingang der Ostsee ein kleiner oder ein großer Staat saß; auch fürchtete er falls Dänemark zu sehr verkleinert würde, die Errichtung einer skandinavischen Union²⁷. Wie sich später zeigen sollte, führte die bedingungslose Unterstützung Dänemarks auf der Konferenz zu einer Versteifung der Lage. Man versuchte in den Zusammenkünften zwischen den Sitzungen die deutschen Mächte zu Zugeständnissen an die dänischen Forderungen zu bewegen. Dies mißlang vollständig. In der Sitzung vom 2. Juni prallten die Gegensätze offen aufeinander. Dänemark erklärte sich mit dem englischen Vorschlag einverstanden, vorbehaltlich einer Rückkehr zum Londoner Protokoll, wenn keine Einigung über die Grenzlinie zustande käme. Seine Linie sei Eckernförde-Friedrichsstadt. Preußen hielt an seiner Linie fest.

26. An Bismarck 31. V. u. 1. VI. 64, Pr. St. A. a. a. O.

27. 31. V. 64, Letters Bd. 1.

Nun war die Lage klar. Es galt, die gegnerischen Standpunkte einander zu nähern, was von vorneherein aussichtslos erschien bei dem festen Willen Bismarcks, nicht nachzugeben, und bei der Hoffnung Dänemarks, Europa werde seine Zerstückelung nicht zugeben, die es in seinem Widerstand bestärkte. Dazu mußte man, wenn die Verhandlungen fortgeführt werden sollten, die am 12. Juni ablaufende Waffenruhe verlängern. Die deutschen Mächte versuchten wieder einen förmlichen Waffenstillstand mit vierwöchentlicher Kündigung zu erlangen, allein Dänemark wollte höchstens eine vierzehntägige Verlängerung der bestehenden Abmachung, und auch dies nur, wie sie Russell vertraulich wissen ließen, unter der Bedingung, daß England keine andere als die Schleilinie befürworte. Obwohl er wissen mußte, das es aussichtslos war, die Gegenseite für diese Linie zu gewinnen, ging Russell, um die Verhandlungen weiterführen zu können, auf sie ein²⁸. Oesterreich und Preußen, die wieder mit dem Odium der Friedensstörer belastet zu werden drohten, gaben noch einmal nach, mit der ausdrücklichen Erklärung, daß sie, falls innerhalb dieser Frist keine Einigung erzielt sei, unweigerlich zu den Waffen greifen müßten. Lord John stellte ihnen dafür den Abschluß eines förmlichen Stillstandes in Aussicht, wenn erst eine grundsätzliche Einigung erzielt sei²⁹.

Unterdessen versteiften sich die Verhandlungen über die Grenzlinie mehr und mehr. In der Sitzung vom 9. Juni kam es schließlich so weit, daß die Dänen die Elbe als ihren Ausgangspunkt hinstellten, worauf die Deutschen die Königsau als den ihrigen bezeichneten. Nach der Sitzung erklärte Russell Bernstorff, die Neutralen könnte die von Preußen-Oesterreich als äußerstes Zugeständnis bezeichnete Linie Apenrade-Tondern nicht annehmen. England, Rußland und Dänemark seien geneigt, zum Londoner Protokoll zurückzukehren.³⁰ Dabei suchte Großbritannien von neuem Anschluß an Frankreich, um die deutschen Mächte durch eine gemeinsame Flottendemonstration zum Nachgeben zu bewegen. Allein es mußte mißlingen, da die

28. Latour an Drouyn 6. VI. 64, O. D. a. a. O.

29. Sitzungen vom 6. VI. u. 9. VI. 64.

30. Bernstorff an Bismarck 9. VI. 64, Pr. St. A. a. a. O. Bd. 74.

englisch-französische Entente seit 1862 wegen kolonialer u. a. Differenzen endgültig zerbrochen war³¹. Da versuchte man es mit direktem Druck. Buchanan schlug in Berlin ernste Töne an. Falls Preußen Flensburg nicht bei Dänemark ließe, könne das trotz der englischen Friedensliebe ernste Folgen haben³². Bismarck nahm diese Drohung nicht allzu tragisch. Er wußte, daß England allein keinen Krieg unternehmen würde und daß es eine Koalition mit Frankreich im Augenblick nicht haben konnte³³. Am 12. Juni beschloß das englische Kabinett, auf der nächsten Sitzung eine zwischen der deutschen und dänischen gelegene Linie als Grenze vorzuschlagen und, falls die Dänen zustimmten, die Deutschen aber ablehnten, ersteren materielle Hilfe zu leisten³⁴. Die Königin war mit diesem einseitigen Beschluß sehr unzufrieden³⁵. Noch stärker wurde ihr Unwille, als sie hörte, daß Russell, der inzwischen auf den Gedanken gekommen war, die Grenzziehung einer der neutralen Mächte als Schiedsrichter zu übertragen, Quaade die englische Unterstützung in Aussicht gestellt hatte, wenn er diesem Vorschlag zustimmte, ein Versprechen, hinter dem kein Kabinettsbeschluß stand³⁶. Am 16. Juni bemerkte sie ingrimmig in ihr Tagebuch, Gladstone hätte gemeint, es sei Russells Taktik gewesen, nie mit den deutschen Bevollmächtigten allein zu verhandeln. Diese einseitige Begünstigung Dänemarks müsse aufhören³⁷. Am gleichen Tage meldete Bernstorff den Schiedsrichterplan nach Berlin, und zwar habe Russell Napoleon für diese Aufgabe in Aussicht genommen³⁸. In einem Bericht vom folgenden Tage faßte er seinen Eindruck dahin zusammen, daß England nicht in den Krieg eintreten werde. Russell spräche von der bevorstehenden Wiederaufnahme der Feindseligkeiten, aber nie von einem englischen Eingreifen in dieselben. Clarendon habe ihm zwar auf einem Hofball als Freund versichert, England werde sich

31. Latour an Drouyn 9. VI. 64, Drouyn an Latour 10. VI. O. D. a. a. O.

32. Buchanan an Russell 11. VI. 64 F. O. 64 Bd. 561.

33. Aufzeichnung 11./13. Juni 64 B. W. Bd. 4 S. 460.

34. Russell an Victoria 12. VI. 64 Letters Bd. 1.

35. Victoria an Russell 12. VI. 64 a. a. O.

36. Victoria an Leopold von Belgien 16. VI. 64 a. a. O.

37. a. a. O.

38. Pr. St. A. a. a. O.

beim Wiederausbruch des Krieges nicht passiv verhalten, dieser Aeüßerung sei aber um so weniger Gewicht beizulegen, als sich sogar Palmerston friedlich gesinnt zeige, er wolle nur wegen Ueberlassung Flensburgs an Dänemark Druck ausüben³⁹. In der Sitzung vom 18. Juni waren die englischen Bevollmächtigten sichtlich entrüstet über den Vorschlag Bernstorffs, durch eine Volksabstimmung die Grundlagen für eine Grenzziehung zu gewinnen. Sie kamen darauf mit ihrem Schiedsrichterplan heraus, ließen jedoch die Personenfrage offen, so daß Preußen und Oesterreich sofort erklärten, es dürfe kein Teilnehmer der Konferenz sein, da deren Haltung in der Frage bereits festgelegt sei. In den Zwischenberatungen bis zur nächsten Sitzung nannte man Leopold von Belgien⁴⁰. Allein es kam gar nicht mehr zu einer ernsthaften Debatte über die Person des Schiedsrichters, da Dänemark England vertraulich erklärt hatte, es werde auf den Vorschlag nicht eingehen⁴¹. Trotzdem fiel das Odium der Ablehnung auf die Verbündeten, da sie in der nächsten Sitzung vom 22. Juni zuerst erklärten, keine „arbitrage“, wohl aber die „bons offices“ einer dritten Macht annehmen zu können, da sie den Spruch nicht von vorneherein als verbindlich betrachten wollten. Bedingung für die Zustimmung zu dem ganzen Plan sei der vorherige Abschluß eines förmlichen Waffenstillstandes. Diese Forderungen benutzte Dänemark als Vorwand für seine Ablehnung. Das war das Ende der Verhandlungen. Der Vorrat der englischen Vorschläge war erschöpft. Es blieb nur noch übrig, am 25. das Schlußprotokoll herzustellen. Am 26. würden die Waffen wieder zu sprechen beginnen. Die Königin hielt es für das ratsamste, England solle erklären, daß es sich, nachdem beide Parteien seine Vorschläge abgelehnt hätten, aus der ganzen Sache zurückziehe⁴². Die Stimmung des Außenministers schwankte noch. Am 22. schrieb er, auch er sei zum Frieden geneigt⁴³. Aber als die Königin am folgenden Tag vorschlug, man solle den Dänen sagen, daß man ihnen keine Unterstützung

39. a. a. O.

40. Bernstorff an Bismarck 20. VI. 64 a. a. O. Bd. 75.

41. Latour an Drouyn 18. VI. 64 O. D. a. a. O.

42. An Palmerston 22. VI. 64 Letters Bd. 1.

43. Gooch a. a. O.

gewähren werde, weigerte er sich gegen diese ausdrückliche Liquidierung seiner Politik. Ob man einen solchen Schritt tun würde, hinge von dem Verhalten Frankreichs ab. Man müsse überlegen, ob man den Preis, den Napoleon für seine Hilfe fordere, zahlen wolle⁴⁴. Am 24. entschied das Kabinett gegen einen Krieg „single-handed“ sowie gegen einen Krieg gemeinsam mit Frankreich. Offen blieb die Frage, ob England eingreifen solle, wenn die Existenz Dänemarks in Gefahr sei. Ferner erwog man, ob man nicht Oesterreich dahin bringen solle, seine Flotte in die Ostsee zu senden, um dann die englischen Schiffe hinterherschicken und so doch unversehens in den Krieg eingreifen zu können. Die Mehrheit versagte sich diesem Plan. Sie wollte keinen Krieg⁴⁵.

Einen Achtungserfolg wollte Russell aber wenigstens noch auf der Konferenz erringen. Er trug sich mit dem Plan, die gesamten dänischen Besitzungen von den Neutralen garantieren zu lassen, wie auch immer der Ausgang des Kampfes sein mochte⁴⁶. Wieder lehnte Frankreich ab. Nur einem Wunsch zur Erhaltung Dänemarks könne es zustimmen⁴⁷. Dieser wurde in der Schlußsitzung von den Neutralen gemeinsam ausgesprochen. Er traf die Verbündeten in keiner Weise, da sie die Vernichtung Dänemarks nicht beabsichtigten, wogegen der ursprüngliche Plan die Fortführung des Kampfes u. U. illusorisch gemacht haben würde.

Englands Versuch, in dem Streit ohne großen Kräfteinsatz eine Rolle zu spielen, mußte als gescheitert betrachtet werden. Die knappe Mehrheit, die die Regierung bei der Abstimmung über die Schleswig-Holsteinsche Politik im Unterhaus am 8. Juli dank der glänzenden Rede des greisen Premiers erhielt⁴⁸, im Oberhaus wurde sie sogar geschlagen — verhinderte endgültig die Fortführung einer Politik, die Englands Stellung unter den Mächten nur zu schwächen vermochte.

44. Letters a. a. O.

45. Sir Charles Wood an Grey 24. VI. 64 Letters a. a. O.

46. Latour an Drouyn 23. VI. 64 O. D. a. a. O.

47. Drouyn an Latour 24. VI. 64 a. a. O.

48. Hansard Vol. CLXXVI. S. 1272 ff.

Ueberblicken wir den Verlauf der Londoner Konferenz im ganzen, so tritt die Parallelität zu den Ereignissen im Januar deutlich hervor. Wieder wie damals das Schwanken zwischen Kriegs- und Friedenspolitik. Wieder die gleichen Kräfte, die sich gegenüberstehen: Palmerston und Russell auf der einen, die Königin auf der andern Seite. Nur das Kabinett widersetzte sich jetzt ausgesprochener als damals jeder Intervention. In dem Verhalten den auswärtigen Mächten gegenüber wiederholt sich das fast ans Würdelose grenzende Werben um Frankreich. Vor der Konferenz sandte man Clarendon nach Paris, um eine gemeinsame Marschroute festzulegen. Er kehrte erfolglos zurück und stand fortan auf Seiten der Warner, wenn es darum ging, mit Frankreich solidarisch zu handeln. Trotzdem holte sich Russell noch zwei Mal eine Absage von dem Kaiserreich. Die Stellung Preußen-Oesterreich gegenüber hatte sich seit dem Jahresbeginn leise gewandelt. Das Ansehen Oesterreichs sank in dem Maße, als man einsehen mußte, daß es sich gänzlich an Preußen anschloß und jede eigene Politik aufgab, sich daher den englischen Absprengungsversuchen verschloß. Clarendon meinte am Ende der Konferenz über den österreichischen Vertreter zu Bernstorff: „Il n'est que votre valet“⁴⁹. Dafür konzentrierte sich die ganze Mißstimmung auf Preußen. Zwar war schon bei Kriegsausbruch eine Welle des Hasses gegen den norddeutschen Staat durch das Land gegangen, aber sie hatte sich mehr in Zeitungsartikeln und wirkungslosen Reden Palmerstons geäußert als in der Politik. Als man aber ohnmächtig zusehen mußte, wie Preußen seine Pläne unbekümmert um englische Proteste weiter verfolgte, schien nur noch der Wunsch die englischen Staatsmänner zu erfüllen, Preußen, wo es nur anging, zu belasten. Immer wieder suchten sie ihm die Schuld am mangelhaften Fortschreiten der Konferenzverhandlungen zuzuschreiben. Obwohl Dänemark durch seine Halsstarrigkeit sicherlich den Verlauf der Beratungen am stärksten hemmte, fühlte man doch, daß Preußen nichts an einem günstigen Ausgang der Verhandlungen lag. Zwar vermied Bernstorff sorgfältig alles, was darauf hinwies, bemühte sich aber keineswegs, auftauchende

49. Bernstorff an Bismarck 17. VI. 64 Pr. St. A. a. a. O.

Schwierigkeiten zu beseitigen. Nur bei den Verhandlungen über die Waffenruhe zeigte er sich sehr entgegenkommend, sonst wich er keinen Schritt von den preußischen Forderungen ab. So erfreut Bismarck über den Zusammenbruch der Konferenz sein mußte, er selbst hatte keinen Schritt getan, um dies Ergebnis herbeizuführen. Er vermied alles, was ihn belasten konnte, und blieb unangreifbar, obwohl die englischen Staatsmänner, vor allem Buchanan, genau wußten, woran sie waren. Dies Wissen nützte ihnen nichts. Die Stimmung Englands gegen Preußen beim Ausscheiden des Inselreiches aus Bismarcks erstem großen Kampf war denkbar schlecht. Darin, daß man sie nicht in die Tat umsetzen konnte, zeigte sich die Ueberlegenheit der Bismarckischen Staatskunst. Gewiß war die Sympathie der Königin Victoria ein Faktor, den er nicht in der Hand hatte, aber er wäre schwerlich in dem Grade wirksam gewesen, wenn sich nicht Napoleon so beharrlich dem englischen Werben versagt hätte, und hier war es der preußische Staatsmann, der durch seine zugleich lockende und hinhaltende Politik den Kaiser fesselte. Die Ungeschicklichkeit der englischen Diplomatie kam ihm auch hier zu Hilfe, aber seine Einwirkung blieb entscheidend, nicht zum wenigsten, weil niemand sie erkannte. Wir finden in den englischen Akten nicht die leiseste Vermutung, daß Bismarck bei der ablehnenden Haltung Napoleons die Hand im Spiel haben könnte. Man kannte ihn und seine Art, Politik zu treiben, noch nicht. An dieser Unkenntnis scheiterte neben anderm die Konferenz wie die gesamte englische Politik in der schleswig-holsteinschen Frage.

Schluß.

England ging mit einer merklichen Einbuße an Ansehen aus der schleswig-holsteinschen Politik heraus, einer Einbuße, die man, wie die Reden in der anschließenden Parlamentsdebatte zeigen, sehr wohl empfand. In der Diskussion, die vom 4. bis zum 8. Juli dauerte, zeigten alle Redner vollstes Verständnis und tiefste Empörung über die Schwächung der englischen Machtstellung durch die unglückliche Politik der letzten Jahre. Disraeli, der Führer der Opposition zählte alle Demütigungen

auf, die England im vergangenen Jahre hatte hinnehmen müssen. Er beklagt die Verminderung englischen Einflusses auf dem Kontinent. Er sieht darin eine Herabsetzung der Garantien für den Frieden. Robert Cecil klagt, daß die Politik der Regierung vag und schwankend gewesen sei. Ein Mr. Whiteside sagt, daß der Minister des Aeußeren große Irrtümer begangen habe und den Einfluß Englands verminderte¹. Ueberall bricht elementar das Gefühl der erlittenen Demütigung hervor. Die unmittelbare politische Folge dieser Niederlage war, daß sie beitrug zu der Isolierung Englands, die durch die Entzweigung mit Frankreich und den Disput mit den Vereinigten Staaten bereits eingeleitet war. So ließ man die deutsche Einigung geschehen, ohne, wie stets bisher seit den Napoleonischen Kriegen, einzugreifen. Die wichtigste und tiefstgreifende Umgestaltung der kontinentalen Machtverhältnisse im 19. Jahrhundert geschah so ohne England. Diese Tatsache war für das Werk Bismarcks schlechthin entscheidend.

Wir haben die englische Politik durch zwei Jahre hindurch verfolgt, die nicht zu den glänzenden in der Geschichte dieses Volkes gehören. Wenn nicht die Königin einen realpolitischen Standpunkt vertreten hätte, würde sich England möglicherweise in einen Krieg gestürzt haben, in dem es nur sehr geringe reale Vorteile zu wahren gehabt hätte. Palmerston würde den Krieg wahrscheinlich gewagt haben. Wir brauchen hier nicht noch einmal alle Faktoren aufzuzählen, die es verhindert haben. Was uns allein noch beschäftigen muß, ist die Frage, warum England seine Niederlage so leicht verwunden hat.

Es wurde allerdings der Einwirkung auf die europäischen Geschehnisse für eine zeitlang beraubt, allein während das gleiche Geschick für Preußen eine vollständige Lahmlegung aller außenpolitischen Wirksamkeit bedeutet haben würde, bedeutete es für England nur die Lahmlegung eines Gebietes seiner Außenpolitik unter anderen. Es blieb das Weltreich mit seinen mannigfachen Beziehungen. Das Mutterland, die Insel, aber war noch immer die Stelle, an der es am schwersten zu verwunden war. Die Furcht vor einer Invasion erwies sich als Illusion. Vom Festland hatte England nichts zu fürchten. Mochten sich dort die Verhältnisse ändern, die Veränderung des Gleichgewichts

1. Hansard Vol. CLXXVI. London 1864.

der Kräfte bildete noch auf lange hinaus keine Gefahr für das Inselreich. Was tat es, daß man keinen Bundesgenossen auf dem Festland besaß? England begann mit Stolz auf seine glänzende Isolierung zu blicken. Als es sie um die Wende des 20. Jahrhunderts verlassen wollte, knüpfte es nicht an europäische, sondern an koloniale Fragen an, die zu der Zeit alle europäischen Mächte beschäftigten. Die Verhältnisse hatten sich grundlegend geändert, seitdem England keinen entscheidenden Einfluß mehr auf die kontinentalen Dinge ausübte, und dem trug man Rechnung.

So erlitt England nicht die Auswirkungen seiner Niederlage, weil es sich gefahrlos zurückziehen konnte. Die Insel, das Meer, schützten es. Keine geheimnisvolle Eigenschaft sichert den Briten die politische Ueberlegenheit, sondern die geographische Lage ist es, die ihm den Vorsprung gewährt. Es kann eine Niederlage wagen, ohne seine gesamte Existenz aufs Spiel zu setzen, was im mitteleuropäischen Raum niemals möglich ist. Daher kann es auch ein größeres Spiel spielen, großzügiger verfahren als die Kontinentalmächte.

Es ist aber auch kein Zufall, daß die innerpolitischen Hemmungen gegen ein Eintreten in den Krieg so groß waren. England hat selten um seine Existenz als unabhängiger Staat kämpfen müssen. Wenn es aber geschah, kam die Gefahr langsam heran, und jedesmal zögerte das Weltreich so lange wie möglich, ehe es die Abwehr begann. Die Hilfsmittel des Riesenreiches lassen sich nur langsam organisieren. Daher zögert man solange, ehe man zur ultima ratio des Krieges greift, während auf dem Kontinent einer dem andern zuvorzukommen suchen muß. So erheben sich auch diesmal gegen den heißblütigen Lord Firebrand immer aufs neue die kühlen, überlegenden, geschäftlich-nüchternen Kollegen, an ihrer Spitze in seltsamen Kontrast die leidenschaftliche Königin. So löst sich der scheinbare Zufall bei der Uebersicht und Einordnung in das Ganze der Geschichte auf. Wir aber blicken mit Neid auf das glückliche England, das auch unter mittelmäßigen Staatsmännern bestehen kann, während bei uns kaum das Genie eines Bismarck die Gefahren der geographischen Lage zu bannen vermag.

Quellen-Verzeichnis.

1. Ungedruckte Quellen:

Preußisches Geheimes Staatsarchiv Berlin: Ausw. Amt

1. A. Bg. Nr. 11 Bd. 5—16 und L. A. a. e. Nr. 33 Bd. 51—76

Record Office London F. O 64 Bd. 519, 529, 530, 536—548 553—62
und F. O. 244 Bd. 182, 183, 187—189, 194 und F. O. 22 Bd. 291, 294.

2. Gedruckte Quellen:

Akten: Accounts and Papers 1863 Bd. 46 Nr. 1 „Holstein,
Lauenburg and Schleswig“.

Accounts and Papers 1864 Bd. 33 Nr. 1-4 und Bd. 34 Nr. 5—7
„Denmark and Germany“.

Aegidi und Klauhold: „Das Staatsarchiv“. Hamburg 1863—65
Bd. VI.

Hähnsen, Fritz: „Ursprung und Geschichte des Artikels V des
Prager Friedens“ Die deutschen Akten zur Frage der Teilung Schlesiens
(1863—79). Bd. 1 Breslau 1929.

Otto von Bismarck Werke Bd. IV. bearbeitet von Friedrich Thimme.
Friedrichsruher Ausgabe Berlin 1927.

Tytus Filipowicz: „Confidential Correspondence of the British Go-
vernment respecting the Insurrection of Poland 1863.“ Paris 1910.

Origines Diplomatique de la Guerre de 1870/71 Bd. 1—3
Paris 1914.

Oncken, Hermann: „Die Rheinpolitik Kaiser Napoleons III. von
1863—1870 und der Ursprung des Krieges von 1870/71“ Bd. I. Berlin-
Leipzig 1926

Tagebücher, Memoiren und Briefe:

Bernhardi, Theodor von: „Aus dem Leben“. Bd. 5—7 Lpz. 1897

Bernstorff, Graf Albrecht von: „Im Kampf um Preußens Ehre“
Herausgegeben aus dem Nachlaß von Karl Ringhoffer Berlin 1903

Beust, Graf Frd. Ferd. „Aus Drei Viertel Jahrhundert“. Stutt-
gart 1887.

Krieger, Andreas Frederick: Dagbager udgivet af Koppel, Friis,
Münch. Bd. 2, 3 Kopenhagen 1921

Loffus, Lord Augustus: „The Diplomatic Reminiscences“ 2. series
1862—1879 Bd. 1 London 1894.
Bd. 1 London 1894

Morier, Sir Robert: „Memoirs and Letters“ herausgegeben von
Wemys Bd. 1 London 1911.

Russell, John Earl: „Speeches and Despatches Bd. 2. London 1870

- „The latter Correspondence of L. J. R. 1840—1878 Bd. 2 herausgegeben von G. P. Gooch London 1925.
 Letters of Queen Victoria 2. series A selection from Her Majesty's correspondence and journal between the years 1862—1878 Bd. 1 herausgegeben von Buckle London 1926.
 Vitzthum von Eckstädt, Graf Karl Friedrich: „St. Petersburg und London in den Jahren 1852—64 Bd. 2 Stuttgart 1886.
 Ward, John: „Experiences of a Diplomatist“ London 1872.

Literatur.

1. Biographien:

- Ashley, Evelyn: „Viscount Palmerston, Life and Correspondence“. London 1876.
 Daniels, Emil: „Königin Viktoria und Lord Palmerston“ Preußische Jahrbücher 1908.
 Fitzmaurice, Lord E.: G. G. Granville 2. Earl Bd. 1, London 1905.
 Guedalla, Philip: „Palmerston“, London 1926.
 Lee, Sidney: „Queen Victoria“ London 1904
 Monypenny, W. and Buckle, G. E.: „Benjamin Disraeli, Earl of Beaconsfield“ London 1916.
 Morley, John: „The Life of William Ewart Gladstone“, Bd. 2, London 1904.
 Sanders Lloyd: „Life of Viscount Palmerston“, London 1888.
 Strachey, Lytton: „Queen Victoria“ London 1925.
 Trollope, Anthony: „Lord Palmerston“ London 1882.
 Walpole, Spencer: „Life of Lord John Russel“ London 1889.

2. Darstellungen:

- Brandenburg, Erich: „Die Reichsgründung“ Bd. 2 Lpz. 1916.
 — „Untersuchungen und Aktenstücke“ Lpz. 1916.
 Brinkmann, Karl: „Englische Geschichte 1815—1914“ Bln. 1924.
 Cierpinski, F.: „Die Politik Englands in der Schleswig/Holsteinischen Frage“. Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig/Holsteinsche Geschichte Bd. 44/45.
 Dibelius, Wilhelm: „England“ 5. Auflage Lpz.—Berlin 1929.
 Frahm, Friedrich: „Die Bismarcksche Lösung der Schleswig/Holsteinischen Frage“. Zeitschrift der Ges. f. Schlesw./Holst. Gesch. Bd. 59, Kiel 1930.
 Jansen-Samwer: „Schleswig/Holsteins Befreiung“ Wiesbaden 1897.
 Friis, Aage: „C. N. David, Christian IX. og Sir Augustus Paget“ i. November 1863“. Historsk Tidsskrift 9. Raekke Bd. 6 Kopenhagen 1929.
 E. Kaeber: Die Idee des europäischen Gleichgewichts vom 16.—18. Jahrhundert Berlin 1907

- Low, Sidney: „Die Regierung Englands“ übersetzt von Johannes Hoops, Tübingen 1908.
- Marcks, Erich: „Lebensfragen des britischen Weltreichs“ Bln. 1921.
- „Die Schleswig/Holsteinsche Frage und ihre politische Lösung“.
- „Deutschland und England in den großen europäischen Krisen seit der Reformationszeit“. Lpz. 1900.
- „Die Einheitlichkeit der englischen Auslands politik von 1500 bis zur Gegenwart“. Lpz. 1911
- Meinecke, Friedrich: „Die Idee der Staatsräson in der neueren Geschichte“. München—Bln. 1929.
- Neergaard, N.: „Under Junigrundloven“. Bd. II. Kopenhagen u. Christiana 1916.
- Ramsay A. A. W.: „Idealism and Foreign Policy. A Study to the Relations of Great Britain with Germany and France 1860—1878“ London 1925.
- Recke, Walther: „Die polnische Frage als Problem der europäischen Politik.“ Bln. 1927.
- Salomon, Felix: „Grundzüge der auswärtigen Politik Englands“ Lpz. 1910.
- Schmitt, B. E.: „England and Germany“ Princeton 1916.
- Stern, Alfred: „Geschichte Europas von 1815—1871“ Stuttgart, Bln. 1923.
- Sybel, Heinrich von: „Die Begründung des deutschen Reiches“. Bln. 1901.
- Trevelyan, G. M.: „British History 1782—1914“ London 1922.
- Voelkle, Karl: „Die Haltung Englands in der deutsch-dänischen Frage Herbst 1863—Juli 1864“. Heidelberger Dissertation 1913.
- Walpole, Spencer: „History of Twenty-five Years 1856—70“. Bd. 1 London 1904.
- Ward, A. W. and Gooch, C. P.: „The Cambridge History of British Foreign Policy 1783—1919“ Bd. 2 Cambridge 1923.
- Windelband, Wolfgang: „Die auswärtige Politik der Großmächte 1494—1919“ Stuttgart 1925.
- Zechlin, Egmont: „Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht“ Stuttgart/Bln. 1930.
- Ziekursch, Johannes: „Politische Geschichte des neuen deutschen Kaiserreiches.“ Bd. 1. Die Reichsgründung. Frkf. 1925.
- Kantorowicz, Hermann: „Der Geist der englischen Politik und das Gespenst der Einkreisung Deutschlands“. Bln. 1929.

